Fremdenhetze in Berlin S.3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 24 – 16. Juni 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Hauptsache Stimmung gegen die Regierung machen: Sigmar Gabriels Forderungen schaden aber auch SPD-Klientel Bild: A. Prost/dapd

Faules Manöver von Rot-Grün

Die Finanztransaktionssteuer geht vor allem auf Kosten der Normalverdiener

Derzeit blockiert die SPD die Ratifizierung des Fiskalpakts. Vorgeblich agiert sie im Interesse der Bürger, doch in Wirklichkeit schadet sie diesen sogar.

Mit der „Finanztransaktionssteuer“ sollten endlich auch die an den Folgen der Finanzkrise beteiligt werden, die sie verursacht hätten: Banken, Spekulanten, Großaktionäre. Dies fordern SPD und Grüne einhellig. Die Steuer soll erhoben werden, wenn Wertpapiere an der Börse den Besitzer wechseln. Sie ist an sich sehr niedrig bemessen, doch wenn besonders häufig und in schneller Abfolge Aktien oder Ähnliches an- und verkauft werden, dann summiert sich die Steuer auf erkleckliche Beträge.

Was sich auf den ersten Blick als „Spekulanten-Strafe“ ausnimmt, entpuppt sich auf den zweiten jedoch als fauler Zauber auf Kosten gerade jener Bürger, welche Rot und Grün zu schützen vorgibt: die Masse der Normalverdiener.

Globale Großspekulanten wie die legendären „Hedgefonds“ weichen einfach auf Börsenstandorte aus, wo die Steuer nicht erhoben wird – und davon wird es in der Welt immer genug geben. Private Großanleger, die direkt Aktien kaufen, schichten ihre Bestände relativ selten um, daher fällt die Steuer bei ihnen kaum ins Gewicht.

Die deutschen Lebens- und privaten Rentenversicherer hingegen sind zum häufigen Umschichten etwa ihrer Aktienbestände geradezu gezwungen. Der Gesetzgeber selbst schreibt ihnen vor, den Großteil des Geldes der Versicherten in (mutmaßlich) sicheren Anlagen wie Staatsanleihen anzulegen. Hier aber erwirtschaften sie oft nicht einmal Zinsen in Höhe der Inflationsrate. Um also überhaupt noch Zinsen zu erwirtschaften, sind sie genötigt, beim Aktienhandel ständig auf Renditejagd zu gehen, also häufig von einem Papier ins nächste zu ziehen.

Notwendige Kritik an ruinösen Details des ESM bleibt aus

Bei ihnen wird die „Finanztransaktionssteuer“ als von allen Akteuren am heftigsten zuschlagen. Die Kosten hierfür werden sie auf die Millionen Lebensversicherten, die Betriebs- und Riesterrentner abwälzen müssen. Was SPD und Grüne fordern, geht also in Wahrheit nicht zu Lasten der Großen, sondern der Kleinen.

SPD und Grünen geht es allein um die Schau. Überall dort, wo die Sparer, Steuerzahler oder Millionen Betriebs- und Riesterrentner vor der Freigiebigkeit der Politik tatsächlich zu schützen wären, schweigen sie – bei den bodenlosen „Rettungs“-Maßnahmen wie EFSF und ESM, den Milliarden für die spanischen Banken, die ausufernden „Target 2“-Kredite der Bundesbank an andere Notenbanken oder die Unterminierung der Euro-Stabilität durch die Europäische Zentralbank. Wenn von Rot-Grün hier Kritik zu hören ist, dann nur die, dass Berlin nicht schnell und umfangreich genug das deutsche Füllhorn öffnet.

So bleibt es dabei, dass Deutschland in den wichtigen Euro-Fragen ohne starke Opposition dasteht. Oder mit einer, die ihre Wähler noch skrupelloser täuscht als die Regierung. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Stiller Tag

Von 1954 bis 1990 war der 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ gesetzlicher Feiertag, seit 1963 „Nationaler Gedenktag des deutschen Volkes“. Sein erinnerungspolitischer Stellenwert ist den meisten Deutschen heute kaum noch bewusst. Zu Unrecht, denn dieser Tag ist ein herausragendes Ereignis der demokratischen Entwicklung Deutschlands seit 1848. Den Menschen, die damals gegen das ganz im stalinistischen Geist regierende DDR-Regime aufbegehrten, ging es nicht um Arbeitsnormen, sondern um weitaus Höheres. Aus einem Arbeiterprotest entwickelte sich innerhalb von Stunden ein politischer Volksaufstand für Einheit, Recht und Freiheit. Die Sowjets, als die wahren Machthaber in ihrer zum Staat erhobenen Besatzungszone, schickten den unbewaffneten Demonstranten Panzer entgegen. Mehr als 120 Menschen wurden getötet, Tausende mussten für ihren Mut hinter Gittern büßen.

Als Symbol für den Freiheitswillen der Deutschen und Zeugnis für die Entscheidung des Gewissens gegen Tyrannei und Unmenschlichkeit war der 17. Juni ein stiller Feiertag. Nicht lediglich ein arbeitsfreier Tag, der „zur Entspannung, Erholung oder gar dem Vergnügen dient“, so Bundespräsident Heinrich Lübke in seiner Proklamation 1963. Doch je mehr Jahre ins Land gingen, umso verkrampfter wurde das Gedenken, bis der 17. Juni durch den 3. Oktober als „Tag der Deutschen Einheit“ ersetzt wurde, obwohl dieser doch nur an die staatsrechtliche Vereinigung der Bundesrepublik und der DDR erinnert. Ohne den Geist des 17. Juni 1953 indes hätte es den 3. Oktober 1990 nicht gegeben. Der 17. Juni sollte nicht in Vergessenheit geraten.

Altmaiers grünes Desaster

»Energiewende« scheitert in jeder Hinsicht – selbst ökologisch

Der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) hat eine politisch halsbrecherische Aufgabe übernommen: Die „ökologische Energiewende“, von Rot-Grün im Jahre 2000 eingeleitet und von Schwarz-Gelb nach Fukushima 2011 noch einmal verschärft, droht in jeder Hinsicht im Desaster zu enden.

Die Strompreise für Privatverbraucher und Industrie steigen rasant und geraten an die Grenze des Erträglichen. Um Hartz-IV-Empfängern, Kleinrentnern und Geringverdienern die kaum noch zu schulternde Last zu mildern, sollen sie Zuschüsse erhalten. Diese müssten indes die Normalverdiener zusätzlich schultern – per Steuern oder Umlage. Auch die Industrie ruft nach Erleichterungen, welche ebenfalls nur auf Kosten der Normalverdiener auszugleichen wären.

Schaden für Industrie und Verbraucher

Derweil wächst die Energieunsicherheit, Stromlücken tun sich auf – verheerend für die Industrie. Deren Kosten steigen dennoch immer weiter und ab 2013 mit der Einführung des „Emissionshandels“ erst recht. Um die Stromversorgung zu sichern, müssten mehr Grundlastkraftwerke (Gas, Kohle) gebaut werden. Dies lohnt sich aber nicht, weil „Ökostrom“ bevorzugt eingespeist wird.

Naturschützern graust vor 4000 Kilometern neuer Hochspannungstrassen durch Deutschland, für welche 100 Meter breite Schneisen in die Landschaft geschlagen werden, um den Wind- und Solarstrom zu transportieren. Zudem müssen große Flächen selbst auf schützenswerten Bergkämmen gerodet und planiert werden, um Platz für gigantische Windräder zu schaffen. Diese wiederum haben sich als Todesmaschinen für Fledermäuse und Dutzende Vogelarten vom Storch über den Falken bis zum Bussard entpuppt. *H.H.*

(siehe Seite 7)

Grüne gegen Deutschland

Jugendorganisation startet zur EM Antipatriotismuskampagne

Bei so viel Schwarz-Rot-Gold sehen die Grünen rot. Mit einem deutschlandfeindlichen Aufkleber zur Fußball-Europameisterschaft will die Grüne Jugend Front gegen die Fußballfans machen, die die Deutschlandfahne im doppelten Wortsinn hochhalten. Feilgeboten wird das Stück auf deren Internetseite: „Aufkleber gegen Patriotismus im Stil der ‚Atomkraft? Nein Danke!‘-Serie. Rund mit einem Durchmesser von 80 mm. Preis: 0,08 Euro“. Der Aufkleber zeigt ein rotes Sonnenmännchen mit einer durchgestrichenen Deutschlandfahne und der Aufschrift „Patriotismus? Nein Danke!“. Es ist nicht das erste Mal, dass die Nachwuchsorganisation der Grünen deutlich zeigt, was sie von Deutschland hält. Schon bei der Fußball-EM 2008 war sie durch antideutsche Entgleisungen aufgefallen. Damals veröffentlichte sie Fotos, die zeigten, wie Mitglieder der Grünen Jugend auf eine Deutschlandfahne urinierten.

Aufruf zu Diebstahl und Sachbeschädigung

Auch andere linke Gruppen machen gegen den Patriotismus der Fußballfans mobil. Mit der Parole „Capture the Flag“ (Erobere die Fahne) rufen sie in einschlägigen Publikationen und Internetplattformen offen dazu auf, Diebstähle und Sachbeschädigungen an patriotischen Fanartikeln zu begehen. Man solle alles stehlen oder beschädigen, was schwarz-rot-gold ist, so die Linksextremisten. Unter dem Titel „Deutschland knicken“ gibt eine Berliner Antifagruppe vielfältige Hinweise zum „Fähnchenfangen“. Die linksextreme Zeitschrift „Konkret“ verspricht sogar demjenigen ein „hübsches Präsent“, der die meisten gestohlenen Deutschlandfahnen vorweisen kann. Kritik an diesen deutschlandfeindlichen und strafbaren Aktionen ist lediglich vereinzelt aus den Reihen der CDU zu hören. *Jan Heitmann*

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Vergewaltigungen geleugnet

Moskau – Nicht nur die Rückkehr von Wladimir Putin ins Präsidentenamt ist bei russischen Oppositionellen umstritten. Viele derjenigen, die dieser Tage in Moskau gegen Putin auf die Straße gingen, missfällt auch seine Personalauswahl. Vor allem der neue Kulturminister Wladimir Medinski stößt vielen negativ auf. Für den oppositionellen Politologen Andrej Piontkowski könne Medinski lediglich zum Propagandaminister im Goebbelsschen Sinne werden. Das Buch „Mythen über Russland“ des wegen anderer Texte unter Plagiatsverdacht stehende Medinski soll unter anderem die massenhafte Vergewaltigung deutscher Frauen durch Soldaten der Roten Armee während und nach dem Zweiten Weltkrieg als Propagandalüge der Westalliierten abtun. Diese hätten hiermit nur von den eigenen Schandtaten ablenken wollen, so Medinski, dessen Aufgabe es sein wird, Regelungen für die Beutekunst, die von Russen nach dem Zweiten Weltkrieg von Deutschland in die Sowjetunion gebrachten Kunstgegenstände, zu finden. *Bel*

Gefährlicher Sanierungsstau

Köln – Während der Bund E-Mobilität mit Milliarden fördert, um die Umwelt zu schützen, ist die Technik des öffentlichen Nahverkehrs auf einem miserablen Stand. Laut einem vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen in Auftrag gegebenen Gutachten sei der Fahrzeugpark fast überall überaltert. In Nordrhein-Westfalen ist die Situation am schlechtesten. Dort ist der Fuhrpark im Durchschnitt 18 Jahre alt, geboten sind maximal 15 Jahre. In Essen ist das durchschnittliche Alter der Straßenbahn-Flotte mit 26 Jahren unter den 20 größten Städten Deutschlands das höchste. In Duisburg und Bonn sind es jeweils 22 Jahre. Auch U-Bahnen, Tunnel und Busse sind überaltert, doch den klammen Kommunen fehlt das Geld. Derweil freut sich der Bund über Rekordsteuereinnahmen. *Bel*

Von der SED vertrieben

Die »Aktion Ungeziefer« brachte 1952 Tausende Anwohner des Grenzgebietes um ihre Heimat

Zwischen dem 27. Mai und dem 6. Juni 1952 zwang die DDR gut 12 000 Menschen, das innerdeutsche Grenzgebiet für immer zu verlassen. In der „Aktion Ungeziefer“, auch „Aktion Grenze“, verschleppte das SED-Regime zu Gegnern erklärte Bürger und transportierte sie über Nacht in Viehwaggons mit unbekanntem Ziel ab. Die Folgen der Vertreibungen und Enteignungen wirken bis heute nach.

Im Mai 1952 riegelte die DDR einen rund fünf Kilometer breiten Streifen an der innerdeutschen Grenze ab. Das Gebiet war ab sofort Sicherheitszone. Rund 3000 Quadratkilometer im Herzen Deutschlands waren so binnen Tagen Sperrgebiet – fast drei Prozent der DDR. Seit Mai mussten alle Bewohner dieser Zone Passierscheine führen und das Betreten wie Verlassen des Gebiets schriftlich melden. Versammlungen waren nur noch nach Genehmigung und bis 22 Uhr erlaubt. Wenige Tage später begann das Ministerium für Staatssicherheit unter dem Tarnnamen „Aktion Ungeziefer“ ohne Vorwarnung mit der Zwangsaussiedlung Tausender. Ost-Berlin zwang alle sogenannten „antidemokratischen Elemente“ binnen 48 Stunden das Gebiet zu verlassen. Per Katalog legte das Regime fest, dass jeder „Angehörige der SS, aktive Nazi, Offiziere, reaktionäre Umsiedler, reaktionäre Großbauern, alle Vorbestraften“ zu verschleppen waren sowie „alle deklassierten Elemente, alle belasteten Elemente, alle Ausländer, Staatenlose, aus der West-Zone Zugezogene, Leute mit Westverbindungen“. Tatsächlich vertrieb die Diktatur vor allem Menschen mit Besitz: Bauern, Grundeigner, aber auch Gastwirte und Ladenbesitzer zählen zu den Meistvertriebenen. Das weisen die offiziellen Namenslisten aus. Mit diesen gingen Polizei und Stasi durch die Dörfer.

Das Vorgehen war generalstabsmäßig geplant. Vielfach stellten

Bauern und Gastwirte wurden am häufigsten vertrieben

Bürger sich dem Zwang entgegen, so dass die Umsiedlung oft nur mit Verstärkungskräften um Tage verzögert stattfinden konnte. In manchen Orten hatte rund ein Drittel der Bevölkerung zu gehen. Andere Dörfer sind seither ganz entvölkert. Die Häuser wurden geschleift.

60 Jahre danach sind die Spuren der bis 1988 betriebenen gewaltsamen Umsiedlung überall im einstigen Grenzgebiet gegenwärtig. Heute erinnern meist privat errichtete, lokale Gedenksteine daran. Über 30 Dörfer und unzählige Höfe wurden vollständig zerstört, nur Wege erinnern mitunter noch an sie. Allein in Nordwestmeck-lenburg sind heute 13 Wüstungen anzutreffen. Wut und Verstörung angesichts staatlicher Willkür wirken bis heute nach. Unter Polizeiaufsicht mit unbestimmtem Ziel verschleppt, erhielten die Menschen auf den Listen meist minderwertige Unterkünfte, deren Besitzer genauso unvorbereitet waren wie sie. Viele der Verschleppten zogen nach Westdeutschland weiter. Trotz unterstützender Zahlungen im Rahmen des dortigen Lastenausgleichs mussten sie beruflich von vorne beginnen. Ausbildungswege blieben oft so verstellt wie die

Wiedergutmachung nicht vorhanden oder sehr spärlich

Rück-kehr. Mit dem Ende der DDR kam neue Hoffnung auf. Manfred Sippel (72), heute Bürgermeister von Lindewerra im thüringischen Eichsfeld, musste das Dorf 1952 verlassen. Jahrelang sah er vom Westen aus sein Vaterhaus verfallen. Als er nach 1989 dessen Rückübertragung beantragte, verlangte die Bundesrepublik die Rückzahlung des Lastenausgleichs nebst Zinsen. Zumindest letzteres konnte Sippel verhindern. Anderen blieb nichts, wohin sie hätten zurückkehren können.

Viele Betroffene unterlagen zudem im juristischen Tauziehen um Wiedergutmachung. Als Opfer nichtstrafrechtlicher Verfolgung haben es die Zwangsaussiedler schwerer als politische Häftlinge, eine Entschädigung einzufordern. Das sogenannte 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz baut für Anspruchsteller hohe Anforderungshindernisse auf. Aus gesundheitlichen Schäden abgeleitete Ansprüche begründen zudem praktisch nie Entschädigung. Bevor gar Alteigentum zurückübertragen wird, ist von den Enteigneten in der Regel die Entschädigung zurückzuzahlen. Da die DDR nie entschädigte, handelt es sich hierbei um bundesdeutsche Ausgleichszahlungen. Thüringen beispielsweise zahlte den 1952 Verschleppten von 1997 bis 2000 einmalig je 4000 D-Mark. Aber oft kann Grundeigentum nicht zurückgegeben werden, so dass nach formaler Anrechnung die Entschädigung auf „Null“ festgelegt wird. Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof gegen diese deutsche Rechtspraxis bleiben erfolglos. Auch eine zentrale Gedenkstätte bleibt die Politik den Betroffenen schuldig. In Sachsen-Anhalt soll zumindest bis November eine großflächige Kunstinstallation „Aktion Ungeziefer“ an die vernichteten Dörfer erinnern, und zwar als „Apotheke gegen Nostalgie“, so Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU). *SV*

Vertrieben: 2009 zeigte der Landwirt Lothar Barnikol-Veit Journalisten die Küche seines Elternhauses in Heinersdorf in Thüringen. Er floh anlässlich der „Aktion Ungeziefer“ in den Westen. Bild: M. Urban/ddp

Keltischer David gegen britischen Goliath

Auseinandersetzung um die Zukunft Schottlands spitzt sich zu – Große Mehrheit für mehr Autonomie

Die Feierlichkeiten anlässlich des 60. Regentschaftsjubiläums von Königin Elisabeth II. haben auch den rebellischen Norden der britischen Insel nicht unbeeindruckt gelassen. Alex Salmond, Vorsitzender der Schottischen Nationalpartei (SNP) und Chef der Regionalregierung in Edinburgh, erklärte, die Queen würde im Fall einer Unabhängigkeitserklärung seines Landes die Königin der Schotten bleiben. Dessen ungeachtet sollten seine Landsleute anläßlich des bevorstehenden königlichen Besuchs bei der „Royal Week“ in Schottland im Juli vermehrt das schottische Löwenbanner anstelle des Union Jack hissen.

Wenige Tage zuvor hatte Salmond die Kampagne für die Unabhängigkeit seines Landes von Großbritannien offiziell eröffnet. Er kündigte an, im Vorfeld der für Herbst 2014 geplanten Volksabstimmung eine Million Schotten für die Unterzeichnung einer Unterstützungserklärung („independence for Scotland declaration“) gewinnen zu wollen.

Applaus bekommt Salmond auch von Abgeordneten der schottischen Grünen, von Unternehmern aus der Region, vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen und Schauspielern wie James-Bond-Darsteller Sean Connery, Alan Cumming und Brian Cox oder Musikern wie Pat Kane. Federführend für das „Yes“-Lager ist aber zweifellos seine SNP, während sich die Neinsager aus den Reihen der verschiedenen anderen großen Parteien – also den Konservativen, Sozialisten und Liberaldemokraten – zusammensetzen.

Auch wenn die Pro-Großbritannien-Kampagne erst in Kürze gestartet wird, spitzt sich die Auseinandersetzung um die Zukunft Schottlands unweigerlich zu. Die Forderung nach noch weitergehender Autonomie genießt schon jetzt eine deutliche Zustimmung in der schottischen Bevölkerung. Meinungsumfragen sehen den Anteil der Befürworter unter den fünf Millionen Einwohnern Schottlands bei bis zu 70 Prozent, wobei insbesondere eine Ausweitung der Steuerhoheit Edinburghs beliebt wäre. Hinsichtlich einer eventuellen Unabhängigkeit schwanken die demoskopischen Erhebungen. Einer von der Zeitung „Sunday Telegraph“ in Auftrag gegebenen, Ende Januar veröffentlichten Umfrage zufolge liegt die Zahl der Ja-Stimmen in Schottland bei 40 Prozent gegenüber 43 Prozent Ablehnung. Darüber hinaus bestätigte diese Studie die schon länger feststellbare Mehrheitsmeinung in England, dass die Schotten aus dem Staatsverband entlassen werden sollten

Nur die Hälfte der Schotten aber will volle Unabhängigkeit

(43 Prozent gegenüber 32 Prozent gegen eine Unabhängigkeit Schottlands).

Nicht nur der von den schottischen Nationalisten angestrebte Referendumstermin am 24. Juni 2014, dem 700. Jahrestag des Sieges der schottischen Aufständischen unter Robert the Bruce in der Schlacht von Bannockburn über ein dreimal so großes Heer des englischen Königs Edward II., erscheint aus Londoner Sicht ungünstig, sondern das übernächste Jahr insgesamt. Denn es wird für die Schotten ein Jahr voller Höhepunkte sein, in dem ihr Land gleich mit drei Großereignissen international ins Blickfeld rückt: Sowohl die XX. Commonwealth Games in Glasgow vom 23. Juli bis 3. August als auch der Ryder Cup in Gleneagles Ende September – ein Golf-Turnier der Superlative – und erst recht das zum zweiten Mal stattfindende, von Schotten aus aller Welt besuchte „Year of Homecoming“ als großangelegtes Kultur- und Kunstfestival dürften bereits im Vorfeld nationale Hochstimmung erzeugen.

Doch auch im Falle einer bereits in der zweiten Jahreshälfte 2013 angesetzten Volksabstimmung sind die Karten für die schottischen Nationalisten alles andere als schlecht: zentralistische Strukturen werden europaweit zunehmend problematisiert, und die anhaltende britische Wirtschaftskrise läßt eine alleinige Verfügung über die reichen Ölvorkommen vor der schottischen Küste immer verlockender erscheinen. Obendrein steht die regionale Presse schon aus Lokalpatriotismus fast geschlossen hinter dem politischen Oberhaupt Salmond, und die SNP erfreut sich wegen ihrer gesellschaftspolitisch eher linken Programmatik sowie der – die Londoner Gegnerschaft konterkarierenden – EU-freundlichen Tönen einiger Sympathien bei den kontinentalen Massenmedien. Laut einem SNP-Strategiepapier aus dem Herbst 2011 streben die Nationalisten eine Mitgliedschaft ihres Landes in der krisengeschüttelten Europäischen Union an sowie eine ausgeprägtere wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit Skandinavien und Regionen im östlichen Europa. In sozialer Hinsicht erscheinen ihnen die wohlfahrtsstaatlichen Strukturen Schwedens und Dänemarks als Vorbild.

Für eine Beibehaltung des vor gut 400 Jahren durch die Zusammenlegung des englischen und des schottischen Parlaments besiegelten Vereinigten Königreiches spricht demgegenüber vor allem die starke Anglisierung der relativ dicht besiedelten Borderlands mit ihrer in weiten Teilen klar gegen einen Unabhängigkeitskurs eingestellten englischen Mehrheitsbevölkerung. Ohne diese Sondersituation im Süden des Landes wäre die Mehrheit der schottischen Bevölkerung für die volle Eigenständigkeit klarer überwältigend. *Martin Schmidt*

Die Schulden-Uhr:

Unpopuläre Kritik

Statt zu kritisieren, dass das deutsche Volk mit Milliarden Euro für die Schulden der „Schweine“-Staaten (PIGS) haftet, bemängelt die parlamentarische Opposition, dass die Bundeskanzlerin dafür als Gegenleistung zumindest Sparanstrengungen der PIGS-Staaten verlangt. Dabei ist letzteres in Volkes Sinne. 62 Prozent wünschen, dass die Kanzlerin in dieser Frage hart bleibt. 59 hätten kein Verständnis dafür, wenn die Griechen Parteien wählen, die den Sparkurs ablehnen. Nicht einmal jeder Vierte ist ohne Sorge, dass die Entwicklung in Hellas die Stabilität des Euro gefährdet. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des „Stern“. *M.R.*

2.039.935.860.731 €

Vorwoche: 2.039.103.947.688 €
Verschuldung pro Kopf: 24.938 €
Vorwoche: 24.928 €

(Dienstag, 12. Juni 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wo der Staat sich blind stellt

Von Theo Maass

Steglitz-Zehlendorf ist ein bevorzugter Naherholungsort der Berliner. Der Wannsee, deutschlandweit bekannt, liegt dort. Der Schlachtensee ist weniger berühmt, aber dennoch stark frequentiert. Schüler aus der Umgebung feiern hier gern Partys, mit manchmal trübem Ausgang. Denn die Jugendlichen, meist aus besserbetuchten Familien, werden seit einiger Zeit gezielt von Ausländergangs überfallen, die zu diesem Zweck bis zum S-Bahnhof Schlachtensee fahren, sich dort sammeln, zuschlagen und so schnell verschwinden wie sie kamen. Anzeigen erstatten die Jugendlichen nicht. Der (verbotene) Alkoholkonsum und wohl auch ihre überwiegend grün angehauchte Gesinnung halten sie davon ab.

An dem See gibt es weitere Probleme. In letzter Zeit verwahrlosen sie. Müll in nicht unerheblichem Umfang liegt herum, ohne dass er beseitigt wird. Obwohl der Wald brandgefährdet ist, wird dort illegal gegrillt. Freilaufende Hunde geraten in Konflikte mit wilden Tieren, schließlich werden Badende von einem alkoholisierten Mob belästigt – mit anderen Worten: Hohe Zeit, dass die Staatsmacht dort Flagge zeigt. CDU-Fraktionschef Torsten Hippe berichtet, dass seine Partei einen Antrag im Bezirksparlament eingebracht habe, dass das „Ordnungsamt zwischen 14 und 22 Uhr regelmäßige Fahrradpatrouillen durch das Erholungsgebiet schicken sollte mit der Order, sämtliche Ordnungswidrigkeiten, insbesondere Grillen, Vermüllen, fehlerhaftes Führen von Hunden sowie das öffentliche Betreiben lauter Musikwiedergabegeräte zu unterbinden“.

Die SPD stellt sich jedoch quer, und zwar mit einem Trick. Da sie den Antrag kaum ablehnen konnte, ohne öffentliche Empörung zu ernten, verwies sie ihn an einen Ausschuss. Da schmort die Sache nun erst mal vor sich hin. Hippe ist empört: „In diesem Sommer passiert dann erst mal nichts mehr.“ Die Zehlendorfer Genossen hatten am letzten Wochenende etwas anders zu tun. Die auf dem äußersten linken Flügel ihrer Partei agierenden Zehlendorfer Sozialdemokraten feierten den Sieg ihres neuen Mannes, Jan Stöß, der als neuer „linker“ Landesvorsitzender dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit das Leben schwer machen will. Versteht die SPD unter „links“ vornehmlich Verständnis für Kriminelle und Asoziale?

Der böse Verdacht geht um bei vielen Berlinern, dass sich die Staatsmacht nur für solche Vergehen interessiert, bei denen sie etwas holen kann. Denn dort, wo Einnahmen winken, ist der Staat hoch präsent. Falschparker, „Raser“ und andere Autofahrer werden gnadenlos zur Ader gelassen. Ein Badesee zu schützen aber bringt ja kein Geld in die öffentliche Kasse.

»Schwaben töten!«

Berlin: Hetze gegen Fremde eskaliert – Neubürger tätlich attackiert – Täter aus linkem Milieu

Der tolerante Schein trügt: In trendigen Cafés gibt sich Berlins Szene betont locker und weltoffen. Unter der Oberfläche aber brodeln dunkle Ressentiments und Aggressionen

Bild: Caro

Steigende Mieten und der Zuzug Wohlhabender dienen als Vorwand für neue Feindbilder: Erstmals wird ein Mensch als „Zugezogener“ bepöbelt und angegriffen.

Der 32-jährige Gregor R. wurde am 6. Mai gegen 19.30 Uhr abends während der Straßenbahnfahrt durch die Berliner Szene-Kieze Prenzlauer Berg und Friedrichshain von zwei Männern angegriffen. Zuvor bedrohten sie ihn: „Du Scheiß-Zugezogener, wegen dir steigen hier die Mietpreise. Aber irgendwann ist hier eh Kiezreinigung!“ Dann spuckte und schlug zumindest einer der beiden auf R. ein.

Vor Gericht trafen die Angreifer nun ihr Opfer wieder. Der Prozess wirft ein dunkles Licht auf das trendige Lebensgefühl vermeintlich bunter Viertel: Der Täter Till D. ist Kiezbewohner, mehrfach vorbestraft und empfängt staatliche Transferleistungen. Am Tatort sind „Schwaben“- und Fremdenhass längst fest in den Alltag integriert. Zahllose Graffiti geben eine allgemein feindliche Stimmung gegen sogenannte Gentrifizierer wieder. Im Dunstkreis lokaler Proteste gegen diese vermeintlich wohlhabenden Zugezogenen kocht seit Monaten der Hass gegen „Schwaben“ hoch. Angeblich stammen viele der Neu-Berliner aus Baden-Württemberg. Vor allem aber fallen diese wegen ihres Akzents wohl besonders auf.

Im August 2011 gab ein 29-jähriger Zeitungsausträger zu, Kinderwagen in Hausfluren des Viertels Neukölln aus „Hass auf Schwaben in Prenzlauer Berg“ angezündet zu haben. Er räumte elf Brandstiftungen ein. Medien beschrieben den Angeklagten später als „gutsituierten Westdeutschen“ („Stern“). Wenige Tage später brannte auch in Prenzlauer Berg ein Kinderwagen – Täter unbekannt.

„Das alternative Berlin offenbart einen reaktionären Unterton“ schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ zum Fall des Zeitungsboten und „Berlins neuer Hasskultur“. Entsprechende Hassparolen an Hauswänden sind inzwischen Teil des Stadtteilebens, besonders in Prenzlauer Berg, wo nun der Angriff stattfand. Aufkleber auf öffentlichen Schildern künden dort abwertend vom „Schwabylon“, in dem sich die Szene wähnt. An Hauswänden finden sich Parolen wie „Schwaben raus!“ Ein amtlich wirkendes Plakat fordert von Hauswänden herab: „Kauft nicht bei Schwaben!“

Auch Ausländer geraten ins Visier der Hetzer

Betroffen sind keineswegs nur Brennpunkte der Gentrifizierung, also Orte, an denen Mieten steigen und Alteingesessene wegziehen, sondern vor allem politisch links geprägte Kieze. Der Kollwitzkiez, nur ein paar hundert Meter vom Ort der abendlichen Attacke entfernt, ist eines der Zentren der Schwabenhatz. Im Januar sprühte ein junger Bewohner dort „Schwaben töten“ an eine Wand. Der 18-Jährige, der seine Botschaft mit dem Szene-Kürzel „TSH“ zeichnete, kam in Untersuchungshaft. Zu dem Zeitpunkt standen bereits zehn weitere Schwaben- und fremdenfeindliche Parolen allein an Hauswänden der Kollwitzstraße.

Auch im Mauerpark, wo sich die beiden Straßenbahnschläger vor ihrer Tat aufhielten, sind „Porno-Hippie-Schwaben“, so der Szenejargon, nicht gern gesehen. „Berlin ist intoleranter geworden, gerade bei denen, die sich die Antidiskriminierung auf die Fahnen geschrieben haben“, klagt der „Friedrichshainblog“ im Internet. Demnach wuchsen sich Witze und Graffiti gegen Schwaben binnen weniger Jahre zu einer „ausufernden Diskriminierung“ aus. Der Schwabe gelte als Symbol für den Ausverkauf der Stadt. Selbst die linke „taz“ machte im März Schwabenhass im Interview mit dem Musiker Michi Beck („Fanta Vier“) zum Thema. Der Deutsch-Rapper sagte: „Aber der sogenannte Schwabenhass richtet sich ja auch gar nicht ausdrücklich gegen Schwaben. Der Schwabe ist nur zu einem Symbol für die Gentrifizierung geworden.“

Schon in den 80er Jahren habe es demnach Ablehnung gegeben, außerdem: „In Stuttgart macht man sich ja sogar noch mehr ins Hemd wegen dem Schwabenhass als hier“, so Beck. Es sind beschwichtigende Worte. Für linke Medien, Politiker und Gruppen ist der Fremdenhass aus ihren eigenen Reihen eine ziemlich peinliche Erscheinung.

Der jüngst angegriffene „Zugezogene“ hatte wochenlang Schnittwunden und Prellungen im Gesicht durch die ihm zerschlagene Brille. Tatsächlich stammt der Mann aus Thüringen, lebt seit vielen Jahren in der Stadt. Nach eigenen Angaben trug er keine auffällige Kleidung, sprach nicht einmal mit den Angreifern. Der Hass hätte somit jeden treffen können. Einige Szene-Clubs verwehren bereits Schwaben und Ausländern den Zutritt. „Touristen unerwünscht! Wir wollen unter uns bleiben“, lautet oft die Begründung. „Ihr nehmt meine Heimat ein“ sprühten Unbekannte Anfang des Jahres an das „Café Heimatlos“ am Kollwitzplatz – es gehört einem Ausländer.

Neben Schwaben- wird Ausländerangst in linken Kreisen salonfähig. Berlin witzelt weiter über Schwaben und Prominente wollen, auf das Thema angesprochen, vor allem nicht als Zugezogene erkannt werden. Der tatsächliche Zustrom von Baden-Württembergern nach Prenzlauer Berg wird von Experten seit Jahren mit beschaulichen rund 650 Menschen im Jahr angegeben. Der Hauptbeschuldigte des Angriffs auf den 32-Jährigen wollte sich dem Prozessende und seinen wirren Motiven nicht mehr stellen. Er erschien nicht zur Urteilsverkündung. Laut Strafbefehl muss er 2250 Euro zahlen. *Sverre Gutschmidt*

Kartellamt greift durch

Berliner Wasserpreise müssen drastisch gesenkt werden

Preissenkung um 18 Prozent im laufenden Jahr – in den Folgejahren um 17 Prozent, das fordert das Bundeskartellamt von den Berliner Wasserbetrieben. Dem drastischen Schritt, der mit Preismissbrauch begründet wird, sind bereits mehrere erfolglose Abmahnungen vorausgegangen. Erstaunlich klingt die Gegenargumentation des teilprivatisierten Berliner Wasserversorgers: Es handele sich nicht um Preise, sondern um Gebühren – das Kartellamt sei somit nicht zuständig.

Klärung soll nun ein von den Wasserbetrieben angestrebtes Verfahren vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf bringen. In seiner Prüfung hatte das Kartellamt die Berliner Preise mit denen in Hamburg, München und Köln verglichen. Selbst unter großzügiger Berücksichtigung erheblicher Investitionen in das Berliner Netz findet demnach in Berlin ein Preismissbrauch statt. Klartext: Das Wasser ist überteuert.

Nach Ansicht von Kritikern wie der Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ liegt der Hauptgrund für die überzogenen Preise in der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe im Jahre 1999: Die damaligen Investoren – RWE und Veolia – hatten dank der Vertragsbedingungen bereits nach zehn Jahren ihren kompletten Kaufpreis von 1,3 Milliarden Euro wieder hereingeholt.

Die seltsame Karriere des Peter Kurth (CDU) wirft Fragen auf

Deutlich positiver als für die Berliner scheint die Bilanz auch für Peter Kurth (CDU), einstiger Berliner Finanzsenator, ausgefallen zu sein. Er war es, der 1999 seine Unterschrift unter den damals geheimen Vertrag gesetzt hat. Kurth hat inzwischen die Seiten gewechselt: Seit einigen Jahren vertritt er die Interessen jener Branche, die seinerzeit absahnte. Seit 2006 ist Kurth Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE), seit 2010 führt er auch den entsprechenden europäischen Branchenverband FEAD an.

Anlässlich seiner Bestätigung im Amt als Bundesgeschäftsführer im Mai 2012 hat Kurth klargemacht, welche Erwartungen er an die Politik hat: Die „dynamische Weiterentwicklung der Branche nicht durch Gesetze und Verordnungen zu stoppen, die freien Markt und fairen Wettbewerb behindern“. Hinsichtlich der Berliner Wasserbetriebe scheint das Bundeskartellamt allerdings eine deutlich andere Auffassung von Marktwirtschaft zu haben als der ehemalige Finanzsenator mit der von ihm betriebenen Umwandlung eines kommunalen Monopols in ein Privatmonopol. *N.H.*

Insel brennt

Sexualstraftäter bringen Dorf in Aufruhr

Seitdem „Sicherheitsverwahrte“ laut Gerichtsbeschluss in größerer Zahl auf freien Fuß gesetzt werden mussten, führt die Unterbringung von Sexualstraftätern in der Nachbarschaft zu Konflikten. Besonders Familien mit Kindern haben Angst. Im Ort Insel nahe Stendal ist es zu bundesweit beachteten Demonstrationen vor dem Wohnort von zwei dort auf staatliche Kosten untergebrachten Ex-Sträflingen gekommen.

Die etablierten Parteien zeigen wenig Verständnis für den teils lautstarken Protest der Bürger. Eva von Angern (Linke) fordert, dass man „all jenen Einhalt gebietet, die die Menschenrechte der beiden Männer verletzen“. Die NPD greift die Kritik der aufgebrachten Dorfbewohner begierig auf. Von Angern nervt das gewaltig: „Die NPD darf hier auf keinen Fall Mittel zum Zweck sein, nämlich zum Zwecke der Vertreibung“ (der ehemals Sicherungsverwahrten).

Die NPD greift den Streit begierig auf

Auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) geht auf Abstand: „Wir distanzieren uns klar von den beschämenden Handlungen einzelner Bürger.“ Abgeordnete haben das Dorf besucht, um „Überzeugungsarbeit“ zu leisten. Eine junge Mutter ist davon wenig beeindruckt: „Die Politiker sollen doch die Sextäter bei sich zu Hause aufnehmen, wenn sie so großes Interesse an ihnen haben.“ Die Polizei hat ein Demonstrationsverbot über Insel verhängt. Es wird damit gerechnet, dass die NPD dagegen gerichtlich vorgehen wird. Grünen-Politiker Sören Herbst erklärte indes, jede Absage einer Demonstration in Insel sei ein gutes Signal. *H.L.*

Ohne Umsteigen nach Danzig

Anlässlich der Fußball-EM hat die Deutsche Bahn (DB) am 6. Juni eine Direktverbindung von Berlin nach Danzig aufgenommen. Gegenüber der bisherigen Verbindung mit einem Umsteigehalt in Posen verkürzt sich die Fahrzeit auf sechseinhalb Stunden. Der um 15.40 Uhr in Berlin-Hauptbahnhof abfahrende Eurocity erreicht über Frankfurt/Oder, Posen und Bromberg den Danziger Hauptbahnhof um 22.04 Uhr. Über Zoppot geht es danach weiter zum Endhaltepunkt Gdingen, wo der Zug um 22.41 Uhr eintrifft. Bereits zum Anfang des Monats hat die Deutsche Bahn allerdings ihre bisherige Eurocity-Verbindung von Prag über Dresden und Berlin nach Stettin mangels Nachfrage eingestellt. Mit der Verkürzung der Verbindung auf die Strecke Berlin–Prag ist damit die letzte Eurocity-Verbindung der DB nach Stettin entfallen, sodass die pommersche Metropole auf dem Schienenweg von Berlin aus nur noch per Regional-Express erreichbar ist. *N.H.*

Zeitzeugen

Kristina Schröder – Die Bundesfamilienministerin (CDU) sieht keinen Änderungsbedarf und verteidigt das Ehegattensplitting: „Der Grundgedanke ist richtig. Wir sollten es honorieren, wenn zwei Menschen füreinander Verantwortung übernehmen und dann auch finanziell füreinander einstehen.“

Manuela Schwesig – Als stellvertretende SPD-Parteivorsitzende befürwortet sie die Individualbesteuerung, da die aktuelle Rechtslage ein nicht mehr zeitgemäßes Partnerschaftsbild zementiere. Das traditionelle Rollenbild werde unserer Generation von gut ausgebildeten Frauen nicht mehr gerecht und berge ein Risiko für Frauen, in Altersarmut zu fallen.

Bernd Schlömer – Seine Piratenpartei fordert in ihrem Programm die Abschaffung des Ehegattensplittings und will steuerliche Vergünstigungen an die Versorgung von Kindern unabhängig vom gewählten Familienmodell knüpfen.

Wolfgang Schäuble – Für den Bundesfinanzminister (CDU) hat die Ehe mit Blick auf „ihre bleibende Bedeutung als typische Grundlage der Familie mit Kindern“ weiterhin eine steuerliche Sonderstellung gegenüber gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Er will der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nicht vorgreifen und die aktuelle Rechtslage beibehalten.

Miriam Beblo – Die Professorin an der HWR Berlin sieht im Ehegattensplitting eine gezielte Verstärkung des „ökonomischen Teufelskreises“. Durch die innerfamiliäre geschlechterstereotype Arbeitsteilung verfestigten sich traditionelle Rollenmuster, da der „Marktwert“ der Arbeitskraft des erwerbstätigen Ehegatten steige und der des im Haushalt Tätigen – meist die Frau – sinke. In der Folge blieben Lohndifferenzen und unterschiedliche Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen bestehen.

Richard Ochmann – Der Volkswirt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hält die Einschränkung der Steuervorteile des Splittings für erforderlich, um mehr Erwerbsanreize für verheiratete Frauen zu schaffen. Die Mehreinnahmen könnten zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen verwendet werden.

Attacke auf klassische Familie

Vom Ehegattensplitting profitiert nur Alleinverdienermodell – Ist das noch zeitgemäß?

Gründe zu heiraten gibt es viele, manch einer geht den Bund der Ehe wohl auch nur aus steuerlichen Gründen ein. In der aktuellen politischen Diskussion überlagern jedoch immer öfter ideologische Motive die Sachargumente.

Auf der einen Seite taucht seit der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft für homosexuelle Paare im Jahr 2001 immer wieder die Frage auf, ob die Steuervorteile des Ehegattensplittings auch von eingetragenen Lebenspartnern genutzt werden können, da auch diese wie Ehegatten gegenseitig unterhaltsverpflichtet sind. Das Einkommensteuergesetz spricht aber klar von Eheleuten, die das Splitting in Anspruch nehmen können. Trotz der amtlichen Eintragung der Partnerschaft erfüllt diese nicht die Definition der Ehe, so dass homosexuelle Paare wie Singles besteuert werden. Beim Bundesverfassungsgericht sind zu dem Thema zurzeit drei Beschwerden anhängig. Auch die Finanzgerichte äußern verfassungsrechtliche Bedenken gegen die aktuelle Regelung. In anderen Steuergesetzen (Erbschaftsteuergesetz, Grunderwerbsteuergesetz) wurde bereits eine Gleichstellung von Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnerschaften vollzogen, nachdem sie vom obersten Bundesgericht angemahnt worden war.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sprach sich Anfang März gegen das Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartner im Wege des vorläufigen Rechtsschutzes aus und begründete dies damit, dass er die Stellung der aktuellen Gesetzeslage in den Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht durch Zugeständnisse nicht schwächen wolle. Diese Entscheidung wollen aber viele Bundesländer nicht mittragen und bleiben bei ihrer Absprache, auf Antrag eingetragenen Lebenspartnern vorläufig, das heißt bis zur endgültigen Klärung durch das Bundesverfassungsgericht, die Vorteile des Ehegattensplittings zu gewähren.

Gleiche Rechte für homosexuelle Paare gefordert

Der zweite Streitpunkt ist die Auswirkung der Steuervergünstigung auf die familiäre Arbeitsteilung von Mann und Frau. Gegner des Splittings sehen hier eine Diskriminierung von Frauen. Diese würden in alte Wertemuster gedrängt, da durch die höhere Steuerbelastung vom eigenen Einkommen der Ehefrau meist nicht viel übrig bleibe. Darüber hinaus fördere das Splittingverfahren nicht die Familie, sondern nur die Ehe, dem verfassungsrechtlich gebotenen Schutz von Ehe und Familie diene diese Regelung daher nur bedingt. Kinder senken die Steuerbelastung insbesondere bei Geringverdienern nicht, sondern werden über das einkommensunabhängige Kindergeld von 184 Euro pro Monat gefördert.

Um diese Diskussion besser zu verstehen, hilft ein Blick auf die finanziellen Folgen einer Heirat. Die steuerliche Förderung der Ehe, egal ob mit ohne Kinder, besteht vereinfacht gesehen darin, dass das Einkommen der Eheleute zusammengerechnet und durch zwei geteilt wird. Auf diesen Betrag wird die normale Einkommensteuer eines Alleinstehenden berechnet und dann verdoppelt. Das Ergebnis ist die Steuerlast der Ehegatten. Der Vorteil dieser Regelung liegt in dem in Deutschland anzuwendenden progressiven Steuersatz. Dieser sieht zunächst einen steuerfreien Grundfreibetrag von zurzeit rund 8000 Euro und anschließend einen Steuersatz zwischen 14 Prozent und 45 Prozent vor, der mit dem Einkommen ansteigt. Für die Alleinverdienerehe bedeutet dies, dass die jährliche Steuerlast des Ehepaares nur die Hälfte eines Alleinstehenden mit vergleichbarem Einkommen beträgt. Verdienen aber beide Ehegatten gleich viel, kommt die vorgenannte Rechnung zu dem Ergebnis, dass Ehegatten genauso hohe Einkommensteuern zahlen wie zwei Alleinstehenden, der steuerliche Vorteil ist also null.

Verdient ein Ehepartner dagegen weniger als der andere, liegt der steuerliche Vorteil, je nach Höhe der Einkommensdifferenz, bei bis zu 50 Prozent der Gesamtsteuerbelastung. Auch mit höherem Einkommen steigt aufgrund der Progression die steuerliche Entlastung. Den „besten“ Steuerspareffekt erzielen daher Ehegatten, von denen einer zu den Spitzenverdienern zählt und der andere kein Einkommen hat. Die Höhe des Splittingvorteils hängt somit von der partnerschaftlichen Rollenverteilung und dem Einkommensunterschied der Ehepartner ab. *K. Overbeck*

Foto: pa

„Du, Schatz, lass uns heiraten, so sparen wir Steuern“: Wohl die wenigsten Ehe werden aus diesem Motiv heraus geschlossen

EU: Alles andere als einheitlich

Andere Länder – andere Sitten, diese Weisheit gilt auch im Steuerrecht. Zwar vereinheitlichte die EU das Umsatzsteuerrecht, und auch im Körperschaftsteuerrecht gibt es Bemühungen, die Regelungen der einzelnen Staaten einander anzunähern, aber im Einkommensteuerrecht der natürlichen Personen hat jedes Land seine eigenen Gesetze. Das Gegenteil des hierzulande geltenden Ehegattensplittings ist die Individualbesteuerung. Das Einkommen jeder natürlichen Person, unabhängig vom Familienstand, wird separat besteuert. Singles, Eheleute, homosexuelle Paare und Paare ohne Trauschein werden somit gleich behandelt.

Innerhalb der EU kennen nur Luxemburg und Frankreich das Ehegattensplitting, in Frankreich wurde dies zum Familiensplitting ausgebaut, da jedes Kind eine erhebliche Senkung der Steuerlast mit sich bringt. In Luxemburg werden auch Lebenspartner mit Partnerschaftsvertrag, egal ob hetero- oder homosexuell, steuerlich wie Ehegatten behandelt.

Frankreich: Familie ist dort, wo Kinder sind

Österreich, dessen Einkommensteuerrecht aus dem deutschen Recht abgeleitet wurde, hat in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts das Ehegattensplitting abgeschafft, hier gibt es hingegen Abzugsbeträge für Alleinverdiener, Alleinerziehende und Kinder. Trotz dieser Abzugsbeträge ist die Steuerbelastung von Einverdienerehen höher als die von Doppelverdienerpaaren. Aber auch in Österreich gibt es immer wieder Vorstöße, ein Familiensplitting einzuführen.

In allen anderen EU-Staaten gilt die Individualbesteuerung oder es werden nur begrenzte Steuerermäßigungen für Eheleute gewährt. Allerdings gilt in vielen Staaten nicht der progressive, sondern ein proportionaler Steuersatz, bei dem sich die Rechnung des deutschen Splittingverfahrens nicht auf die Steuerschuld auswirken würde. *K.O.*

Ursprünge liegen in Preußen

Wankelmütiges Steuerrecht bei Eheleuten

Die Ursprünge der Ehegattenbesteuerung finden sich bereits im preußischen Einkommensteuerrecht des 19. Jahrhunderts. In dieser Zeit wurde die mittelalterliche Kopfsteuer zur Haushaltsbesteuerung nach englischem Vorbild umstrukturiert, bei der anfangs das Einkommen von zusammenlebendem Haushaltsvorstand und Angehörigen zusammengerechnet und besteuert wurde. Aufgrund der heute noch geltenden Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ging man davon aus, dass zusammenlebende Ehegatten viele Dinge des täglichen Lebens nur einmal bräuchten. Im Unterschied zum heutigen Splittingverfahren wurde für die zusammen veranlagten Personen zwar jeweils ein eigener Grundfreibetrag (Existenzminimum) gewährt, aber der Steuersatz wie bei Alleinstehenden bemessen. Daher wurden Ehepaare höher besteuert als vergleichbare Ledige. Anfang des 20. Jahrhunderts wandelte sich die Haushaltsbesteuerung zur reinen Ehegattenbesteuerung, da Kinder eigenständige Steuersubjekte wurden.

Im Rahmen der Erzbergerschen Finanzreform wurden 1920 die unterschiedlichen Einkommensteuerregelungen der Länder durch eine Reichseinkommensteuer ersetzt und der progressive Steuertarif stark erhöht, was dazu führte, dass Ehegatten noch stärker belastet wurden als vergleichbare Alleinstehende. In der Folge kehrte die Weimarer Republik schrittweise zur Individualbesteuerung zurück.

Zusammenveranlagung war oft negativ

1934 wurde das Steuersystem an die nationalsozialistische Weltanschauung und die hohe Arbeitslosigkeit aufgrund der Weltwirtschaftskrise 1929 angepasst und die Zusammenveranlagung von Ehegatten wieder eingeführt. Diese Zusammenveranlagung in Kombination mit dem progressiven Steuersatz führte dazu, dass die Steuerbelastung der Ehegatten mit der Erwerbstätigkeit des zweiten Partner stark anstieg – was durchaus gewünscht war, um Frauen aus dem Erwerbsleben fernzuhalten. 1941 wurden Steuererleichterungen für Angestellte eingeführt, da die Arbeitskraft der Frauen in der Kriegswirtschaft benötigt wurde.

1951 wurde die Regelung weitgehend in das Steuersystem der Bundesrepublik übernommen, aber 1957 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Die Zusammenveranlagung führte zu einer Schlechterstellung von Ehegatten gegenüber Unverheirateten und war so mit Artikel 6 Absatz 1 des neuen Grundgesetzten, dem Schutz von Ehe und Familie, unvereinbar. Daraufhin wurde die Zusammenveranlagung erweitert und das heutige Ehegattensplitting eingeführt, das sich an den Regelungen in den USA orientierte. Neben der Gewährung vom doppelten Grundfreibetrag stieg der progressive Steuersatz nur noch halb so stark an wie bei Alleinstehenden. Die Benachteiligung von Ehegatten wurde so nicht nur beseitigt, sondern in eine ökonomische Besserstellung umgekehrt. Weiterhin wurde ein Wahlrecht geschaffen, das eine getrennte Veranlagung der Ehegatten wie Alleinstehende vorsieht, um Nachteile auszugleichen.

Aufgrund der steten gesellschaftlichen Veränderungen ist offen, welchen Weg diese steuerliche Regelung einschlagen wird. *K.O.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7654**

Falscher Öko-Alarm

Experten beschäftigen sich mit der Frage, warum das Waldsterben ausfiel

Vor einer „Umweltkatastrophe von bisher unvorstellbarem Ausmaß" warnten Fachleute Anfang der 1980er Jahre und meinten das Waldsterben. Die Wälder sind aber heute in einem besseren Zustand als je. Ist dies eine Folge der eingeleiteten Maßnahmen oder war alles nur eine beispiellose Panikmache?

Baumkronen wurden schütter, die Nadeln von Fichten gelb, stürmische Winde legten so manchen Waldhang flach. Der Göttinger Bodenkundler Bernhard Ulrich prophezeite 1981, dass die Wälder „nicht mehr zu retten" seien und in den nächsten fünf Jahren eingehen würden. Der „Spiegel" brachte im gleichen Jahr das Thema „Waldsterben" auf die Titelseite und prägte damit den Begriff. Doch seitdem ist kein einziger Wald zugrunde gegangen.

Panik wurde Anfang der 80er Jahre noch durch zwei andere Themen gemacht. Der Weltfrieden schien durch die Nato-Nachrüstung bedroht und Millionen blickten angstvoll auf die vermeintlich massenmörderischen Atomkraftwerke. Auch hier lässt sich nüchtern feststellen: Weder ist es durch die US-Mittelstreckenraketen zu einem dritten Weltkrieg gekommen noch ist bisher ein einziges Atomkraftwerk in Deutschland explodiert.

Aufgrund dieser Gemengelage stieg genau in dieser Zeit die Umwelt-Partei der „Grünen" in der Wählergunst, die diese Themen, genauer diese Befürchtungen, auf ihre Fahnen schrieb. Das Thema „Waldsterben" eignete sich ebenso wie der Frieden, um irrationale Ängste auszulösen.

Seit der Romantik im ausgehenden 18. Jahrhundert wird den Deutschen ein besonderes Verhältnis zum Wald nachgesagt. Die Vorstellung, dass hierzulande einmal alle Wälder abgestorben sein würden, erschien vor diesem Hintergrund geradezu als Horrorvision. Gleiches galt nach den Erfahrungen zweier Weltkriege für die Sicht auf einen möglichen dritten Weltkrieg, der hierzulande wahrscheinlich eine Atomwüste hinterlassen hätte. Nur vier Jahre brauchten die Grünen dank dieser Kampagnen, bis am 12. Dezember 1985 mit Joschka Fischer in Hessen erstmals ein Grüner ein Ministeramt übernahm.

Dabei wussten selbst die Forstwissenschaftler damals relativ wenig über die Ursachen des vermeintlichen Waldsterbens, wie Roland Wagner in seiner 2011 erschienenen Doktorarbeit an der Freiburger Universität herausfand. Der Zustand der Wälder wurde erst seit Ende der 70er Jahre näher untersucht. Wohl allzu

> Suche nach Ursachen für das Waldsterben war äußerst einseitig

vorschnell wurde das Schwefeldioxid (SO_2) als Schuldiger ausgemacht. Da SO_2 mit Wasser zu Schwefelwasserstoff reagiert, war bald der „saure Regen" in aller Munde, der die für das Baumwachstum wichtigen Nährstoffe aus dem Boden spülen würde. Aufgrund dieser Argumentation wurden Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen entschwefelt, Autos obligatorisch mit Katalysatoren und bleifreiem Benzin ausgerüstet sowie Kalk in die Wälder gestreut.

Zwar gelten heute diese Maßnahmen, wie Reinhard Hüttl als Leiter des „Geoforschungszentrum Potsdam" (GFZ) feststellt, als gute Vorbeugemaßnahmen für die Gesundheit des Menschen (Asthma, Allergien und sonstige Erkrankungen der Atemwege) und sinnvoll für Seen und das Grundwasser, aber der Nutzen für den Wald ist unter Forstwissenschaftlern umstritten. Hüttl betont, dass die damalige Diskussion „zu einseitig" gewesen sei. Wissenschaftler, Journalisten und die Öffentlichkeit seien so auf den sauren Regen fixiert gewesen, dass sie andere Ursachen übersehen hätten.

Besonders der Schwarzwald, stellte Roland Wagner fest, hatte Anfang der 80er Jahre kaum mit Schadstoffbelastungen zu kämpfen. Trotzdem starben die Bäume. Schuld sei damals „die falsche Bewirtschaftung der Flächen" gewesen; zu viele Fichten seien hier gepflanzt worden. Nach der Rückkehr zum ökologischen Waldbau hätten sich die Wälder bis heute vollständig erholt. Auch das Wetter hätte als Ursache bedacht werden müssen, so der Forstwissenschaftler. Der Temperatursturz zu Silvester 1978 zusammen mit dem trockenen Sommer 1976 hätten mittelfristig Auswirkungen auf die Bäume gehabt. Auch 2003 hätte es ähnliche Witterungsextreme gegeben mit entsprechenden Folgen für die Belaubung der Bäume. Heute würden Bäume auch wegen eines höheren CO_2-Gehaltes in der Atmosphäre, der ein idealer Baumdünger ist, besonders gut gedeihen und aussehen.

Zwar sind die Parallelen zur heutigen Klimadebatte mit entsprechenden Horrorszenarien mit Händen zu greifen, aber Reinhard Hüttl will dies nicht gelten lassen. Zwar sei damals durch Panik eine Aufmerksamkeit auf ein Problem gelenkt worden, das in Wirklichkeit kaum vorhanden gewesen sei. Doch insgesamt habe die Debatte zu sinnvollen Konsequenzen für den Menschen geführt. Bei der heutigen Klimadebatte sei es ähnlich. Vermessen sei es zu glauben, allein mit einer Reduktion von CO_2-Emissionen sei „alles wieder im Lot". Es existiere ein natürlicher Klimawandel und niemand habe einen Anspruch auf konstantes Klima, so der Geowissenschaftler. *Hinrich E. Bues*

Naturschützer: Unter dem Motto „Rettet den Wald" gab es bundesweit in den 80er Jahren viele Aktionen Bild: pa

MELDUNGEN

Streit um Elchschaufel

Berlin – Seit Jahren versuchen Tierschützer den Schenkelbrand bei Tieren gesetzlich zu verbieten. Inzwischen hat das Bundeskabinett zwar beschlossen, diesen künftig zu untersagen, doch noch bevor das Gesetz dem Bundestag vorgelegt werden konnte, gibt es Kritik von Bundesministern und aus einigen Ländern. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), beide mit privaten Beziehungen zu Pferdezüchtern, betonten, dass sie privat die Tradition des Schenkelbrandes schätzten. Auch in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein laufen die Pferdezüchter Sturm und setzen ihre Landespolitiker unter Druck, das Gesetz spätestens im Bundesrat zu stoppen. Kennzeichen wie die Elchschaufel der Trakehner seien weltweit Markenzeichen in der Pferdezucht, heißt es aus Schleswig-Holstein. *Bel*

Pro Deutschland ohne Konto

Berlin – Der Landesverband Berlin der Bürgerbewegung Pro Deutschland ist seit dem 31. Mai vom Giroverkehr ausgeschlossen. Geldgeschäfte der Partei können nur noch bar abgewickelt werden. Pro Deutschland: „Die Mittelbrandenburgische Sparkasse hat ... unser bislang dort geführtes Girokonto aufgelöst. Das Verwaltungsgericht Berlin verurteilte zwar am 30. März die Berliner Sparkasse dazu, für den Landesverband der Bürgerbewegung Pro Deutschland ein Girokonto einzurichten (VG 2 K 118/11). Dieses Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig, und das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg kam am 29. Mai zu dem Beschluss, die Einrichtung eines Kontos für unseren Landesverband bei der Berliner Sparkasse sei vor dem Abschluss des Verfahrens zur Hauptsache nicht nötig (OVG 3 S 42/12)." *H.L.*

Front gegen den Norden?

Wasserverbrauch: Klage der EU-Kommission reine Schikane

Deutschland unternimmt nicht genug, damit Industrie und Landwirtschaft sparsam mit Wasser umgehen. Zu dieser Ansicht ist zumindest der slowenische EU-Umweltkommissar Janez Potocnik gekommen. Medienberichten zufolge will die Brüsseler EU-Kommission jetzt sogar gegen Deutschland Klage vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg erheben. Konkret wird beklagt, dass deutsche Verbraucher und Klärwerke durch hohe Preise zu Sparsamkeit angehalten werden, die deutsche Industrie und Landwirtschaft jedoch nicht. Gleichfalls ins Visier des Umweltkommissars geraten sind Österreich, Dänemark, Finnland, Ungarn, die Niederlande, Schweden und die belgische Region Flandern.

Dass ausgerechnet diesen Ländern Klagen der EU-Kommission drohen, ist aus mehreren Gründen interessant, da sie keineswegs unter Wassermangel leiden. Mit Deutschland, den Niederlanden und Belgien sollen ausgerechnet auch noch diejenigen Länder auf die Anklagebank gesetzt werden, die unter den Industrieländern weltweit bereits den geringsten Wasserverbrauch der Privathaushalte erreicht haben. Pro Tag verbraucht im Durchschnitt ein Belgier nur 120 Liter, ein Deutscher 122 Liter und ein Niederländer 130 Liter Wasser. Wie effizient dies ist, machen die Verbrauchswerte Japans (278 Liter) und der USA (295 Liter) deutlich. Ebenso bemerkenswert ist, welche Länder sich nicht wegen ihres Wasserverbrauchs rechtfertigen müssen: so die Verschwender Italien (213 Liter) und Spanien (270 Liter).

> Obwohl sie wenig haben, verschwenden Südländer Wasser

Selbst diese aus dem Jahr 2007 stammenden Werte sind allerdings nur ein Teil der Wahrheit. Während in Deutschland der Trinkwasserverbrauch mittlerweile weitgehend durch Wasseruhren ermittelt wird, melden einige Länder nach wie vor Schätzwerte an die Statistikbehörde Eurostat. Noch fragwürdiger wird die angedrohte Klage im Hinblick auf Spanien. Die Lage der Wasserversorgung ist angespannt, gleichzeitig sorgen marode Leitungen und die stillschweigend geduldete Subventionierung von Wasserpreisen für Landwirtschaftsbetriebe dafür, dass Spanien immer noch Spitzenreiter beim Verbrauch ist. Dies gilt selbst, wenn man die offiziell gelieferten Zahlen Madrids nimmt und den weit verbreiteten illegalen oder nicht registrierten Wasserverbrauch außen vor lässt. Bereits in der Vergangenheit musste sich die EU den Vorwurf gefallen lassen, durch ihre Agrarsubventionen den Wasserverbrauch Spaniens sogar noch weiter in die Höhe zu treiben. Dem World Wildlife Fund zufolge werden rund 80 Prozent des Trinkwassers auf der iberischen Halbinsel für die Landwirtschaft verbraucht. Von der EU-Agrarpolitik wurde bisher genau der Anbau solcher Pflanzen gefördert, die wie Zuckerrüben, Mais oder Reis extrem viel Wasser benötigen. Statt solcher Fehlanreize und der weitverbreiteten Wasserverschwendung in Südeuropa stellt die EU-Kommission nun aber den Wasserverbrauch der regenreichen mittel- und nordeuropäischen Industrieländer in den Mittelpunkt.

Naheliegend ist der Verdacht, dass die allzu konkurrenzfähige Industrie einiger Länder durch höhere Kosten zugunsten der Südländer etwas ausgebremst werden soll. Nach Angaben des Bundestages waren gegen Deutschland Anfang Mai insgesamt 68 EU-Vertragsverletzungsverfahren in diversen Angelegenheiten anhängig. *N. Hanert*

Übers Ziel hinausgeschossen

»Teppich-Affäre« wirft Frage auf, wen Niebel geärgert haben könnte

In so mancher Zeitungsredaktion kam am vergangenen Wochenende so etwas wie Panik auf. Offenbar hatte man die Sache falsch eingeschätzt und nur eine Meldung oder einen Zweispalter hierfür in der Wochenendausgabe vorgesehen, doch scheinbar war das Thema viel größer. Gleich nach Spaniens Banken-Rettung und aktuellen Berichten aus Syrien folgte in der „Tagesschau" die „Teppich-Affäre" um Minister Dirk Niebel (FDP). Die meisten Medien versuchten dann am Montag ihren Fehler zu beheben und machten groß mit der Geschichte auf. Bei der SPD fiel erst am Dienstag der Groschen, dass sie um ein Haar eine Jagd verpasst hätten, und sie forderten, wenn auch eben mit Verspätung, den Rücktritt des Ministers.

Auf den ersten Blick mag es vielleicht nicht sachlich erscheinen, bei der „Teppich-Affäre" von einer „Jagd" zu sprechen. Doch schon der zweite Blick verdeutlicht, dass die Medien hier verdächtig stark über das Ziel hinausschossen. Da wurde ein auf einer Dienstreise für 1100 Euro erworbener Teppich nicht richtig verzollt und ohne Entrichtung der etwa 200 Euro Zoll auch noch mit einer Maschine des Bundesnachrichtendienstes kostenfrei nach Deutschland geliefert. Das ist definitiv nicht korrekt, aber ist es gleich die dritte Meldung nach Spanien und Syrien wert?

Fakt ist, dass sich der ehemalige Zeitsoldat und FDP-Generalsekretär seit Amtsantritt als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Jahr 2009 zahlreiche Feinde gemacht hat. Innerhalb kürzester Zeit fusionierte er für die Öffentlichkeit fast geräuschlos die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die Bildungsagentur Inwent und den Deutschen Entwicklungsdienst mit zusammen gut 17 000 Mitarbeitern. Sein Ministerium selbst hat nur knapp 600. Selbst die Opposition kam nicht umhin, anzuerkennen, dass ihm etwas gelungen war, was seine zahlreichen Vorgänger nicht geschafft hatten. Der damit verbundene Effizienzgewinn durch die Vermeidung von Doppelstrukturen kostete allerdings auch so manche Führungskraft den Posten. Zudem haben viele der neueingestellten Mitarbeiter ein FDP-Parteibuch, was zu viel Unmut führte bei den überwiegend mit SPD-Parteibuch ausgestatteten Beamten aus der Ära von Niebels Amtsvorgängerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), die von 1998 bis 2009 das Ministerium unter ganz anderen Vorzeichen führte. Wieczorek-Zeul macht kein Geheimnis daraus, dass sie die Arbeit ihres Nachfolgers als Zerstörung ihrer eigenen Arbeit betrachtet. Niebel wiederum bekennt offen, dass er nicht vor hat, aus Sicht seiner Vorgängerin Gutes zu tun, indem er überall hin Entwicklungshilfe überweist. „Eigene Interessen sind doch nichts generell Schlechtes. Karitative Tätigkeit ist ‚nice to have'. Bei Hunger- oder Flutkatastrophen muss sie sein. Aber so verändere ich keine Strukturen", so Niebel. Über Afrikaprojekte von Alt-68ern macht er sich gern lustig. Was die Alt-68erin Wieczorek-Zeul und ihre Anhänger auf Rache sinnen lässt. Zufälligerweise saß die Ex-Ministerin einige Jahre im ZDF-Fernsehrat. *Rebecca Bellano*

Soll laut SPD zurücktreten: Dirk Niebel Bild: dapd

MELDUNGEN

Al-Baschir endlich verhaften

New York – Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes, Luis Moreno-Ocampo, drängt den UN-Sicherheitsrat dazu, endlich den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir zu verhaften. Bereits seit vier Jahren liegt gegen Baschir ein internationaler Haftbefehl wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vor. Moreno-Ocampo ist überzeugt, dass, wenn al-Baschir verhaftet ist, sich die Krisenregion Sudan/Dafur/Südsudan endlich entspannen würde. China und Russland, die finanziell im Sudan stark engagiert sind, verhindern aber ein härteres Vorgehen der UN gegen al-Baschir. *Bel*

Kirchner soll gehen

Buenos Aires – Vor allem die argentinische Mittelschicht macht ihrem Frust über die Regierung von Präsidentin Cristina Kirchner immer öfter in Demonstrationen Luft. Seit das nach seinem Staatsbankrott 2001 vom globalen Finanzmarkt ausgeschlossene Land keinen Handelsüberschuss mehr vorweisen kann, gehen Argentinien die Devisen aus. Vor allem Dollar sind aber auch wegen der hohen Inflation, die offiziell bei rund zehn Prozent, inoffiziell aber bei etwa 25 Prozent liegt, als Wertaufbewahrungsmittel sehr beliebt. Kirchner versucht durch Importbarrieren dem Devisenmangel zu begegnen, doch das hat zur Folge, dass die Mittelschicht nicht mehr die Waren bekommt, die sie will und zudem wegen immer schlechterer Konjunkturaussichten nicht mehr bezahlen kann. Während das Wirtschaftswachstum 2011 noch bei 8,9 Prozent lag, dürften es in diesem Jahr nur 2,5 Prozent sein. Exportbeschränkungen für Grundnahrungsmittel wiederum verärgern die Agrarbranche. *Bel*

Bedenkliche Selbstzensur

Medien berichten kaum über »Bilderberger«, dabei ist das Treffen mehr als ein Kaffeekränzchen

Wenn es um die sogenannte „Bilderberg-Konferenzen" geht, dann herrschte über Jahrzehnte in den meisten bundesdeutschen Medien Schweigen. Dass die Selbstzensur über das jährliche Geheimtreffen der globalen Machteliten nun ein wenig nachzulassen scheint, hat auch mit der Einladung von Jürgen Trittin, dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bundestag, zu tun, der zum ersten Mal zu den Treffen eingeladen war und gleich einen Fehltritt begangen hat.

In Zeiten, in denen sich die Massenmedien selbst mit Details der Speisefolge bei Gipfeltreffen beschäftigen, scheint es fast als Ding der Unmöglichkeit, dass ein jährliches Treffen von über 100 hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Militär und Medien, flankiert vom Hochadel und Milliardären wie David Rockefeller, in der öffentlichen Berichterstattung seit Jahrzehnten nicht vorkommt. Tatsächlich ist diese Selbstzensur aber seit dem Jahr 1954, als im holländischen Hotel de Bilderberg erstmalig ein derartiges Treffen stattfand, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in allen westlichen Ländern weitgehende Realität.

Das diesjährige Treffen der „Bilderberger", das zwischen dem 31. Mai und dem 3. Juni im hermetisch abgeschirmten Westfields-Marriott-Hotel in Chantilly im öden Umfeld der US-Hauptstadt Washington stattfand, war von einer Besonderheit begleitet. Auf der Gästeliste der Hochfinanz stand ein Politiker, der seine politische Laufbahn einst beim linksradikalen „Kommunistischen Bund" begonnen hatte: Jürgen Trittin. Zumindest aus Sicht der Gastgeber beging der Bilderberger-Novize Trittin gleich einen groben Fehltritt. Ungeschriebenes Gesetz der Treffen ist: Keine Details der Gespräche sollen nach außen dringen. Trittin hingegen ließ es sich nicht nehmen, während des Treffens über den Internetdienst Twitter Interna auszuplaudern: „Too little too late – auch beim Bilderberg-Meeting massive Kritik an Merkels Euro-Politik. Zerstört Europas Integration."

Schenkt man Trittins Einschätzung der Versammlung Glauben, dann verbirgt sich hinter der Merkel-Kritik angesichts der beim Treffen versammelten Machtelite einiges an Brisanz. Unter den 145 geladenen Gästen befanden sich etwa die EU-Kommissare Joaquín Almunia, Neelie Kroes und Karel de Gucht. Anwesend waren die Regierungschefs von Österreich und der Niederlande genauso wie die graue Eminenz der US-Außenpolitik Henry Kissinger.

> Wer hier zu Gast war, wurde oft kurz danach Kanzler

Neben hochrangigen Vertretern von Goldman Sachs, Citigroup und Barclays stand auch Weltbank-Chef Robert Zoellick auf der Gästeliste. Wie üblich waren auf dem Gipfeltreffen der Mächtigen zahlreiche Konzernchefs, Manager aus Medienkonzernen und Politiker anwesend. Auch wenn die Bilderberger-Treffen – sofern sie überhaupt erwähnt werden – gern als unbedeutendes „Privattreffen" zum Meinungsaustauch verharmlost werden und Kritik fast regelmäßig als „Verschwörungstheorie" abgetan wird, spricht einiges dafür, dass es sich um mehr als ein „Kaffekränzchen" handelt. Bill Clinton, Margret Thatcher, Tony Blair und David Cameron waren allesamt Teilnehmer einer Bilderberger-Konferenz, bevor sie in den darauffolgenden Jahren ins Regierungsamt gelangten.

Erstaunlich ist ebenfalls ein Blick auf die deutschen Kanzler. Helmut Schmidt war erstmals 1972 zu einer Bilderberger-Konferenz eingeladen, ein Jahr später war er Bundeskanzler. Helmut Kohl war Gast der Bilderberger-Treffen der Jahre 1980 und 1982, bevor er 1982 ins Kanzleramt eingezogen ist. Der Teilnahme Angela Merkels am Bilderberger-Treffen im Mai 2005 folgte bereits im November des Jahres ihre Machtübernahme. Selbst, wenn man nicht annimmt, dass die künftigen Regierungschefs bei den Treffen „gemacht" werden – zumindest scheint bei den „Bilderbergern" ein erstaunlich sicheres Gespür dafür vorhanden zu sein, wer aus dem Rennen um die politische Macht als Sieger hervorgehen wird. Einzig die Kanzlerschaft von Gerhard Schröder scheint auf den ersten Blick dabei eine Ausnahme zu sein. Zumindest auf der offiziellen Gästeliste tauchte er erst im Jahr 2005 auf – kurz bevor er sein Amt an Angela Merkel verlor.

Schenkt man der Mitteilung Trittins vom Treffen in Chantilly Glauben, dann scheinen die „Bilderberger" über Angela Merkel mittlerweile wieder den Daumen gesenkt zu haben. Dafür sprechen würde auch der durchgehende Tenor von Artikeln aus dem „Economist", der „Financial Times", dem „Wall Street Journal" und der „Washington Post" der letzten Zeit. Wichtige Redakteure dieser Zeitungen, die allesamt regelmäßige Teilnehmer der Bilderberger-Treffen sind, fordern immer energischer, dass Deutschland seinen Widerstand gegen Euro-Bonds oder das Anwerfen der Druckerpresse bei der EZB aufgibt. Dass Olaf Scholz (SPD) im Jahr 2010, Peer Steinbrück (SPD) im Jahr 2011 und der Fraktionschef der Grünen Jürgen Trittin in diesem Jahr auf der Gästeliste der „Bilderberger" gestanden haben, passt insofern ins Bild. Ob diese Einladungen wie in der Vergangenheit Vorzeichen eines politischen Machtwechsels waren, wird das Wahljahr 2013 zeigen. *N. Hanert*

„Unfall" statt Aufklärung: Jürgen Trittin twitterte vom Geheimtreffen Bild: Zoonar

Schlappe für Peking

Chinas Baubranche versagt bei Autobahnbau in Polen kläglich

Auch wenn das Eröffnungsspiel der Fußball-EM für Polen nur mit einem glanzlosen 1:1 gegen Griechenland geendet hat, das polnische Selbstwertgefühl hätte weitaus schlimmer unter die Räder kommen können. Noch wenige Tage vor dem Spiel im Warschauer Nationalstadion stand die Drohung im Raum, dass der Zugang am Spieltag von 6000 Bauarbeitern samt Baumaschinen blockiert werden könnte. Auslöser der Drohung waren unbezahlte Rechnungen von 40 Baufirmen, die am Bau des 465 Millionen Euro teuren Stadions beteiligt waren. Erst vier Tage vor dem Eröffnungsspiel war es dem Chef des Nationalen Sportzentrums, Robert Wojtas, gelungen, mit einer Zahlungszusage an die geprellten Baufirmen die angedrohte Blockade abzuwenden. Einem Bericht der „Gazeta Wyborcza" zufolge hat der Generalauftragnehmer für den Stadionbau, die Firma Hydrobudowa, zwar seine Leistung vom Auftraggeber bezahlt bekommen, bei beteiligten Baufirmen sind diese Gelder allerdings nicht angekommen.

Anders als beim Warschauer Nationalstadion ist bei einem anderen Projekt das Abwenden eines Debakels allerdings nicht mehr gelungen. Die Ost-West-Autobahn (A2) zwischen Frankfurt/Oder und Warschau ist bis zum Beginn der EM nicht fertig geworden. Dass ein Teilstück der Autobahn immer noch nicht befahrbar ist, könnte außer für Polen noch für ein anderes Land zu einem Imageproblem werden: für China. Der Bau eines 48 Kilometer langen Abschnitts der Autobahn durch das Unternehmen China Overseas Engineering Group (Covec) sollte als Referenz dienen, um Chinas Bauindustrie bei Infrastrukturprojekten in Europa Fuß fassen zu lassen.

> Günstiges Angebot beruhte auf absoluter Fehleinschätzung

Daraus dürfte allerdings erst einmal nichts werden, die beauftragte chinesische Firma hat weitgehend versagt. Sowohl bei der Preiskalkulation und der Finanzierung als auch bei der Bauplanung und der Umsetzung des Projekts. Bestätigt hat sich die Voraussage westlicher Konkurrenzunternehmen, dass eine Realisierung zu dem von den Chinesen abgegebenen Angebot von Anfang an nicht möglich war. Letzter Anstoß für die polnische Regierung, den Vertrag mit Covec zu kündigen, war eine Nachforderung von 320 Millionen Dollar. Gewonnen worden war die Ausschreibung mit einem Angebot über 450 Millionen Dollar. Im Klartext: Ohne dass eine Fertigstellung absehbar war, lagen die Kosten bereits 70 Prozent über der Anfangskalkulation der Chinesen.

Gleich mehrere Faktoren haben zum Scheitern des Projekts geführt. So hatten chinesische Führungskräfte vor Ort kaum Entscheidungsfreiheiten. Berichtet wird unter anderem, dass selbst die Anschaffung eines Kopiergerätes der vorherigen Absegnung in Peking bedurft habe. Zum anderen wurden europäische Bauvorschriften nicht beachtet, teilweise scheinen diese nicht einmal bekannt gewesen zu sein. Auch vom europäischen Winter scheinen die Verantwortlichen in China nur recht verschwommene Vorstellungen gehabt zu haben.

Als Wunschdenken hat sich ebenfalls herausgestellt, dass im Notfall die chinesische Regierung mit Geld einspringt, um ein Scheitern des Vorzeigeprojekts zu verhindern. Als staatliche Hilfe im entscheidenden Moment notwendig gewesen wäre, berief man sich in Peking darauf, dass es sich bei Covec um ein Privatunternehmen handelt. Allerding ist Covec auch ein Tochterunternehmen der staatlichen China Railway Group. *N.H.*

Doch kein Feind des Geldes

Frankreich: François Hollande hat beachtlichen Immobilienbesitz

Während Nicolas Sarkozys fünf Jahren als Präsident und im Wahlkampf behaupteten seine linken Gegner wiederholt, das konservative Staatsoberhaupt sei „der Präsident der Reichen". Er sei doch mit den Großkapitalisten Bettencourt (l'Oréal), Bouygues (Bau und Tiefbau), Bolloré (Logistik, Kunststoffe, Elektrotechnik) per Du. Auch bekäme er Geld von ihnen. Und hatte er sich denn nicht 2007 auf der Yacht von Bolloré vom Wahlkampf ausgeruht? Am 15. Juni verlor der besiegte Staatspräsident seine Immunität. Er müsse sich jetzt, meinen sie, für seine Habgier vor Gericht verantworten.

François Hollande dagegen betonte immer wieder, dass er „die Reichen nicht mag" und dass „die Finanz" sein „Feind" sei. Sein Geld hat der neue Präsident trotzdem sicher angelegt. Am 11. Mai stand Hollandes Vermögenserklärung im öffentlichen Gesetzblatt „Journal Officiel". Es soll jedoch bei diesen Angaben an Genauigkeit mangeln. So liest man, dass ein mit einem Wert von 800 000 Euro angegebenes Haus von Hollande (Departement Alpes-Maritimes, unweit vom Mittelmeer) von der Notarkammer auf 1,38 Millionen Euro geschätzt werde. Der höhere Wert wurde nach dem in dieser Stadt üblichen Quadratmeterpreis von 5200 Euro ermittelt. Gleichermaßen werden Hollandes beide Wohnungen auf den Höhen von Cannes an der Riviera bei einem dortigen Quadratmeterpreis von 4900 Euro auch als wertvoller eingeschätzt. Er hätte damit ein Immobilienvermögen von über zwei Millionen Euro statt der angegebenen 1,17 Millionen. Dabei werden seine Immobilien in London im Wert von umgerechnet über zwei Millionen Euro nicht berücksichtigt. Darüber hinaus hatte er mit seiner geschiedenen Frau Ségolène Royal eine Immobiliengesellschaft mit dem Namen „La Sapinière" gegründet, die jährlich rund 218 000 Euro abwirft. Hinzu kommen noch einige Tausend Euro auf verschiedenen Konten.

> Lebensgefährtin soll von Bankiersfamilie abstammen

Und wie ist es mit Hollandes Lebensgefährtin Valérie Trierweiler? Sie wurde als Valérie Massonneau am 16. Februar 1965 in Angers geboren. Sie studierte Geschichte und Politikwissenschaft an der Sorbonne in Paris. Dann wurde sie Journalistin bei der Illustrierten „Paris Match" und später beim TV-Kanal „Direct 8". Sie heiratete in zweiter Ehe Denis Trierweiler, einen Kollegen von „Paris Match". Das inzwischen geschiedene Paar hat drei Söhne. Laut ihrem offiziellen Lebenslauf wuchs Valérie in ärmlichen Verhältnissen auf. Ihr Vater Jean-Noël Massonneau sei Kriegsinvalide gewesen. Ihre Mutter habe als Kassiererin bei einer Eisbahn gearbeitet. Die Massonneaus und ihre sechs Kinder hätten eine Sozialwohnung bewohnt. Laut noch unbestätigten Gerüchten soll sie jedoch die Enkelin von Bankern sein. Großvater und Urgroßvater sollen Eigentümer der Massonneau & Co. Bank in der Region Anjou gewesen sein, die 1950 an Crédit de l'Ouest (Westkredit) verkauft wurde. Nach zwei Bankenfusionen ist die Familie jetzt Aktionärin beim Industrie- und Handelskredit West (CIC Ouest). Als Aktionärin dieser Bank und anderer Kreditinstitute soll Valérie Trierweiler über Jahreseinkünfte von über drei Millionen Euro verfügen. Außerdem soll sie Anteile am Sender „Direct 8" besitzen, der dem Milliardär Vincent Bolloré gehört. Die Massonneaus waren die Banker des bretonischen Industriellen Michel Bolloré, des Vaters des angeblichen Sarkozy-Freundes Vincent Bolloré. Sollte sich das alles bestätigen, dann wäre das neue Staatsoberhaupt vielleicht doch kein Feind des Geldes ... *J.-P. Picaper*

Milliarden versanden im Schlick

Jade-Weser-Port eröffnet wegen Baumängeln später als erwartet – Reeder melden geringen Bedarf

Hafen ohne Schiffe: Wegen Bauschäden an der Kaimauer musste die geplante Eröffnung des neuen Tiefwasserhafens verschoben werden Bild: M. Hibbeler/dapd

Deutschland hat als eine der wichtigsten Exportnationen ein herausragendes Interesse an einem leistungsfähigen Seeverkehr. Mehr als 80 Prozent des Welthandels werden über die Meere abgewickelt. Auch ein Großteil der Waren des deutschen Außenhandels wird mit Schiffen transportiert. Damit hat der maritime Sektor eine überragende volkswirtschaftliche Bedeutung für ganz Deutschland, nicht nur für die Küstenregionen. Mit dem Bau des Jade-Weser-Ports in Wilhelmshaven wird auf die steigende Baugröße von Containerschiffen reagiert. Als einziger tideunabhängiger Tiefwasserhafen Deutschlands wird er auch die größten Containerschiffe voll beladen abfertigen können. Doch seine ursprünglich für Anfang August vorgesehene Teilinbetriebnahme ist unwahrscheinlich.

Im Gespräch zu sein ist für ein wirtschaftliches Großprojekt wichtig. Im Gerede zu sein, so wie der Jade-Weser-Port, ist dagegen schädlich. Gründe für Gerede liefert das Projekt reichlich. Obgleich die Manager des Großprojektes derzeit durch Europa touren und dafür werben, Großcontainerschiffe künftig an der neuen Kaje mit der großen Wassertiefe abzufertigen, klagte der Betreiber Eurogate vor Gericht gegen die von der Realisierungsgesellschaft festgesetzte Höhe der Hafengebühren. Dort aber unterlag er, denn nach Einschätzung des Landgerichtes Oldenburg hat ein Hafenbetreiber kein Einspruchsrecht gegen die Höhe der Hafenentgelte. Für Professor Klaus Holocher vom Fachbereich Seefahrt an der Jade-Hochschule in Elsfleth ist dieser juristische Streit eher peinlich. Zumal wegen baulicher Pannen der Eröffnungstermin des neuen Hafens noch gar nicht feststeht. Nach seiner Meinung hätten sich die Beteiligten wegen der Außenwirkung lieber intern einigen sollen.

Eurogate dagegen hat ein vitales Interesse an niedrigen Hafengebühren und hofft, mit günstigen Preisen die ständig mit spitzem Bleistift kalkulierenden Reeder zu Routenplanungen in die niedersächsische Hafenstadt zu bewegen. Denn wenn der Hafen eröffnet ist, greifen die vertraglich vereinbarten Mindestumschlagmengen von jeweils 700 000 Standardcontainern während der ersten beiden Jahre. Werden die nicht erreicht, dann drohen Strafzahlungen.

Als die Länderchefs von Niedersachsen, Bremen und damals auch noch Hamburg im Jahr 2000 die Idee für einem Tiefwasserhafen an der deutschen Nordseeküste entwickelten, boomten gerade die Containerverkehre, insbesondere zwischen Europa und Ostasien. Ein Ende schien nicht abzusehen. Reedereien gaben immer größere Schiffe in Auftrag, die auch größeren Tiefgang haben. Solche Schiffe würden Hamburg nicht anlaufen können, wenn die Elbe nicht vertieft würde, und auch die unmittelbar in der Wesermündung liegende Stromkaje in Bremerhaven könnte solche Schiffe nicht mehr unabhängig von den jeweiligen Tiden abfertigen. Deshalb war auch das Land Bremen mit im Boot.

Probleme mit unsicherem Grund waren bekannt

Als Standorte waren Cuxhaven und eben Wilhelmshaven im Gespräch, wobei Hamburg den Hafen an der Elbmündung favorisierte. Knapp ein Jahr, nachdem die Entscheidung für den Standort an der Jade gefallen war, zog sich Hamburg aus dem Projekt zurück und wollte die fällig werdenden Summen lieber in die Infrastruktur des eigenen Hafens investieren.

Im Jahr 2009 ebbte die Euphorie wegen der Wirtschaftskrise ohnehin ab. Es folgte eine Schifffahrtskrise mit starkem Rückgang der Ladungsmengen. Als die begannen, sich zu erholen, wurden die ersten Schäden an den Spundwänden des neuen Hafens bekannt und damit Verzögerungen bei seiner Fertigstellung.

Die Schäden an den Spundwänden haben jedoch niemanden wirklich überrascht, der die Hafenbauten an der Nordseeküste über die Jahre verfolgt hatte. Schon vor 40 Jahren, beim Bau der Stromkaje in Bremerhaven, hatte es vergleichbare Probleme gegeben. Und 1929 beim Bau der Columbuskaje hatte der unsichere Grund ebenfalls Probleme bereitet. Das in den 70er Jahren beteiligte Bauunternehmen Rogge, das Erfahrungen hätte einbringen können, hatte sich zwar auch um den Bauauftrag in Wilhelmshaven beworben, war jedoch gegen die Unternehmensgruppe „Bunte“ unterlegen.

Der Streit um die Fehler beim Bau des Tiefwasserhafens hat neben der wirtschaftlichen auch eine politische Dimension. Die SPD in Hannover forderte den Rücktritt von Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) als Aufsichtsratschef der Jade-Weser-Port-Realisierungsgesellschaft. Es ist ein Zeichen, wie ungeduldig die Politik bezüglich des Großprojekts mittlerweile ist. Immerhin gibt es in Niedersachsen im kommenden Jahr Landtagswahlen.

Die Wirtschaft sieht es dagegen etwas gelassener. Die größte Containerreederei, die dänische Maersk-Gruppe, ist über ihre Konzerntochter APM Terminals am Jade-Weser-Port beteiligt. Sie betreibt auch Terminals in Bremerhaven und läuft die Eurogate-Anlagen in Hamburg an. Keiner dieser Häfen ist derzeit ausgelastet. Auch Jan Ninnemann, Experte für Logistik und Hafenwirtschaft an der „Hamburg School of Business Administration“, meint, es gäbe derzeit keine Engpässe bei den Hafenkapazitäten in der Region.

Einige Hafenexperten äußern jedoch Zweifel an den wirtschaftlichen Prognosen zur Entwicklung des Superhafens. Sie bemängeln, dass er nicht an das europäische Binnenwasserstraßennetz angebunden ist und dass Wilhelmshaven und seine Umgebung als Industrie- und Handelsstandort nur ein begrenztes Ladungsaufkommen in der Region selbst generieren könnten. *Eigel Wiese*

KURZ NOTIERT

Erneute Werften-Rettung: Die P+S-Werften in Wolgast und Stralsund stehen zwei Jahre nach dem letzten Rettungspaket und trotz voller Auftragsbücher erneut vor dem Aus. Da Kunden Bestellungen kaum noch anzahlen und Banken das Geld zur Vorfinanzierung verweigern, schnüren nun der Bund und das Land Mecklenburg-Vorpommern ein weiteres, fast 300 Millionen Euro umfassendes Rettungspaket. *Bel*

Streit wegen Kohlekraftwerken: Der Präsident des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, hatte vor kurzem verkündet, dass der Bau neuer Kohlekraftwerke auch nach dem Abschalten der Kernkraftwerke nicht nötig sei. Für diese Aussage zog er sich einen Rüffel des neuen Umweltministers Peter Altmaier (CDU) zu. Es sei befremdlich, wenn der Präsident einer nachgeordneten Behörde sich permanent ohne Abstimmung zu Fragen äußere, die auf politischer Ebene entschieden würden, hieß es aus dem Ministerium. *Bel*

Re-Industrialisierung für den Euro-Raum gefordert: „Wenn die Euro-Zone im Kern auf Dauer zusammenbleiben will, muss in wichtigen Ländern eine Re-Industrialisierung stattfinden“, mahnt der Präsident des Verbandes der deutschen Autobauer (VDA), Matthias Wissmann, an. Die Politik habe sich in den letzten Jahren zu sehr auf die Finanzbranche und den Dienstleistungssektor konzentriert, dabei hätten die letzten Jahre gezeigt, dass Deutschland wegen seiner Industrie derzeit so gut dasteht. In Deutschland beträgt der Anteil der Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung 24 Prozent. In Frankreich sind es nur noch zwölf Prozent. *Bel*

Lenovo prüft Computerproduktion in Deutschland: Der chinesische Computerhersteller Lenovo, der im vergangen Jahr den Aldi-Lieferanten Medion übernommen hatte, prüft, ob neben den Aldi-Rechnern auch Geräte der eigenen Marke Lenovo im thüringischen Sömmerda produziert werden sollen. *N.H.*

Fusion der Milliardäre

Rockefeller und Rothschild rüsten sich für schwere Zeiten

Die angelsächsischen Gelddynastien rüsten sich für stürmische Zeiten, so in etwa lässt sich die nun bekanntgegebene Vereinbarung zur Zusammenarbeit des britische Bankier Lord Jacob Rothschild mit der US-Dynastie Rockefeller auf den Punkt bringen. Einer Meldung der „Financial Times“ zufolge wird die Rothschild-Tochterfirma RIT Capital Partners 37 einen Prozent-Anteil an der Rockefeller-Vermögensverwaltung kaufen, den die französische Großbank Société Générale abgeben will. Als Ziele der Zusammenarbeit werden der Aufbau eines gemeinsamen Investmentfonds und die gegenseitige Einräumung von Posten in Aufsichtsgremien genannt.

Zumindest was die verfügbaren Zahlen angeht, hat es den Anschein, dass sich zwei unterschiedlich starke Partner zusammentun. Die bereits 1882 gegründete Vermögensverwaltung der Familie Rockefeller verfügt mittlerweile über Einlagen im Volumen von 34 Milliarden Dollar. Die Rothschild Firma RIT hat hingegen nur ein Nettovermögen von 1,9 Milliarden Pfund (etwa 2,4 Milliarden Euro), die unter anderem in Öl- und Rohstofffirmen angelegt sind.

Ein Grund für das Ungleichgewicht zwischen den beiden Partnern ist die Zersplitterung der Rothschilds in drei unterschiedliche Familienzweige. Der in der Schweiz ansässige Zweig der Rothschilds hat seine Aktivitäten in der „Groupe LCF Rothschild“ gebündelt. Ein Teil des britischen und französischen Zweiges der Rothschilds hat sich 2008 in der Holdinggesellschaft „Paris-Orléans SA“ zusammengetan. Als kleinste der Rothschildgruppen gilt die „RIT Capital Partners PLC“, die nun ihre Zusammenarbeit mit der Rockefeller-Vermögensverwaltung bekanntgegeben hat.

Beide Familien haben deutsche Wurzeln

Die Aufspaltung des Rothschildvermögens dürfte neben familiären Gründen allerdings auch noch einen weiteren Hintergrund haben: den der Risikostreuung. Allein in Frankreich war die Familie bereits zweimal von Verstaatlichungen betroffen. Nachdem Charles de Gaulle bereits 1944 Rothschild-Besitz in den Bereichen Strom und Versicherungen verstaatlicht hatte, folgte nach dem Wahlsieg des Sozialisten François Mitterrand 1981 eine zweite Enteignung. Als Entschädigung für die Verstaatlichung der Banque Rothschild mit einer Bilanzsumme von damals 13 Milliarden Franc und von Industrie- und Handelsunternehmen mit 26 Milliarden Franc Umsatz erhielten die Rothschilds 504 Millionen Franc. Nach der Enteignung verließ Guy de Rothschild, der sich selbst für die Sozialisten engagiert hatte, verbittert vorerst Frankreich.

Sowohl die Familie Rockefeller als auch die Rothschilds gehen auf deutsche Wurzeln zurück: Als Gründer der Rothschild-Dynastie gilt der 1744 in Frankfurt am Main geborene Mayer Amschel Rothschild. Die Familie Rockefeller lässt sich bis zum 1590 in Neuwied geborenen Gotthart Rockenfeller zurückverfolgen.

Im Zuge des Einstiegs von RIT bei der Rockefeller Vermögensverwaltung wurde bestätigt, was bislang als Verschwörungstheorie abgetan wurde: Der inzwischen 76-jährige Lord Rothschild und der 96-jährige David Rockefeller pflegen seit 50 Jahren eine Zusammenarbeit. *N.H.*

Unbegründete Panikmache

Fritz Vahrenholt kritisiert Klimahysterie und Energiewende

Die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende steht auf tönernen Füßen. Sie sei von Angst, Panik und falschen Zahlen getrieben, sagte der ehemalige Hamburger Umweltsenator und Energiemanager Fritz Vahrenholt bei einem Vortrag in Hamburg. Erneuerbare Energiequellen würden bei der zukünftigen Stromerzeugung überschätzt.

Mangelndes Fachwissen kann man Vahrenholt wahrlich nicht vorwerfen, wie es selbsternannte Klimaschützer gerne tun. Sowohl in der Politik wie in verschiedenen Wirtschafsunternehmen (Shell, Repower, RWE) war der promovierte Chemiker sein Arbeitsleben lang tätig. Seine These: Die Klimaerwärmung wird nicht so dramatisch ausfallen, wie gern behauptet. Gerade mal ein Grad Erwärmung prognostiziert er bis 2100, weil die Erde sich durch eine „kältere Sonne“ weniger erwärme als um die vom Weltklima-Rat (IPCC) prognostizierten vier Grad. Auch mit der CO_2-Belastung sei alles halb so schlimm, da der Großteil dieses „lebenswichtigen Gases“ von der Natur gemacht werde. Dem IPCC wirft Vahrenholt unzulässige Panikmache vor, wenn dieser vor Kriegen, Dürren, Stürmen, Infektionskrankheiten und dem Untergang kleiner Inselstaaten als Folge des Klimawandels warnt.

Ähnlich wie gegen Thilo Sarrazin laufen linksgerichtete Medien und Politiker gegen den SPD-Mann Vahrenholt Sturm. Was nicht sein darf, darf auch nicht gesagt werden, so ihr Motiv. Auf dem Spiel steht hier schließlich auch die von Klimaschützern angetriebene Energiewende. Als Fachmann zieht Vahrenholt besonders die Effektivität der „erneuerbaren Energien“ in Zweifel. 128 Milliarden Euro seien seit dem Jahr 2000 (einschließlich gemachter Zusagen für Einspeisevergütungen) in die Photovoltaik geflossen, obwohl sie nachweislich die teuerste und unzuverlässigste Form der Energiegewinnung sei. Auch die Gewinnung von Windenergie sei mit großen Problemen und sehr hohen Kosten verbunden, wie der ehemalige Manager bei „Repower“, einem führenden Windkraftanlagenbauer, weiß. Gaskraftwerke könnten zwar die unregelmäßige Stromlieferung durch Sonne und Wind ausgleichen, aber ihre geringe Auslastung mache oft genug diese Energieerzeugung unrentabel. Dazu komme, dass manche der benötigten Stromtrassen wegen Planungszeiten von über 20 Jahren nicht zur Verfügung stehen werden.

Sinnlose Verschleuderung von Milliarden Euro

Das Energiekonzept der Bundesregierung, das vorsieht, den Strombedarf Deutschlands innerhalb von zehn Jahren auf bis zu 50 Prozent erneuerbare Energie umzustellen, erscheint Vahrenholt illusionär. Die Abschaltung der funktionsfähigen Atomkraftwerke sei sachlich nicht geboten und mache den Strom in den kommenden zehn Jahren bis zu 70 Prozent teurer. Was für den Privatverbraucher ärgerlich sei, führe für die hiesige Industrie zu gravierenden Standortnachteilen und damit zum Verlust von vielen Arbeitsplätzen. Dass die Gewinnung erneuerbarer Energien die Landschaft verschandele oder auch den Wald zerstöre, würde gerne ebenso von Umweltaktivisten übersehen wie die ökologisch nicht zu verantwortende Herstellung von Bio-Sprit. *Hinrich E. Bues*

Feindbild

Von Jan Heitmann

Mit ihrer Aufkleberkampagne zur Fußball-Europameisterschaft demonstrieren die Grünen wieder einmal deutlich ihre tiefe Abneigung gegen Deutschland. Ihre Germanophobie und ihr Hass auf alles Deutsche sind geradezu pathologisch. Die ebenso unverblümten wie unverschämten Äußerungen grüner Spitzenpolitiker lassen keinen Zweifel daran, was die Linksgrünen wollen: die Auslöschung der deutschen Nation. Fußballfans, die im Freudentaumel und aus Stolz auf die Erfolge der Nationalmannschaft eine Deutschlandfahne schwenken, werden damit automatisch zum Feindbild.

Sportliche Begeisterung ist Ausdruck eines gesunden Patriotismus und hat nichts mit übersteigertem Nationalismus oder gar Nationalsozialismus zu tun. Doch genau das wollen uns die Grünen suggerieren und missgönnen den Fußballfans ihre Freude und die dazu gehörenden Utensilien. Schlimmer noch, sie machen sich mit denjenigen gemein, die offen zu Straftaten gegenüber den Fußballfans aufrufen. Das ist nicht politisch, sondern einfach nur dumm und armselig. Hoffentlich erinnern sich die Fußballfans bei der nächsten Wahl daran und verweigern den Grünen ihre Stimme.

Ohne Fundament

Von Rebecca Bellano

Im Rahmen des Ausbaus von Krippen- und Kindergartenplätzen wird stets und ständig wiederholt, wie wichtig die frühkindliche Bildung sei. Bereits in den ersten drei Lebensjahren würden die Weichen für die spätere Schulkarriere gelegt.

Doch nun merken immer mehr Politiker, dass der ab 2013 greifende, von Ursula von der Leyen (CDU) initiierte Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr wegen fehlender Betreuungsplätze und Erzieherinnen noch kostspieliger werden dürfte als befürchtet. Sollten die zugesagten Plätze bis 2013 nicht vorhanden sein, können die Eltern nämlich auf Schadensersatz klagen. Daher nun die Idee von von der Leyen, Schlecker-Verkäuferinnen zu Erzieherinnen umzuschulen. Und der Chef der Bundesarbeitsagentur, Frank-Jürgen Weise, schlug vor, Hartz-IV-Empfängerinnen im Schnellverfahren umzuschulen.

Jede ausgebildete Erzieherin müsste über diese geplante Entwertung ihres Berufes entrüstet aufschreien, doch viele von ihnen dürften bereits durch die Einmischung der Politik in ihre Arbeit desillusioniert und vor allem gestresst sein. In Hamburg beispielsweise sollen nun in die Gruppen der städtischen Kindergärten mehr und vor allem jüngere Kinder aufgenommen werden. Wie man bei diesen großen Gruppen den Kleinen noch Bildung vermitteln soll, ist absolut unklar. 29 Kinder im Alter von 2,5 bis sechs Jahren, viele davon mit Eltern ausländischer Herkunft, auf zwei Vollzeitkräfte sind keine Seltenheit. Wie man, wenn selbst Wickeltische für die Kleinen fehlen, da auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen soll, bleibt ein Rätsel.

Gefräßiger Staat ist niemals satt

Von Hans Heckel

Stolz verkündet das Bundesfinanzministerium, dass der Bund in diesem Jahr „nur“ 31 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen müsse. Nur? Wie 2011 dürfte die öffentliche Hand in Deutschland auch im laufenden Jahr einen neuen Einnahmerekord bei Steuern und Abgaben verbuchen. Und dennoch kommt sie nicht aus mit der Flut an Geld. Das ist ein Alarmsignal, zumal es Böses erwarten lässt für schlechtere Zeiten, wenn die Wirtschaft nicht mehr so rund läuft und die Einnahmen entsprechend stocken werden.

Die Diagnose ist eindeutig: Dieser Staat hat kein Einnahmeproblem, er holt sich bei seinen Bürgern mehr denn je. Er kann mit dem Geld schlichtweg nicht umgehen. Es wäre also dringend angeraten, den Geldsäufer auf Entzug zu setzen, statt ihm immer mehr von der Droge in den Rachen zu schütten, auf dass er noch gieriger werde.

In Wahrheit geht es in die entgegengesetzte Richtung: Alle Vorstöße der FDP zu Steuersenkungen sind an einer schwarz-rot-grünen Koalition abgeprallt, die Liberalen danach im Hohngelächter von staatseigenen und staatsgläubigen Medien fast zusammengebrochen.

> Trotz Rekordeinnahmen kommt Bund nicht mit unserem Geld aus

Nun geht es nur noch darum, wem welche Steuern um wieviel angehoben werden. Dabei läuft immer das gleiche Schema ab: Die „Reichen“ sollten „ihren Beitrag leisten“, fordern die Sozialdemokraten aller Parteien. In der Praxis aber gehen die Erhöhungen dann stets zu Lasten der breiten Mittelschicht (siehe Seite 1). Ein verlogenes Manöver, auf das die Bürger aber immer wieder hereinzufallen scheinen. Ergebnis: Mit durchschnittlich (!) 49,8 Prozent ächzen die Deutschen schon jetzt unter der zweithöchsten Steuer- und Abgabenquote aller 34 OECD-Staaten.

Wie heuchlerisch das Spiel ist, darüber gab die IG Metall unlängst Aufschluss. Wie alle DGB-Gewerkschaften stand sie mit in der ersten Reihe gegen die FDP-Steuersenkungspläne. Nun feiert sie ihren jüngsten Tarifabschluss. Wörtlich heißt es auf der Internetseite der Gewerkschaft: „Die 4,3 Prozent erhöhen die Kaufkraft, gleichen die Mehrleistung der Beschäftigten aus und bringen ihnen einen Anteil am Wohlstandszuwachs.“

Eine Lüge: 60 Prozent der Lohnerhöhung eines Durchschnittsverdieners gehen automatisch an die öffentliche Hand, hier also 2,6 von 4,3 Prozent. Die beim Arbeitnehmer verbleibenden 1,7 Prozent gleichen nicht einmal die Inflationsrate aus. Der einzige, dem hier real etwas „erhöht“ wurde, ist der Staat. Schuld daran sind jene Kräfte, die wie die IG Metall erfolgreich dafür gekämpft haben, dass nicht einmal die kalte Progression abgeschafft wird und die stattdessen nur für immer neue, immer höhere Steuern eintreten. Und zwar auf Kosten eben derer, für die sie einzustehen vorgeben.

Der deutsche Staat hat definitiv kein Einnahmeproblem: Obwohl die Steuereinnahmen sprudeln, verschuldet sich der Staat immer mehr. Und die Gewerkschaften geben dem Süchtigen sogar noch seinen Stoff.

Bild: pa

Gastkommentar

Nato: Schwächelndes Bündnis

Von Klaus Rose

Je nach persönlicher oder redaktioneller Einstellung haben die Kommentatoren den zurückliegenden Nato-Gipfel als wertvoll oder als irritierend bis kraftlos beschrieben. Liegt auch hier die Wahrheit in der Mitte? Dass das Gipfeltreffen diesmal in den USA und dort in Chicago stattfand, war von vorneherein mehr eine Verbeugung vor dem wahlkämpfenden US-Präsidenten Barack Obama als eine richtungweisende Veranstaltung. Außerdem kam mit François Hollande wieder ein neuer Präsident dazu – und der hatte auch gerade einen Wahlkampf hinter sich. Manche der Handlungsweisen waren also nicht rational genug. Trotzdem stellt sich die Frage: Hat das Nato-Bündnis noch genug Kraft zu souveränen Entscheidungen?

Beim Blick auf den Nato-Gipfel in Chicago kann man unschwer feststellen, dass er nichts Spektakuläres erbrachte. Das war in Bukarest oder Lissabon noch anders. Doch auf der Tagesordnung für Chicago stand bloß der schon vorhandene Beschluss zum Datum des Afghanistan-Abzugs beziehungsweise zur Installation der neuen Raketenabwehr. Dass die Nato an Geld- und Material-Mangel leidet, ist auch nichts Neues. So suchte und fand man andere Schlagzeilen. Sie wurden durch den französischen Präsidenten verursacht. Hollande löste nämlich verbal sein Wahlversprechen ein, dass er sofort die eigenen Truppen aus Afghanistan heimholen will. Er gibt damit das Bündnis der Lächerlichkeit preis, weil er sich an die Spitze der „Flucht aus Afghanistan“-Bewegung stellt und den Linken in allen Nato-Ländern einen Motivationsschub zu Protesten gegen die Präsenz der Nato beziehungsweise der USA am Hindukusch verleiht. Geht es bald auch wieder nicht mehr nur um Afghanistan, sondern um den Bestand der Nato? Ist jene „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA, von der einst Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach, obsolet geworden? Noch ist es nicht so weit. Man muss dem neuen französischen Präsidenten zubilligen, dass er in einer einzelnen Sachfrage dezidiert auftritt. Freunde machte er sich damit nicht im Bündnis. Doch will er überhaupt Freunde in der Nato?

> Frankreich fällt in alte Muster zurück

Es ist noch nicht lange her, dass Frankreich wieder in die Nato-Organisation zurückkehrte. Früher, zu Zeiten von Charles de Gaulle und seiner „Force de frappe“, stellte Paris die Nato an die Spitze der Gegner der eigenen „großen Nation“. Man wollte selbstständig sein, auch als Atommacht, die fleißig auf pazifischen Inseln die Umwelt zerstörte. So trat man schließlich 1966 militärisch aus der Nato aus, nur politisch verblieb man in ihr. Mitte der 1990er Jahre bot Paris aus taktischen Gründen dem wiedervereinigten Deutschland die Gemeinsamkeit unter dem französischen Nuklearschirm an. Der damalige Vorsitzende des französischen Verteidigungsausschusses suchte eigens seinen deutschen Kollegen auf und warb für die neue Umarmung. Diese hatte die Nato aber gerade noch verhindern können. Erst der neue Präsident Nicolas Sarkozy gab sich wieder Nato-freundlich. Er verkündete 2009 den vollen Wiedereinstieg in das Bündnis. Das Parlament stimmte ihm zu. Aber änderten sich die Zeiten inzwischen und gibt es wieder mehr Nato-Skepsis? Jedenfalls hat die Nato durch Hollande schon mehr Gegenwind als Unterstützung gefunden. Die Zukunft wird zeigen, wie stark sich die neue Souveränität Frankreichs auf die Souveränität der Nato-Entscheidungen auswirkt.

Es gibt noch eine zweite Flanke, die zunehmend für die Nato ein Problem wird. Muss sie sich schon durch Frankreich getrieben fühlen, so hat ihre neuerliche Absichtserklärung zur Raketenstationierung auch wieder den Gegensatz zu Russland deutlich gemacht. Ähnlich wie Afghanistan ist dieses Thema außerdem den „Linken“ in Europa hochwillkommen, um zu Protesten aufzurufen und die jeweiligen Regierungen unter Druck zu setzen. Wie verhält sich Hollande endgültig bei dieser Frage? Strebt er auch dabei eine neue Rolle an? Deutschland steht offiziell zum Nato-Kurs. Ein gutes Verhältnis zu Russland ist aber nach wie vor politische Doktrin. Es waren ja die „Männerfreundschaften“ zwischen Kohl und Gorbatschow beziehungsweise Jelzin, die ab 1990 ein freundliches Klima zwischen dem „Westen“ und besonders zwischen Deutschland und der Russischen Föderation, dem „neuen Russland“, erzeugten. Man spürte es damals in Bonn auf vielen Ebenen. Denn auch zahlreiche russische Parlamentarier suchten den Kontakt zu ihren deutschen Kollegen. So bot beispielsweise der Verteidigungsausschuss seine Unterstützung demokratischer Strukturen im Umgang mit den russischen Streitkräften an. Es kamen nacheinander russische Sicherheitspolitiker in den „Langen Eugen“, auch ein Gegenbesuch in Moskau gab neue Hoffnungen. Sergej Juschenkow hatte als russischer Duma-Ausschuss-Vorsitzender für Verteidigung keine Gefahr für sein Land in einer Nato-Erweiterung gesehen, wohl aber Struktur-Veränderungen in der Nato angemahnt. Als sich die Fronten wieder verhärtet hatten, traf es Juschenkow brutal: Als Vorsitzender der Partei „Liberales Russland“ und als Gegner von Putin und dessen Tschetschenienkrieg wurde er 2003 vor seinem Haus erschossen.

> Der Raketenschirm der Nato als Spaltpilz

Seit Jahren schon schlägt Moskau wieder stärkere Anti-Töne an. Das gilt auch gegenüber Deutschland, obwohl die neue „Männerfreundschaft“ zwischen Wladimir Putin und Gerhard Schröder zunächst Chancen eröffnet hatte. Doch das Gas-Geschäft ist das eine, der Atom-Abwehrschild das andere. Die Entwicklung hin zu den erneuten Spannungen zwischen Washington/Nato und Russland hatte schon 2001 begonnen. Da hatten sich die USA nach dem Anschlag in New York auf eine neue Strategie festgelegt. Der 1972 zwischen Richard Nixon und Leonid Breschnew abgeschlossene Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme wurde einseitig aufgekündigt. 30 Jahre später, so glaubte George W. Bush, habe sich die Zeit so verändert, dass neue Herausforderungen neue Antworten brauchten. So wurde das Projekt NMD (National Missile Defense) zum erneuten Zankapfel mit Mos-kau, obwohl die Nato seit Jahren betont, dass ihre Raketenabwehr nicht gegen Russland gerichtet sei.

Russland betrachtet seither die USA wieder als Haupt-Provokateur. Das Nato-Angebot einer Zusammenarbeit, etwa durch Austausch von Informationen und Daten über NMD, wurde als „reine Show“ gewertet. Denn stünde das System, könnte es auch jederzeit gegen Russland missbraucht werden. Besser, so heißt es aus Moskau, man entwickelt wieder eigene offensive Nuklearflugkörper. Man wolle sich ebenso wenig wie die USA in der militärischen Freiheit einschränken lassen, sondern souverän entscheiden. Der deutsche Außenminister betont immer wieder, dass es in Europa keine Sicherheit gegen Russland gebe, sondern nur mit Russland. Doch darf Mos-kau die Souveränität der Nato und ihrer Mitglieder einschränken? Hat es überhaupt das Potenzial dazu? Mit seinen militärischen Fähigkeiten hinkt Moskau einige Jahre hinterher. Auch hat es vor kurzem erst Truppen aus dem Westteil des Landes in den Osten verlegt. Das Gas-Geschäft wirft nicht so viel Gewinn ab, dass man militärisch aus dem Vollen schöpfen könnte. Moskau kann durch Militärparaden Show machen. Doch realiter ist das Bedrohungspotenzial eher beschränkt. Rettet dieser Fakt wieder einmal die Souveränität der Nato? Jedenfalls leben Totgesagte bekanntlich länger.

Der CSU-Politiker Dr. Klaus Rose, geboren 1941, gehörte dem Bayerischen Landtag und von 1977 bis 2005 dem Bundestag an. In den Jahren 1997/98 war er Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium.

Neu entdecken, nicht nur feiern

Nürnberg zeigt die größte Dürer-Ausstellung in Deutschland seit 40 Jahren

Albrecht Dürer war der erste deutsche Künstler, der schon zu Lebzeiten europaweites Ansehen genoss. Zum ersten Mal überhaupt widmet sich eine große Ausstellung dem frühen Werk Dürers und den Lebensumständen des jungen Malers, die sein einzigartiges Werk erst möglich machten. Erstmals wird seine künstlerische Entwicklung in den Kontext der Zeit gestellt, um Dürer aus der Isolation der Genie-Ästhetik zu befreien.

Ist Albrecht Dürers „Haller-Madonna", um 1498 als Auftragswerk für die Nürnberger Patrizierfamilie Haller entstanden, wirklich ein „Glanzstück"? Die Washingtoner „National Gallery of Arts" hat sie als Leihgabe dem Nürnberger Germanischen Nationalmuseum überlassen, wo Kurator Daniel Hess die Ausstellung „Der frühe Dürer" ausrichtet, die noch bis zum 2. September zu bewundern ist. Wusste Dürer-Experte Hess nicht, dass dieses Gemälde vielfach als „gescheitert", ja „verunglückt" gilt, weil der Arm des Jesuskindes anmutet wie „verkehrt herum" angefügt? Und wie konnte so etwas Dürer passieren, der sich zeitlebens um exakteste Darstellung des menschlichen Körpers mühte?

> »Ich, ich, ich«, rufen einem die Werke des frühen Dürer zu

Um die Antworten mögen sich die Besucher – die Veranstalter rechnen vorsichtig mit „über 100 000" – selber in einem ehrfurchtgebietenden Bilderreigen mühen. Dürers Œuvre umfasst rund 900 Handzeichnungen, 350 Holzschnitte, 100 Kupferstiche und 70 Gemälde. In Nürnberg sind 197 Kunstwerke zu sehen, von ihnen 120 Dürer-Originale, zusammengetragen von 51 Leihgebern aus 12 Nationen. „So gewaltige Bilder hatte die Menschheit bis dahin nicht gesehen", frohlockte Kurator Hess während der Ausstellungseröffnung. Wie die Ausstellung im Titel sagt, geht es um den „frühen Dürer", also die Jahre 1484 bis 1505, beginnend mit dem Selbstporträt des damals 13-Jährigen und endend bei einer ersten „Summe seiner praktischen Erfahrungen".

Zu Dürers Lebzeiten ereigneten sich Großtaten der Neuzeit: Columbus entdeckte Amerika, es begann der Aufstieg der Fugger, Portugiesen überquerten den Äquator, Copernicus begründete das heliozentrische Weltbild. In Nürnberg mit seiner ökonomischen Dynamik, technischen Innovationskraft und künstlerischen Universalität konnte ein Genie wie Albrecht Dürer förmlich alle seine Anlagen ausbilden. Sein Lehrer Michael Wolgemut unterwies ihn in seltener Vielfältigkeit, Freunde und Förderer wie Martin Schongauer und Willibald Pirckheimer waren ihm „Türöffner" zu höchsten Würdenträgern, Reisen führten ihn an den Oberrhein, nach Italien und in die Niederlande und machten ihn mit neuen Einflüssen vertraut. Dürer, der schon 1487 zur „Schedelschen Weltchronik" beitragen oder 1494 seinen berühmten Nürnberger Landsmann Sebastian Brant, den Verfasser des „Narrenschiffs" und Berater des damaligen Kaisers, porträtieren durfte, vereinte Können und Glück. Auf neue Entdeckungen gehen moderne Forscher aus, wenn sie beispielsweise mittels Infrarotreflektografie und Makrofotografie Zeichen freilegen, die Dürer gar nicht gepasst hätten – wie Daniel Hess mutmaßt: „Dürer hat alle Spuren seines mühsamen künstlerischen Prozesses verwischt. Er wollte steuern, welches Bild von sich er der Nachwelt überliefert".

Hätten Sie's gewusst? Dürers frühe Frauenportraits auf den uns noch so vertrauten alten Markscheinen Bilder: Archiv

Kunst, so Dürers Credo, muss „gwaltig" sein, der Künstler „gewaltzam", was nicht mit „brachial" zu übersetzen ist: Mit welcher Akribie Dürer Rasenstücke oder venezianische Trachten zeichnete, wie er Landschaften im Bildhintergrund zu eigenen Kunstwerken ausformte, Barthaare und Hasenfelle mikroskopisch ausstrichelte, in Naturbildern ganze Partien unvollendet ließ, um die Bewältigung schwieriger Details deutlich zu machen, wie er Anatomie darstellte, weibliche und männliche, wie er am Maul einer Kuh Schattierungen von Nässe herausarbeitete oder den Schmerz am „Kopf des toten Christus" – das und vieles mehr machte ihm wahrhaft niemand nach. Und wenn er jemanden nachmachte oder kopierte, dann überbot er das Original um Längen, wie die Ausstellung in aufschlussreichen Gegenüberstellungen dokumentiert. Dürer hatte eine hohe Meinung vom Rang der eigenen Kunst, weswegen er sein weltberühmtes AD-Signet ganz gezielt als Gütesiegel einsetzte. Dass seine Werke anderen zugeschrieben wurden, ist wohl mitunter in seiner Lehrzeit geschehen, später gewiss nicht mehr. Seine Bilder, heißt es in der Ausstellung, sind „Ego-Dokumente", Zeugnisse moderner Individualität, die sich auch noch auszahlte: Dürer besaß früh eine eigene Werkstatt und wurde ab 1499 als Porträt- und Sakralmaler mit Aufträgen förmlich eingedeckt. Natürlich fürchtete er die „apokalyptischen Reiter", die er selber gezeichnet hatte, Krieg, Teuerung und Tod, aber „bschiss" durch kriminelle Partner erlitt er nur selten, verdiente vielmehr gut und dauerhaft. Kaiser Maximilian gestattete ihm 1511 das Alleinrecht auf Druck und Verkauf seiner Werke, Kaiser Karl V. gewährte ihm 1520 ein „leibgedings", eine jährliche Rente von 100 Gulden.

Dürer malte auf Holz oder „Tüchlein" (Leinwand), er arbeitete „in unterschiedlicher Weise" – mal profitable Massenware wie Spielkarten oder 1498 die „Apokalypse", eine Bilderserie zum Weltuntergang, dann wieder in zeitraubender Akribie und minutiöser Vollendung, die er selber als unbezahlbar ansah. Differenzen in Sujet und Technik waren normal, nie in der Qualität. In seiner Sichtweise der Kunst kannte Dürer keine Konzessionen: Kunst ist Nachahmen der Natur und Verständnis der Gesetzmäßigkeiten von Proportionen des menschlichen Körpers. Alles künstlerische Schaffen vollzieht sich in vier Kategorien: Die „Norm" will erkannt und angewendet werden, die „Ambition" lässt den Künstler immer wieder seine Grenzen ausloten, die „Perfektion" ist das Ziel aller Kunst, ihre „Autonomie" liegt in eigenen Gesetzen, die alle vom Alltag wegführen. Das Ergebnis fand stets Bewunderer wie beispielsweise den Kunsttheoretiker Heinrich Wölfflin, der 1905 urteilte: „Manchmal möchte man sagen, die Zeichnung koche. So sehr sind alle Linien in Wallung geraten, dass gar nichts still bleibt".

Wolf Oschlies

„Der frühe Dürer", noch bis 2. September, Germanisches Nationalmuseum Nürnberg, Kartäusergasse 1, 90402 Nürnberg, Telefon (0911) 1331-0, Internet: http://der-fruehe-duerer.gnm.de

Das Karussell von Sanssouci

Pferdeballett vor dem Neuen Palais in Potsdam – Höhepunkt der Feiern im Friedrich-Jahr

Als am Ende des Mittelalters die Ritter nicht nur ihre Rüstungen ablegten, sondern auch von Kampfspielen auf Leben und Tod Abstand nahmen und sich zu Scheinkämpfen durchringen konnten, brachten sie damit eine neue Mode der Reiterspiele auf, die man Karussell nennen sollte. Wegbereiter war der Italiener Federico Grisone, der um 1535 in Neapel die erste europäische Reitakademie gründete, an der die klassische Reitkunst wieder geübt wurde. Mit wachsenden Fertigkeiten in der Hohen Schule stieg auch das Bedürfnis, diese in immer prunkvolleren Vorführungen zur Schau zu stellen.

Anfang des 17. Jahrhunderts wurde das Karussell von Italien nach Frankreich „exportiert", von wo es sich zusammen mit der französischen Hofkultur an allen europäischen Höfen durchsetzte. In Paris fand das erste Karussell 1605 statt. Das prunkvollste jedoch wurde unter Ludwig XIV. am 5. und 6. Juni 1662 in Paris auf dem Platz vor den Tuilerien veranstaltet, der seitdem den Namen „Place du Carrousel" führt.

Spätestens seit diesem Tag waren Pferdekarusselle die Königsdisziplin aller höfischen Festlichkeiten. Da machte auch Preußen keine Ausnahme und ließ am 25. August 1750 zu Ehren des Besuchs von Friedrichs Schwester Wilhelmine von Bayreuth das berühmte „Carrousel de Berlin" veranstalten. Es gilt bis heute als „das größte Spektakel, das es in Berlin zu Zeiten Friedrichs des Großen zu bewundern gab", so Reinhold Koser, Friedrichs bedeutendster Biograf. Das letzte Karussell in Preußen war übrigens der berühmte „Zauber der Weißen Rose", der 1829 zu Ehren von Zarin Alexandra Feodorowna aufgeführt wurde.

> Pferdekarusselle waren die Königsdisziplin aller höfischen Feste

In einer Mischung aus Sport, Kunst und Show – wie man heute sagen würde – war das Carrousel de Berlin gleichzeitig eine bombastische Zurschaustellung von Friedrichs, und damit Preußens, militärischer, dynastischer und höfischer Stellung, an der bis auf den König die prominentesten Mitglieder des Hofes persönlich teilnahmen. Gesandte und Vertreter der europäischen Herrscherhäuser waren geladen und fast die gesamte Familie Friedrichs war anwesend.

Als anno 1750 mehr als 200 Teilnehmer die Reitbahn im Lustgarten betraten, waren sie an Glanz, Pomp und Pracht nicht zu übertreffen. Man erblickte Kostüme aus Purpur und Samt, Tiger- und Marderfell, Brokat und Atlas, aufgenähte Diamanten, Perlen und Rubine, ja selbst die Sporen der Pferde sollen aus mit Diamanten besetztem Silber bestanden haben. Die aufwendige Choreografie zu dem Riesenspektakel hatte Friedrich II. selber entwickelt.

Vom 19. bis 22. Juli, jeweils um 20 Uhr, feiert es jetzt vor dem Neuen Palais im Park Sanssouci in Potsdam eine Renaissance. In Zusammenarbeit mit der Fürstlichen Hofreitschule Bückeburg und der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg wird es als „Le Carrousel de Sanssouci" den Höhepunkt der Höfischen Festspiele zum 300. Geburtstag des Monarchen bilden und sich dabei so weit wie möglich an das Vorbild von 1750 anlehnen.

In geradezu wissenschaftlich zu nennender Vorbereitung hat das Team der höfischen Festspiele zahlreiche Quellen gesichtet und die Original-Festschrift aus dem Französischen übersetzt. Im Nationalmuseum Stockholm konnten sogar die originalen Kostümentwürfe von 1750 gefunden werden. Ein Glücksfall! Da Friedrichs Schwester Königin Luise Ulrike von Schweden seinerzeit nicht an dem höfischen Fest teilnehmen konnte, weil sie im Wochenbett lag, hatte Bruder August Wilhelm ihr die sogenannten Figurinen geschickt, damit sie sich ein Bild von der Aufführung machen konnte.

Pompöse Effekte: Proben zum barocken Pferdekarussell am Neuen Palais Bild: HFP/Peter Schramm

Der Prunk von einst wird unübertroffen bleiben. Dennoch: „Wir werden 300 Meter kostbarste Stoffe und 400 Meter unterschiedlicher Borten vernähen. Diese Stikkereien werden einen ebenso pompösen Effekt erzeugen wie einst im Original, auch Kunstfelle sind inzwischen kaum von echten Fellen zu unterschieden", so Chefausstatterin Manuela Motter. Bei aller Akribie, das Carrousel de Sanssouci wird mit 20 Pferden und 70 Akteuren wohl zwar eine prächtige, aber doch nur kleine Ahnung von dem Berliner Original vermitteln können. Bläser- und Kammermusik, höfischer Tanz, lyrischer Gesang und Artistik runden das Pferdeballett anno 2012 ab.

Zur Erläuterung der historischen Hintergründe der Aufführung bieten die Höfischen Festspiele im Juli ein Symposion mit Vorträgen namhafter Experten und Historiker zum Thema an.

Helga Schnehagen

MELDUNGEN

Rasensport und Geschichtspolitik

Der Ball ist rund und das Spiel dauert 90 Minuten": Sepp Herbergers herrlich lakonisches Diktum trifft selbstverständlich auch auf die am Freitag vergangener Woche in Warschau angepfiffene Fußball-Europameisterschaft zu. Beim Drumherum abseits des Spielfeldes ist diesmal manches anders. Erstmals wird eine Fußball-EM in Mittel- und Osteuropa ausgetragen: mit der Ukraine und besonders Polen in Gebieten, die heute ethnisch weitgehend homogen sind, jedenfalls im Vergleich zu den mittlerweile zu Vielvölkerstaaten mutierten westeuropäischen De-facto-Einwanderungsländern. Das war nicht immer so: die östlichen Landstriche der früheren k.u.k. Monarchie waren für ihr Völkergemisch bekannt – und später berüchtigt für ihre ethnischen Konflikte und nationalistischen Hass.

Foto: Rudolf

Auch der Sport mit dem getretenen Leder ist in die allgemeinen Zeitläufte eingebunden: Die Fußballgeschichte jener Länder, die Gebiete des früheren Deutschen Reiches mit einschließen, ist von ethnischer Vielfalt und gravierenden Brüchen geprägt. Im Unterschied zu Westeuropa finden sich in Regionen wie Schlesien oder Galizien nur wenige Klubs, die ohne Namens- oder Ortswechsel durch das 20. Jahrhundert gekommen, kaum Spieler, die ohne von Krieg, Flucht und Vertreibung gebrochene Biografien durch die Zeiten gegangen sind.

In Polen, dem Deutschen Reich und der Ukraine entwickelte sich die Sportbewegung besonders stark als Ausdruck von (Körper-)Kulturentwicklung im Rahmen der nationalen Erweckung. Slawische Sokol-Bewegung, deutsche Turnvereine und jüdische Maccabi-Verbände waren von zentraler Bedeutung für das Streben nach ethnischer Selbstbestimmung: der Völkerfrühling auch im Rasensport und durch ihn.

Eine Berliner „Halbzeitkonferenz" will zu einer Zeit, wo die EM-Mannschaften in der Gruppenphase stehen, den Blick auf die historische Entwicklung des Fußballsports lenken: Die maßgeblich vom Deutschen Kulturforum östliches Europa (Potsdam) ausgerichtete Konferenz greift einzelne Turniere der Vergangenheit, Spielerbiografien, Städte und Landschaften heraus, um die „durchaus komplizierte Vielfalt der Völker und Grenzverläufe in diesem Teil Europas" herauszuarbeiten. Einige Themen, die neugierig machen: „Lemberg. Wenn Falken Fußball spielen" über die „Fußballstadt Lemberg" vor dem Zweiten Weltkrieg; der schlesische Autonomist Jerzy Gorzelik aus Kattowitz spricht über deutschen, polnischen und „schlesischen" Fußball; der Umgang mit dem „Ostmarkstadion" in der Frankfurter Dammvorstadt [Słubice] nach 1945; die „Eastern Allstars" – große Fußballer zwischen Ostsee und Schwarzem Meer. *PAZ*

„Halbzeitkonferenz. Fußball als Spiegel ethnischer und regionaler Identitätssuche in Mittel-Osteuropa": Mittwoch, 20. Juni, 17.30 bis 22 Uhr, in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung, Hiroshimastraße 12–16, 10785 Berlin-Tiergarten.

Die Alternative zum Drei-Kaiser-Bündnis

Vor 125 Jahren versuchte Bismarck mit dem Rückversicherungsvertrag, Deutschland den Zweifrontenkrieg zu ersparen

Am 18. Juni 1887 unterzeichneten der deutsche Reichskanzler und der russische Außenminister den Rückversicherungsvertrag. Er sollte verhindern, was ein gutes Vierteljahrhundert später Realität wurde: dass Deutsche und Russen aufeinander schießen.

„Versuche, solange zu dreien zu sein, als die Welt durch das labile Gleichgewicht von fünf Großmächten regiert wird.“ Dieser Maxime versuchte Otto von Bismarck als Reichskanzler zu folgen. Von Frankreich nahm er an, dass es als möglicher Verbündeter ausfalle, da es nach dem verlorenen Deutsch-Französischen Krieg und der gegen seinen Willen realisierten deutschen Einigung auf Revanche sinne. Und Großbritannien betrieb eine Politik der „Splendid isolation“ (wunderbare Isolation), glaubte sich aufgrund seiner Insellage nicht an kontinentale Bündnispartner binden zu müssen. So blieben nur die beiden (anderen) Ostmächte als Bündnispartner. Mit ihnen war Preußen bereits nach der Herausforderung durch Französische Revolution und Napoleon in der Heiligen Allianz verbündet gewesen.

Kaum dass das Deutsche Reich 1871 gegründet war, brachte Bismarck deshalb 1873 das Drei-Kaiser-Abkommen mit Österreich-Ungarn und Russland zustande. Die Achillesverse bildete dabei der Balkan. Bismarck war zwar der Ansicht, der Balkan sei „nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert“, aber sowohl das Zaren- als auch das Habsburgerreich betrachteten ihn als ihre Interessensphäre. So zerbrach das Bündnis an der Orientkrise. Bismarck gelang es 1881, die drei Mächte im Drei-Kaiser-Bündnis wieder zusammenzuschließen, und 1884, noch einmal eine Verlängerung zu erreichen. Aber als 1887 die zweite Verlängerung anstand, war Schluss. Das Bündnis zerbrach an der Bulgarischen Krise.

Da die Vorstellungen Österreich-Ungarns und Russlands von der Zukunft der Balkanhalbinsel und des Osmanischen Reiches zu widersprüchlich waren, als das eine Fortsetzung der Dreierkoalition möglich gewesen wäre, andererseits aber beide Partner vergleichsweise unbelastete Beziehungen zum Deutschen Reich hatten, bot sich für Bismarck eine Ersetzung des Dreierbündnisses durch bilaterale Abkommen an. Mit Österreich war das Reich bereits seit 1879 durch den Zweibund verbunden und seit 1882 befand man sich gemeinsam zusätzlich mit Italien im Dreibund. Zu Russland hingegen mussten erst noch Vertragsbande geknüpft werden.

Bismarck litt zwar unter dem „Alptraum der Koalitionen“ (cauchemar des coalitions), aber es hatte wenigstens noch die k.u.k. Monarchie und Italien als Bündnispartner. Russland hingegen stand nach dem Ende des Drei-Kaiser-Bündnisses isoliert da. Die Doppelmonarchie, das Vereinigte Königreich und Italien waren sich grundsätzlich einig in der Bejahung des Status quo auf dem Balkan und der Verteidigung des Osmanischen Reiches gegen den russischen Imperialismus. Und die parlamentarische Dritte Republik war dem Autokraten in Sankt Petersburg suspekt.

Aus diesem Grunde kam die russische auf die deutsche Seite mit dem Vorschlag eines bilateralen Abkommens zu. Gerne nutzte Bismarck die ihm dargebotene Chance, einem Zweifrontenkrieg zu entgehen, und am 18. Juni 1887 unterzeichnete er mit Nikolai Karlowitsch de Giers den Rückversicherungsvertrag. Analog zum gewesenen trilateralen Drei-Kaiser-Bündnis waren auch Kern dieses bilateralen Abkommens Neutralitätsverpflichtungen. Zu jeweils wohlwollender Neutralität verpflichtete sich Russland im Falle eines französischen Angriffs auf Deutschland sowie Deutschland im Falle eines österreichischen Angriffs auf Russland. Vorausgesetzt, die Vertragspartner verhielten sich vertragstreu, war damit Russland vor einem Angriff seiner beiden benachbarten Großmächte geschützt und Deutschland vor einem Zweifrontenkrieg, denn aufgrund der Friedfertigkeit des Reichskanzlers Bismarck konnte ein deutsch-französischer Krieg nur aus einem französischen Angriff resultieren. Auch die Vertragsdauer war mit drei Jahren am vorausgegangenen Drei-Kaiser-Bündnis orientiert.

Weniger defensiv und auf Wahrung des Status quo orientiert als der „geheime“ Rückversicherungsvertrag war dessen „ganz geheimes“ Zusatzprotokoll. Darin verpflichtete sich das Reich nicht nur zum Beistand in der Bulgarienkrise. Vielmehr hieß es im entscheidenden Punkt 2: „In dem Falle, dass Seine Majestät der Kaiser von Russland sich in die Notwendigkeit versetzt sehen sollte, zur Wahrung der Rechte Russlands selbst die Aufgabe der Verteidigung des Zuganges zum Schwarzen Meer zu übernehmen, verpflichtet sich Deutschland, seine wohlwollende Neutralität zu gewähren und die Maßnahmen, die Seine Majestät für notwendig halten sollte, um den Schlüssel seines Reiches in der Hand zu behalten, moralisch und diplomatisch zu unterstützen.“

Bismarck sah sich zu einem »System der Aushilfen« gezwungen

Hier ist Bismarck Unaufrichtigkeit vorgeworfen worden, hatte er doch im selben Jahr, in dem er den Rückversicherungsvertrag mit Russland abschloss, zwischen Großbritannien, Österreich-Ungarn und Italien die Mittelmeerentente vermittelt, deren Ziel es war, den Status quo im Mittelmeerraum im Allgemeinen und am Zu- und Ausgang des Schwarzen Meeres im Besonderen gegenüber Russland zu verteidigen.

Zu erklären ist Bismarcks nicht juristisch, aber doch moralisch nicht unproblematisches Verhalten mit seinem Ziel, den Imperialismus der Flügelmächte, sei es nun Russland oder Frankreich, von Mitteleuropa abzulenken, sowie eine politische Gesamtsituation zu schaffen, in welcher, so Bismarck selber im Kissinger Diktat, „alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden“. Bismarck sah sich in der schwierigen Situation, genügend Unfrieden zwischen den anderen Großmächten zu stiften, dass sie sich nicht gegen Deutschland verbündeten, aber andererseits eine Eskalation zum großen Krieg zu verhindern, da er wusste, dass Mitteleuropa in einen solchen hineingezogen würde und Deutschland selbst im Falle eines Sieges davon nicht profitieren könnte, da spätestens die Krieg-in-Sicht-Krise gezeigt hatte, dass das Reich in den Grenzen von 1871 das Maximum dessen war, was das Konzert der Großmächte – heute würde man sagen die internationale Gemeinschaft – zu akzeptieren bereit war.

Im konkreten Fall der beiden Abkommen von 1887 wollte Bismarck mit dem Zusatzprotokoll nicht die Mittelmeerentente konterkarieren, sondern vielmehr stärken, denn durch die in Aussicht gestellte Unterstützung Russlands in der Meerengenfrage sollte nicht nur der russische Imperialismus an die europäische Peripherie abgelenkt werden, sondern auch Großbritannien aus Sorge um seinen Verbindungsweg nach Indien an die Seite von Deutschlands Dreibundpartnern Österreich-Ungarn und Italien genötigt werden.

Es ist bezeichnend für die deutsche Mittellage, ja für einen Deutschen deprimierend, dass ein so genialer Außenpolitiker wie Otto von Bismarck, der nach der Reichsgründung nichts anderes wollte, als seinen Landsleuten den Frieden und ihren 1871 endlich erreichten Nationalstaat zu erhalten, sich nicht anders zu helfen wusste, als zu einem derart komplizierten und labilen sowie moralisch fragwürdigen „System der Aushilfen“ zu greifen. Seinen Nachfolgern war das alles zu kompliziert und uneindeutig. Sie verzichteten 1890 auf die von den Russen erbetene Verlängerung des Rückversicherungsvertrages. 24 Jahre später wurde Bismarcks Alptraum wahr. Deutschland war statt zu dreien mit der Donaumonarchie nur zu zweien und stand im Zweifrontenkrieg außer den Franzosen im Westen auch den Russen im Osten gegenüber.

Manuel Ruoff

Nachdem eine Fortsetzung des Drei-Kaiser-Bündnisses nicht mehr möglich war, setzte das Reich auf separate Verträge mit den beiden (anderen) Ostmächten: Reichskanzler Bismarck (Mitte) mit den Außenministern Österreich-Ungarns (links) und Russlands (rechts) Bild: pa

Tabuthema Massenvergewaltigungen diskutiert

Frauenverband des Bundes der Vertriebenen und Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen luden nach Berlin

Von den Tabus im Zusammenhang mit dem Themenkomplex Zweiter Weltkrieg ist es wohl dasjenige, das sich am längsten gehalten hat: die massenweisen Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch Angehörige der Roten Armee in den Jahren 1944/45. Schätzungen gehen mittlerweile davon aus, dass etwa zwei Millionen Frauen und Mädchen im Osten Deutschlands zum Opfer von Vergewaltigungen wurden, und dass zwölf Prozent der betroffenen Frauen durch die erlittene Gewalt zu Tode kamen.

Wie hartnäckig das Thema Massenvergewaltigungen bis heute mit einem Tabu belegt ist, wurde bei einer Veranstaltung des Frauenverbandes des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin deutlich, die vorletzten Donnerstag in Berlin stattfand. Zu einer Podiumsdiskussion unter Leitung der Präsidentin des Frauenverbandes des BdV, Sibylle Dreher, war unter anderem der Mediziner Philipp Kuwert geladen. Mit seiner an der Universität Greifswald vor erst sieben Jahren aufgenommenen Arbeit zu den Traumatisierungen und den Langzeitfolgen der damaligen Ereignisse betritt er in Deutschland immer noch wissenschaftliches Neuland – fast 70 Jahre nach Kriegsende. Bereits die wenigen präsentierten Zahlen machen deutlich, wie brisant die Forschungsergebnisse des Greifswalder Forschungsprojekts sind. Die befragten Frauen berichteten im Durchschnitt von zwölf Vergewaltigungen, die sie durchlitten haben – eine Frau wurde gar 70-mal vergewaltigt. Das Durchschnittsalter der Opfer betrug zum Zeitpunkt der Tat lediglich 16 Jahre. Unter den befragten Zeitzeugen, die im Rahmen der Studie befragt wurden, war das jüngste Opfer zwölf Jahre alt.

Die Hoffnungen auf eine »biologische Lösung« dürften sich als trügerisch erweisen

Nach Angaben Kuwerts ist allerdings auch ein Fall bekannt, bei dem ein fünfjähriges Kind zum Opfer wurde. Zusätzlich hatten alle befragten Frauen weitere Kriegstraumata erlitten – im Durchschnitt wurde von zehn weiteren extremen Kriegstraumata berichtet: vom Fast-erschossenwerden durch Rotarmisten bis dahin, als Zivilist in Maschinengewehrfeuer der Front zu geraten. Fast die Hälfte der Befragten hat bis heute klinisch relevante Symptome im Sinne einer posttraumatischen Belastungsstörung.

Welcher Bedarf an Therapie bis heute vorhanden ist, machte Sabine Böhm vom Frauennotruf Nürnberg deutlich. Nachdem erst in den letzten Jahren entsprechende Hilfsstrukturen etwa in Pflegeheimen entstanden sind, wird mittlerweile jedes fünfte Beratungsgespräch des Nürnberger Frauennotrufs mit Seniorinnen über 60 geführt. Die Einrichtung ist, ähnlich wie das Greifswalder Forschungsprojekt, bundesweit in dieser Form immer noch eine Ausnahme.

Der anhaltende Unwille der Gesellschaft, sich mit der Thematik zu beschäftigen, ist eine Erfahrung, die alle Teilnehmer der Podiumsdiskussion gemacht haben. Die Journalistin Ingeborg Jacobs hatte sogar noch im vergangenen Jahr Probleme, bei einem Fernsehsender die Schicksale betroffener Frauen darzustellen: „Am besten hätten die Frauen die Vergewaltigungen überhaupt nicht erwähnen sollen, und wenn, dann hätte das Wort höchstens in acht Minuten nur einmal auftauchen sollen.“

Verkrampfung beim Gedenken an deutsche Opfer wird laut Baring noch zunehmen

Worin dieses langanhaltende Desinteresse in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft mitbegründet sein könnte, machte der ebenfalls bei der Veranstaltung anwesende Arnulf Baring deutlich. Als Kind hat er selbst das Kriegsende in Berlin erlebt. Sein Eindruck: Die Deutschen im Westen haben eine völlig andere Erinnerung an den Krieg als die Deutschen östlich der Elbe. Bei der Erinnerung und Beurteilung der Kriegsereignisse gebe es so nicht nur eine Spaltung zwischen den Generationen, sondern auch eine geografische Spaltung.

Wenig ermutigend klingt auch Barings Einschätzung, dass die Verkrampfung, wenn es darum geht, auch deutscher Opfer des Krieges zu gedenken, nicht ab-, sondern weiter zunehme.

Die Hoffnungen auf eine „biologische Lösung“, sprich das Sterben der Erlebnisgeneration, wie sie in Medien und Behörden weit verbreitet zu sein scheint, dürfte sich allerdings als trügerisch herausstellen. Als wissenschaftlich gesichert gilt nämlich inzwischen, dass sich die psychologischen Störungen aufgrund der traumatischen Erlebnisse bis in folgende Generationen fortpflanzen. Sie werden quasi Teil des kollektiven Unterbewusstseins.

Dass es sich bei den Massenvergewaltigungen um keine spontanen Gewaltakte Einzelner handelt, sondern um eine strategische Kriegswaffe mit Langzeitwirkung, hat spätestens der Balkankrieg in den 1990er Jahren deutlich gemacht. Über den Zeitpunkt der Kapitulation hinaus werden in den Tiefenschichten der individuellen und kollektiven Psyche der Besiegten langanhaltende, schwerste Schäden verursacht. Das zielt nicht nur auf die Frauen als Opfer, sondern soll den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt brechen. Ehemännern, Vätern und Brüdern soll durch die Gewalt an Frauen ihre Hilfslosigkeit als Beschützer vorgeführt werden, das Selbstwertgefühl soll langfristig unterminiert werden. Der UN-Sicherheitsrat hat in einer Resolution inzwischen einen internationalen Rechtsrahmen verabschiedet, um sexuelle Gewalt in kriegerischen Konflikten ächten zu können.

Norman Hanert

Friedrichs II. erste schwere Niederlage

Vor 255 Jahren verlor der Preußenkönig erst die Schlacht von Kolin und dann (vorerst) Böhmen

Im Siebenjährigen Krieg stand Friedrich der Große einer Koalition unter Führung der kontinentalen Großmächte gegenüber. Um das Habsburgerreich für einen Separatfrieden gefügig zu machen und so aus der feindlichen Allianz herauszubrechen, marschierte er nach der Eroberung Sachsens im April 1757 mit vier Armeeabteilungen in Böhmen ein.

Auf der Gegenseite plante Prinz Karl von Lothringen, der Schwager Maria Theresias und Befehlshaber der Österreicher, gegen die Lausitz vorzustoßen und dann gemeinsam mit den Verbündeten zu operieren. Die österreichische Armee war inzwischen von Feldmarschall Graf Leopold Daun, einem Meister der Verteidigung, neu organisiert worden. Vor Prag stießen die Armeen aufeinander. In der nun folgenden Schlacht von Prag vom 6. Mai 1757 errang Friedrich zwar einen beachtlichen Sieg, da er einen starken Gegner aus einer vorbereiteten Stellung warf. Doch die Verluste von über 14 000 Mann waren schwer zu ersetzen. Prinz Karl ließ sich in Prag einschließen und sandte einen Hilferuf nach Wien, in dem er die Kaiserin um Entsatz bat.

König Friedrich befand sich in keiner beneidenswerten Lage. Angesichts der starken Besatzung der Stadt konnte er keinen Sturmangriff wagen; er stellte sich auf eine längere Belagerung ein, für die zunächst ausreichend Artillerie herangebracht werden musste. Ein derartiges Vorhaben war aber ein großes Wagnis, da er mit einem Entsatzversuch rechnen musste und obendrein Meldungen von der Annäherung einer französischen Armee eintrafen.

Inzwischen hatte Maria Theresia den erfahrenen Feldmarschall Daun mit dem Entsatz von Prag beauftragt. Sie ließ ihn wissen, dass das Schicksal ihres Reiches und ihrer Dynastie von seiner Führungskunst abhinge. Daun sammelte zahlreiche Versprengte und zog wieder eine ansehnliche Armee südöstlich von Prag zusammen, während Husarenabteilungen unter General Franz Leopold Graf Nádasdy den Rücken der Belagerer bedrohten. So fasste der König, obwohl er zahlenmäßig im Nachteil war, den kühnen Entschluss, die Entsatzarmee zur Schlacht zu stellen.

Er ließ Truppen unter Feldmarschall James Keith zur Einschließung Prags zurück und zog mit 34 000 Mann und 90 Geschützen nach Osten in Richtung Kolin, wo er Daun zu stellen hoffte. Dieser hatte inzwischen etwa zehn Kilometer westlich der Ortschaft parallel zur „Königstraße“ eine gute Höhenstellung gewählt und dort seine Armee in der Stärke von 50 000 Mann mit 145 Geschützen postiert. In Reserve standen noch einige Regimenter sächsischer Reiterei, die sich in Reaktion auf die schlechte Behandlung Sachsens durch Friedrich auf die Seite der Österreicher geschlagen hatten.

Als Friedrich am 18. Juni morgens auf den Gegner stieß, ließ er seine Truppen entlang der Straße anhalten und nahm Einblick in die gegnerischen Linien. Er erkannte, dass sich der rechte Flügel Dauns um die Krechor-Höhe zog, deren Verlust den Gegner sicherlich schwer unter Druck setzen würde. So beschloss Friedrich, seinen Hauptstoß in „schräger Schlachtordnung“ gegen diese Höhe zu richten. General Johann Dietrich von Hülsen sollte mit sieben Bataillonen die Vorhut führen, gefolgt von zehn Bataillonen des Generals Joachim Friedrich Christian von Tresckow, während auf dem äußersten linken Flügel die preußische Kavallerie eine Umfassung versuchen sollte. Demgegenüber hatten das Zentrum und der rechte Flügel stillzuhalten. Die Truppen mussten bei drückender Hitze unter Waffen stehen, ehe sie um 13 Uhr endlich den Befehl zum Abmarsch in die Ausgangsstellung erhielt.

Karte: Archiv

Nach der verlorenen Schlacht von Kolin gab Friedrich die Belagerung Prags auf

Daun hatte erkannt, dass sich die Hauptmacht der Preußen nach Osten verschob und befahl daher seinem Reservekorps, hinter seinen rechten Flügel zu rücken und dort Stellung zu beziehen. Dieser Entschluss sollte sich als vorausschauend erweisen, denn die Reserven kamen gerade noch rechtzeitig, um die Bataillone Hülsens bei Krechor in ein schweres Gefecht zu verwickeln, das den Angriff ins Stocken brachte. Außerdem leistete leichte Infanterie in dem mit Buschwald bedeckten, unübersichtlichen Gelände zähen Widerstand. Das hohe Getreide und viele Hohlwege bewirkten Stockungen, so dass Friedrich die letzten Bataillone des Prinzen Moritz von Anhalt, der die Reserve führte, einsetzen musste, um die Lücken zu füllen. Erst gegen 16 Uhr stieß das erste Bataillon auf die Stellungen der Österreicher.

Um diese Zeit ertönte zur Überraschung Friedrichs Gefechtslärm im Zentrum, denn Generalmajor Christoph Hermann von Manstein hatte dort ohne Wissen des Königs mit fünf Bataillonen den Angriff eröffnet. Dieses Vorgehen widersprach eindeutig dem Befehl; es ist fraglich, ob Manstein den Befehl, der ihm überbracht worden war, falsch verstanden hatte oder ob er die Österreicher, die ihrem rechten Flügel zustrebten, „festnageln“ wollte. Jedenfalls wurde auf diese Weise aus dem geplanten Flankenstoß eine Frontalschlacht.

Während nun im Zentrum die gegnerische Artillerie den frontal angreifenden Preußen schwere Verluste zufügte, konnte Hülsen gegen 17 Uhr endlich die Krechor-Höhe stürmen. Bei diesem Angriff zeichnete sich der junge Oberst Friedrich Wilhelm von Seydlitz mit einer Dragonerbrigade aus. Seydlitz sollte bald zum berühmtesten Reiterführer Friedrichs werden. Doch der Zeitverlust hatte es Daun ermöglicht, hinter der Höhe einen Abwehrriegel aus sieben Bataillonen zu errichten. Es ging nun darum, ob die preußischen Reiter diesen Riegel sprengen und das Zentrum der Österreicher aufrollen konnten. Schon hatten die Grenadiere Tresckows den Gegner im Zentrum zusammengedrängt und eine Großbatterie erobert, als die letzten österreichischen Reserven einen Gegenstoß führten, worauf Seydlitz weichen musste.

Nun wollte der König um 17.30 Uhr mit starker Kavallerie den rechten Flügel der Österreicher endgültig überrennen. Die preußischen Kürassiere unter General Jean Jacques de Penavaire griffen aber nicht dort an, wo der Gegner schwächelte, sondern wandten sich gegen dessen noch intakte Truppen. Die Österreicher konnten ihre Stellung mühsam halten, und als 19 ihrer Schwadronen einen wuchtigen Flankenangriff ritten, wich die preußische Kavallerie fluchtartig zurück. Hierauf fasste Daun alle greifbaren Schwadronen zusammen und warf sie den Bataillonen Hülsens und Mansteins in die Flanke, worauf diese ebenfalls weichen mussten.

Doch Friedrich wollte den Rückschlag nicht hinnehmen. Um 19 Uhr, bei sinkender Sonne, ließ er nochmals seine verbliebenen 14 Bataillone, unterstützt durch die Kavallerie Penavaires, zum Angriff vorrücken. Wieder entstand zwischen dem rechten Flügel der Österreicher und deren Zentrum eine kritische Lage, denn Prinz Moritz von Anhalt drängte auf den Durchbruch. Doch ein wallonisches Dragonerregiment brachte den Umschwung. Dauns Reserven waren nun alle zur Stelle, der preußische Stoßkeil wurde an beiden Flanken angegriffen und geriet in mörderisches Kreuzfeuer. Friedrichs Kavallerie versäumte es, rechtzeitig einzugreifen. So erlitt die preußische Infanterie schwerste Verluste. Manche Bataillone wurden überritten, die Überlebenden gingen in Gefangenschaft.

Dem Ende der Belagerung Prags folgte Preußens Rückzug aus Böhmen

Der König war tief deprimiert. Mit gezogenem Degen führte er zu Pferd die Reste eines Bataillons zum Sturm gegen eine österreichische Batterie. Immer mehr von den ihm folgenden Soldaten fielen, doch er ritt weiter, als ob er den Tod suchen wollte. Da konnte ihn endlich sein Flügeladjutant mit den Worten „Sire, wollen Sie die Batterie allein erobern?“ zur Umkehr bewegen.

Während sich das I. Bataillon der Garde gegen nachsetzende Kavallerie opferte, um den Rückzug zu decken, ritt der König mit einer Eskorte in Richtung Prag. Angesichts der hereinbrechenden Nacht ließ Daun nicht weiter verfolgen. Zwei Tage später war die Belagerung Prags aufgehoben. Kolin bedeutete die erste schwere Niederlage Friedrichs. Er hatte fast 14 000 Mann, darunter 3000 Deserteure, verloren, wogegen sich die Verluste der Österreicher auf 9300 Mann beliefen. Der Nimbus der Unbesiegbarkeit war dahin, und seine Gegnerin Maria Theresia triumphierte.

Der König brauchte längere Zeit, um die Niederlage zu verkraften. Er führte seine geschlagene Armee nach Sachsen zurück und entließ in einer Zornesregung seinen Bruder August Wilhelm, der in Ungnade gefallen war. Auf dem Rückzug kam noch der verwundete General von Manstein ums Leben, als er und sein Tross von 800 Kroaten und Panduren angegriffen wurden. Inzwischen drang Prinz Karl nach Schlesien ein und bereitete die Vereinigung mit der französischen Armee vor, die gemeinsam mit Reichstruppen von Westen heranrückte. Zum ersten Mal in diesem Krieg steckte Friedrich in einer höchst unangenehmen Situation.

Heinz Magenheimer

Die Schlacht von Prag vom 6. Mai 1757

Nach dem Einmarsch in Böhmen im Frühjahr 1757 sammelte Friedrich eine Armee mit 65 000 Mann vor Prag, das der Gegner gut bevorratet hatte und keineswegs preisgeben wollte. Die österreichische Armee in der Stärke von 62 000 Mann erwartete den Angriff. Am 6. Mai 1757 unternahm Friedrich einen Flankenmarsch, um die Österreicher von Osten und Südosten her anzugreifen. Die Husaren des Generals Hans von Zieten stießen weit ausholend auf dem linken Flügel vor und zersprengten die gegnerische Kavallerie.

Inzwischen hatte Prinz Karl das Plateau, das sich ostwärts von Prag erstreckte, im Norden und Osten mit seiner Infanterie und Artillerie besetzt und leistete starken Widerstand. General Hans Karl von Winterfeld, der Generaladjutant des Königs, unternahm mit 14 Bataillonen einen improvisierten Angriff gegen das Plateau, der aber unter schrecklichen Verlusten zusammenbrach. Winterfeld wurde dabei schwer verwundet. Als der alte Feldmarschall Kurt von Schwerin sah, dass die Truppen zurückwichen, setzte er sich an die Spitze eines Regiments und wollte den Angriff erneuern. Er wurde aber aus dem Sattel geschossen, und sein Regiment ergriff die Flucht.

In dieser Lage erkannte König Friedrich, der mit dem zweiten Treffen aufmarschiert war, dass sich zwischen den beiden österreichischen Flügeln eine Lücke gebildet hatte, und stieß mit 18 Bataillonen in sie hinein. Der Gegner wich zäh kämpfend zurück, während sich Prinz Heinrich, der Bruder des Königs, dadurch auszeichnete, dass er die erschöpften Soldaten anspornte und aufs Neue zum Angriff vorantrieb. Schließlich gingen die Österreicher auf Prag zurück. Die Preußen hatten eine Schlacht gewonnen, doch den Krieg noch lange nicht, noch nicht einmal den Kampf um Böhmen. Die blutige Schlacht von Prag fand einen literarischen Nachruf in der schaurig-schönen Ballade „Lenore“ von Gottfried August Bürger, der hierin den Gefallenen ein Denkmal setzte. *H.M.*

Erfolgreich dank Wallace-Krimis

Vor 90 Jahren gründete der Preuße Wilhelm Goldmann den Goldmann Verlag. Anfänglich spiegelte das Programm die besonderen Interessen des Verlagsgründers wider. So begann die Verlagstätigkeit mit der Veröffentlichung der Bildbände „Kultbauten des Islam“ und „Javanische Schattenspiele“ sowie von Holzschnittmappen über die Wartburg von Franz Hain und Rothenburg ob der Tauber von Kurt Preusse. Der am 25. Februar 1897 im oberschlesischen Baumgarten, Kreis Falkenberg geborene Sohn eines Dorfschullehrers und Kantors war eben wandervogelbewegt und hatte nach dem Abitur eigentlich Kunstmaler werden wollen.

Stattdessen wurde er Buchhändler. Anfänglich arbeitete er in diesem Metier als Angestellter, doch früh entstand der Wille, Verleger zu werden. Um Kontakte zu seinen späteren Kunden zu knüpfen, betätigte er sich nach dem Ersten Weltkrieg als Verlagsvertreter.

Am 21. Juni 1922 erfüllte er sich dann seinen Wunsch und gründete in der Verlagsstadt Leipzig seinen eigenen Verlag. Aus wirtschaftlichen Gründen erweiterte Goldmann das ursprünglich mit Bild- und Kunstbänden recht hochpreisige Programm erst um Abenteuer- und dann um Kriminalromane. Der Durchbruch gelang ihm ab 1925 mit Übersetzungen von Werken seines Freundes Edgar Wallace. Afrika-Büchern des Briten folgten schon bald die legendären Wallace-Kriminalromane wie „Der Hexer“, die, beziehungsweise deren Verfilmungen, selbst heutigen Deutschen noch ein Begriff sind. Goldmann wurde im deutschsprachigen Raum zu einem Inbegriff für „Krimis“, übrigens ein Begriff, der ihm zugeschrieben wird. Zum zehnten Verlagsjubiläum konnte er jubilieren: „Zehn Jahre ununterbrochener Aufstieg in schwerster Wirtschaftszeit. Ein Erfolg reihte sich an den anderen und auch das vergangene Jahr, vielleicht das schlimmste der Krisenzeit, war für uns doch ein Jahr großen Erfolges. Heute kennt jeder Goldmann-Bücher und in der ganzen Welt, wo es deutsche Bücher gibt, findet man Goldmann-Bücher.“ Dieser Erfolg setzte sich dann in der NS-Zeit zumindest vorerst fort.

Bild: Goldmann Verlag

Goldmann

Nachdem bereits 1943 sein Verlagshaus am Leipziger Platz ein Opfer der Bomben geworden war, wurde der Verleger 1946 von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet und zu vier Jahren Arbeitslager verurteilt. Nach seiner Entlassung aus dem von den Sowjets übernommenen vormaligen Konzentrationslager Buchenwald im Jahre 1950 wechselte Goldmann in den Westen, ließ sich in München nieder, meldete sich mit einem Anzeige im „Börsenblatt des deutschen Buchhandels“ zurück und konnte mit Hilfe von Edgar-Wallace- und anderen Krimis an die alten Erfolge anknüpfen.

Nachdem er genügend Kapital beisammen hatte, stieg er 1952 als einer der ersten deutschen Verleger in einen neuen Markt ein, den der Taschenbücher. Sein erstes Taschenbuch war „Der Frosch mit der Maske“ und stammte von Edgar Wallace. Über 4000 weitere Taschenbuchtitel mit einer Gesamtauflage von mehr als 100 Millionen Exemplaren sollten folgen, bis Wilhelm Goldmann am 24. April 1974 im schweizerischen Wollerau verschied. Bereits wenige Jahre später, 1977, ging sein Verlag an Bertelsmann, wozu er noch heute gehört. *Manuel Ruoff*

Ein Haufen Metallschrott

Zu: „Zu viel Geld schadet der Kunst" (Nr. 22)

Nahe Kassel wohnend kann ich alle fünf Jahre die Entwicklung der Kunstszene „bewundern". Und diese Entwicklung wird, zumindest für den Normalbürger, immer unverständlicher. Was da an „Kunst" angeboten wird, gleicht dem Gleichnis von des Kaisers neuen Kleidern. Seht, seht, das ist Kunst und ich erkläre euch, was der „Künstler" damit ausdrücken will. In Wirklichkeit sind es Dinge, von denen man meinen könnte, sie wären in geschlossenen psychiatrischen Anstalten entstanden: bei der jetzigen „dokumenta 13" am alten Kasseler Hauptbahnhof zum Beispiel ein riesiger Haufen Metallschrott. Aber diese Kunstszene zeigt ganz klar die Entwicklung der Gesellschaft, sie ist ihr Spiegelbild.

In früheren Jahren habe ich sehr gerne das Opernhaus in Kassel besucht. Das habe ich mir schon lange abgewöhnt. Hier toben sich Intendanten in ihrer perversen Gedankenwelt aus und müssen sich keine Gedanken darum machen, ob es dem Publikum gefällt oder nicht. Mein letzter Besuch dort war eine Aufführung von „Rigoletto". Anstatt am Hofe des Herzogs von Mantua spielte das Stück in einem Bordell, der Herzog ließ sich da sadomasomäßig peitschen etcetera. Wie ich schon sagte, das war mein letzter Besuch dort und der liegt zirka 20 Jahre zurück. Verbessert hat sich da nichts, ganz im Gegenteil. Zwei meiner Söhne standen auf der Warteliste in Bayreuth und als sie endlich Karten bekamen, durften sie Schlingensiefs „Parzival" genießen. Sie waren angewidert von dem ganzen Unfug und werden Bayreuth nie wieder besuchen.

Dass Kunst von Können kommt, das haben wir früher einmal in der Schule gelernt, diese Zeiten sind aber vorbei. Für die modernen „Kunstkenner" bin ich sicherlich ein zurückgebliebener Spießer, aber mit diesem Titel schmücke ich mich dann gerne.

Peter Schumacher, Melsungen

Themen für eine Bürgerrechtlerin

Zu: „Absturz und Abstieg" (Nr. 21)

Dass die Berliner Lokalpolitik mit sehr wenig Kompetenz ausgestattet ist, ist ja nicht neu. Daher ist das Nichteinhalten des Fertigstellungstermins eines überambitionierten Großbauprojektes nicht unbedingt erstaunlich.

Dass aber eine „ausgewiesene" Bürgerrechtlerin nun gerade China mit „mehr als ein(em) Dutzend" eröffneten Flughäfen während des gleichen Zeitraumes als leuchtendes Vorbild herausstellt, darauf muss man erst einmal kommen. Ich möchte nicht wissen, unter welchen Opfern diese Projekte dort durchgepeitscht wurden. Hier gibt es zumindest die Option für das Volk, Einspruch oder Widerspruch zu äußern.

Zu möglichen berechtigten Motiven hierfür in Bezug auf das BER-Projekt sagt Frau Lengsfeld nichts, zum Beispiel zum Protest gegen die vor etwa einem Jahr handstreichartig erfolgte Neuausrichtung der Flugrouten, die nicht nur Hunderttausende Berliner direkt, sondern auch Naturschutz- und Erholungsgebiete plus wichtiges Wassergewinnungsreservoir im Südosten betrifft. Hier läge doch ein ureigenstes Betätigungsfeld für eine Bürgerrechtlerin.

K. Weiß, Berlin

Linke Büttel

Zu: „Linke kippen Tradition" (Nr. 22)

Brauchen die Bürger, die Burschenschaften und die Gäste von der „Antifa Gruppe 5 Marburg" und ihrer Journaille die Erlaubnis, ein Fest zu feiern? Anders gefragt: Sind wir jetzt so weit, dass wir uns von Denunzianten und Meinungssoldaten vorschreiben lassen wollen, was wir feiern dürfen und was nicht?

Noch ganz anders gefragt: Wären wir denn etwas anderes als jämmerliche Feiglinge, wenn wir zu Hause blieben, während die linken Büttel an diesem Tag auf der Straße tanzen?

Rainer Gebhardt, Bad Nauheim

Amerikas Einfluss

Zu: „Timoschenko pro-russisch?" sowie „Spielball der Mächte" (Nr. 21)

Ihren Artikel sowie Kommentar habe ich mit großem Interesse gelesen. Zu Recht widmen Sie sich den Hintergründen im Fall Timoschenko, denn Kehrtwendungen sind bei Politikern keine Seltenheit. Nur wird in unseren deutschen Medien so getan, als ob die „Orangene Revolution" rein aus der ukrainischen Gesellschaft entstanden wäre. Tatsächlich wollte doch auch Amerika Einfluss in der Region gewinnen, stiftete die Orangekleidung und gab weitere Unterstützung. Julia Timoschenko war dabei eine entscheidende Erfüllungsgehilfin. Jetzt, wo die amerikanischen Hilfeleistungen ausbleiben, muss die weitere Entwicklung in der Ukraine aufmerksam beobachtet werden. Dank für Ihren aufschlussreichen Bericht.

Günter Stanke, Tangstedt

Differenzieren

Zu: „Islamisierung in aller Stille" (Nr. 22)

Man sollte nicht alles in einen Topf werfen. Einerseits ist der sogenannte „radikale Islam" ein mit vielen Öl-Dollars beförderter Export der wahhabitischen Saudis, gegen die es sogar eine Fatwa von sunnitischen Rechtsgelehrten gibt: Sayyid Yûsuf ar-Rifâ'î, „Guter Rat an unsere Brüder die Gelehrten von Najd. Eine Kritik des Wahhabismus", Spohr Verlag, 2007.

Sodann müsste man ein ziemlicher Bildungsbanause sein, um zu behaupten, die abendländische Geistesgeschichte wäre von der arabisch-islamischen Philosophie nicht maßgeblich befruchtet worden.

Und last but not least muss man den dritten Problemkomplex gesondert bedenken, nämlich die unkontrollierte Zuwanderung, was eben Thilo Sarrazin teilweise völlig zu Recht thematisiert hat.

Rudolf Steinmetz, München

„Angewidert von dem ganzen Unfug": Auf dem Gelände des alten Hauptbahnhofs in Kassel eine „Installation" aus verrostetem Schrott der italienischen Künstlerin Lara Favoretto Bild: Thomas Lohnes/dapd

Lötzen in Masuren

Zu: „Eine Ausstellung zum Geschenk" (Nr. 22)

Ich bitte, folgende Aussagen im Artikel richtigzustellen:

Lötzen [heute Gizycko] liegt in Masuren – wie der Titel der Ausstellung treffend formuliert: „Lötzen – die Perle Masurens". Die Teilnehmer der Ausstellungseröffnung sind daher nicht ins Ermland gereist!

Der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Lötzen, Dieter Eichler, schenkte die Ausstellung nicht der Bürgermeisterin Jolanta Piotrowska. Die Kreisgemeinschaft Lötzen (nicht Kreisgruppe Lötzen) hat die Ausstellung zur Geschichte Lötzens den heutigen Bewohnern und Besuchern der Stadt Gizycko geschenkt. Ein großes Geschenk, von dem zu hoffen ist, dass viele Lehrer mit ihren Schulklassen diese objektive Informationsquelle nutzen werden.

Ute Eichler, Hamburg

Und alle Presse- und Fernsehleute spielen mit

Zu: „Presseunfreiheit" (Nr. 19)

Wenn Chefredakteur Heitmann feststellt, dass Deutschland in der Rangliste der Pressefreiheit in der Welt auf Platz 16 rangiert, ist das vielleicht wenigen Lesern von Bedeutung. Aber die damit gegebene Feststellung, dass Deutschland gleich Jamaika und Zypern bewertet wird, müsste schon aufwecken! Schauen wir uns doch einmal um. Was sind das für sogenannte Nachrichtensendungen zum Beispiel von ZDF und ARD? Wie die *PAZ* sagt, werden da keine wirklichen, das eigene Volk berührenden Probleme in wesentlichen Einzelheiten dargestellt. Hauptsächlich schlimme Unfalle allüberall auf der Welt werden da in langatmigen Bilddarstellungen ausgebreitet. Und Hungersnöte anderer Völker. Womit, unausgesprochen, dem unbedarften TV-Zuschauer, aber leider auch den Lesern der meisten der führenden Zeitungen und Illustrierten, vermittelt wird: Euch hier in Deutschland geht es doch „sooo" gut!

Wer will weswegen wohl mit welcher Absicht genau dieses Empfinden der Mehrheit der Deutschen erzeugen? Pressefreiheit? Weswegen werden schlimme Gegebenheiten bei uns mit nur Dreizeilern bestenfalls in der „Bild" dargeboten?

Auf der Grundlage meiner jahrelangen Berufserfahrung möchte ich einen Hinweis darauf geben, was nicht in Veröffentlichungen gelangt. Da gibt es zum Beispiel sehr Schlimmes bei realistischer Bewertung der Kriminalität in Deutschland. Wenn das deutsche Fernsehen – statt „Schreckenswarnungen" über irgendwo ausgerissene degenerierte Zirkus-Tiger – Nachrichten über die wirklichen Gefahren alltäglicher Bedrohungen der Bevölkerung bringen würde, wäre eine wirkliche Einstellung der Bevölkerung zu den Realitäten unseres Lebens gegeben. Zugängliche Information für alle Chefredakteure aller Zeitungen und Fernsehanstalten sind zum Beispiel die Tagesberichte des Bundeskriminalamtes. Warum wohl werden daraus nicht die Warnhinweise auf die menschlichen „Tiger", die da draußen ständig herumlaufen, gebracht? Wohl weil dann das Wohlgefühl der „Wähler" bei einer der in Vielzahl anstehenden Wahlen dieser derzeitigen „Demokratie" gestört würde. Erstaunlich nur, dass fast alle Akteure der sogenannten „Pressefreiheit" mitspielen. Eigentlich gibt es doch keine Weisungsmacht à la „Reichs-Propaganda-Ministerium" mehr. Oder?

Manfred Laufer, Meppen

Wichtigste Entscheidung seit dem Ende des Krieges

Zu: „„Nein zum ESM"" (Nr. 21), zum Leserbrief: „ESM bedeutet Diktatur" (Nr. 22) sowie zu: „Schulden ohne Schranken" (Nr. 23)

Was mit dem ESM auf uns alle zukommen würde, hat der Leserbrief vollkommen richtig und verständlich beschrieben. „Der Euro wird kommen, aber er wird keinerlei Bestand haben!", prognostizierte der damalige Chef der US-Notenbank, Alan Greenspan, vor 13 Jahren.

In der Tat war der Euro von Anfang an eine Missgeburt, beschlossen von einigen dem Eurowahn verfallenen Politikern. Eine gemeinsame Währung für Nord- und Südstaaten einzuführen, deren Volkswirtschaften sich um Lichtjahre voneinander unterscheiden, grenzt schon an Dummheit oder Wahnsinn. Seit mehr als zwei Jahren wird uns jeden Tag das Griechenland-Drama vor Augen geführt. Wir müssen aufpassen, dass es nicht zur Europa-Tragödie ausartet.

Vor einiger Zeit wurde das Bild „Der Schrei" von Edvard Munch versteigert. Aber wo bleibt der Auf-Schrei in der Bevölkerung? Wie können Politiker sehenden Auges ihr eigenes Land in den finanziellen Ruin treiben und auf Generationen hinaus verschulden? Und dies unter Missachtung von Grundgesetz und gültigen EU-Gesetzen („No-bail-out"-Klausel)? Und das Bundesverfassungsgericht sieht diesem gesetzwidrigen Treiben auch noch tatenlos zu!

Jeder Bundestagsabgeordnete sollte sich vor der Abstimmung im Bundestag eine Kopie von „Der Schrei" vor Augen halten und sein eigenes Gewissen prüfen. Denn alle diejenigen, die beim EMS mit „ja" abstimmen, laden eine untilgbare Schuld auf sich. Ja, sie verspielen die Existenz Deutschlands als Nationalstaat. Aber sie werden sich eines Tages vor dem allerhöchsten Richter für ihr Fehlverhalten verantworten müssen.

Deutschland befindet sich kurz vor der vielleicht wichtigsten Entscheidung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, denn die Zukunft unseres Landes steht auf dem Spiel. Der Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble sollte eigentlich bewusst sein, dass eine Zustimmung zum ESM Deutschland nur ins Verderben führen kann.

Gott schütze unser Vaterland!

Uwe Motzkuhn, Bad Bodenteich

Das Gegenteil ist richtig

Zu: „Ankara droht Zypern und EU" (Nr. 21)

In dem Artikel äußern Sie sich zu der Republik Zypern und ihr Verhältnis zur Türkei. Danach hintertreibe die Türkei jeden Kompromiss zu einer Wiedervereinigung der geteilten Insel. Außerdem boykottiere sie den griechischen Inselteil.

Das Gegenteil ist richtig. Vor einigen Jahren gab es einen Kompromissvorschlag von neutraler Seite, der zur Abstimmung gestellt wurde. Bei dieser Volksabstimmung akzeptierten die türkischen Zyprioten den Plan, die griechischen lehnten ihn ab! Auch der angesprochene Boykott verläuft genau gegenteilig: Es gibt keinen Direktflug von zum Beispiel Deutschland zum Nordteil, immer hat man eine Zwischenlandung in Kauf zu nehmen, sei es in Istanbul, sei es in Antalya. Dafür sorgt der Südteil.

Die Besetzung Nordzyperns im vorigen Jahrhundert durch türkische Truppen war rechtens. Griechenland unter dem Obristenregime war dabei, ganz Zypern zu besetzen und anzugliedern. Auch die furchtbaren Partisanengräuel gingen von Griechen aus. Das Eingreifen der Türkei, Signatarmacht wie Großbritannien, erfolgte zwangsläufig. Man muss kein Freund der Türkei sein, aber ein Rest an historischer Wahrheit ist angebracht. Auch wenn das Abendland dem alten Griechenland Dank schuldet – nur das liegt Jahrtausende zurück und hat nichts, aber auch gar nichts mit der heutigen Wirklichkeit zu tun.

Erwin Zimmermann, Nettetal

Das deutsche Gold gibt es nicht mehr

Zu: „Zwölf Sterne" (Nr. 20) sowie zum Leserbrief: „Nicht im Ansatz souverän" (Nr. 22)

In einem der kürzlich erschienenen Leserbriefe in der *PAZ*, aber auch im redaktionellen Teil der jüngeren Zeit, wurde der Frage nachgegangen, wo das deutsche Gold sei.

Dazu folgende Bemerkung: Der Goldschatz der Bundesrepublik wurde, wie allgemein bekannt, in den frühen 60er Jahren fast vollständig ins Ausland (USA, England, Frankreich) transportiert. Die Verlagerung in die USA hatte Sinn, weil so dem möglichen Kriegsgegner (und bisherigen Verbündeten), nämlich der Sowjetunion, signalisiert wurde: Wir sind im Falle des Falles bereit und rechnen auch damit und deshalb verbringen wir das Wertvollste aus dem Flugzeugträger BRD in weniger betroffene Gebiete.

Weniger betroffen? In der weiteren Entwicklung der Atomraketenarsenale war das schon in den 70er Jahren kein Argument mehr.

Und das wertvollste? Das wertvollste wären die Menschen, Gebäude, Fabriken gewesen. Aber es war nicht praktikabel, diese zu verlagern und stattdessen das Gold dazulassen. Die Frage nun, wo das Gold heute ist, hat der Publizist Bruno Bandulet schon vor Jahren beantwortet: Es existiert nicht mehr.

Danach wurde das deutsche Gold, soweit im US-Besitz, auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges verpfändet und existiert deshalb schon lange nicht mehr. Einen Beweis hierfür kann es nicht geben, aber es gibt Indizien.

So wurde in den vergangenen Jahren, zum Beispiel von Finanzminister Theo Waigel (CSU), öffentlich die Frage gestellt, ob man nicht einen Teil des Goldes verkaufen könnte, um die Wiedervereinigung zu finanzieren. Er wurde sehr schnell zurückgepfiffen. Offenbar wusste der Kanzler Kohl da schon mehr. Und auch Kanzlerin Merkel scheint im Bilde zu sein, weil diese aufkommende Frage nach dem Gold innerhalb der Koalition schnell geräuschlos beendet wurde. Es gibt kein deutsches Gold mehr. Denn auch England und Frankreich schweigen beharrlich zu dem Thema.

Jürgen Kunz, Buchen

Ohne uns!

Zu: „Nur mit Mandat" (Nr. 21)

Deutschland sollte sich aus allen Kriegen heraushalten, soweit sie nicht der eigenen Verteidigung dienen. Hat man Deutschland nicht immer wieder Militarismus vorgeworfen? Wenn die Amerikaner gerne Kriege veranstalten wollen, dann sollen sie das gefälligst auf die eigene Kappe nehmen. Wie war das noch mit dem Überfall auf den Irak? Und den Behauptungen im Vorfeld?

Gustav Geste, Hannover

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 24 – 16. Juni 2012

MELDUNGEN

Jugend feierte 20. Geburtstag

Groß Döbern – Der Bund der Jugend der Deutschen Minderheit [BJDM], die Jugendorganisation der Deutschen Minderheit in der Republik Polen mit Sitz im oberschlesischen Oppeln, hat in Groß Döbern [Dobrzen Wielki] sein 20-jähriges Bestehen gefeiert. Auf der Sportplatzbühne rockten Musiker, traten Folkloregruppen auf und entstanden Kunstwerke aus Luftballons. Viel zu lachen hatten die Mitglieder und ihre Gäste bei Anekdoten aus dem BJDM-Leben. In einer Fotoausstellung konnten sich ehemalige und aktuelle Mitglieder wiederfinden sowie Vergleiche anstellen, welche Schwerpunkte die Arbeit damals aufwies und was die Jugendlichen heute bewegt. *PAZ*

Reisen mit LO-Preisträger

Allenstein/Marienburg – Christian Papendick, Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen und mit dem Aufbau des Kulturforums der Reemtsma Stiftung in dem neu errichteten Hanna Reemtsma Haus beauftragt, führt vom 27. Juli bis 5. August dieses Jahres eine Busreise in das südliche Ostpreußen durch. Vom Zentralen Omnibusbahnhof [ZOB] Hamburg geht es über Berlin nach Schneidemühl, wo einmal übernachtet wird. Nach einer Stadtbesichtigung Thorns geht es von dort zur Burgruine Schönberg, dann über Osterode nach Allenstein, wo die zweite Übernachtung stattfindet. Per Schiff geht es von Rudczanny-Nieden nach Nikolaiken. Per Bus geht es weiter nach Rhein, wo viermal im Burghotel übernachtet wird. Von dort werden Tagestouren ins nördliche Masuren unternommen. Auf dem Programm stehen die Besichtigung der Schlösser Dönhoffstedt und Steinort sowie weiterer Ordensburgen und -kirchen, eine Schiffsfahrt über die Seen Masurens, eine Fahrt in die Johannesburger Heide mit ihren alten masurischen Bauernhäusern, der Besuch der altgläubigen „Philloponen“ sowie Staken auf der Kruttinna. Über Allenstein geht es dann nach Elbing mit zwei Übernachtungen. Durch das Ermland geht es dann nach Frauenburg, Wormditt, der Burg Heilsberg und Guttstadt. Höhepunkt der Reise wird dann der Besuch der Marienburg einschließlich ausführlicher Führung sein. Die nächste Station ist Danzig, wo man sich zwei Stunden in der wiederaufgebauten Altstadt aufhalten wird. Durch die Kaschubei geht es nach Bütow, wo in der alten Ordensburg im Burghotel übernachtet wird. Am nächsten Tag geht es über Berlin zurück nach Hamburg. Papendicks letzte kulturhistorische Reise in dieser Saison führt vom 22. bis zum 20. August dieses Jahres nach Reval [Tallinn] mit Rundreise durch Estland. Nähere Informationen erteilt Christian Papendick, Kriemhildstraße 15D, 22559 Hamburg, Telefon (040) 81958-370, Fax (040) 81958-555. *PAZ*

Katharina die Große war auch dabei

Feier der Russlanddeutschen im Deutsch-Russischen Haus in Königsberg – Festival bis Ende des Monats

Russlanddeutsche sind im Königsberger Gebiet ein fester Bestandteil der Bevölkerung. Mit ihren über die Jahrhunderte und über die Unterdrückung während der Sowjetzeit geretteten Traditionen beleben sie das kulturelle Leben in der russischen Exklave. Im Deutsch-Russischen Haus feierten sie nun ein großes Fest.

Es ist schon zu einem nicht mehr wegzudenkenden Teil des kulturellen Lebens der Stadt geworden: das Festival der Russlanddeutschen, das von der Königsberger regionalen Organisation für deutsche Kultur und Russlanddeutsche „Eintracht“ gemeinsam mit der Gesellschaft „Regionale nationalkulturelle Autonomie der Deutschen im Königsberger Gebiet“ mit Unterstützung des Deutsch-Russischen Hauses veranstaltet wird. Es soll dazu beitragen, die Bräuche und Traditionen der Russlanddeutschen wiederzubeleben und zu erhalten. Es ermöglicht auch, die russischen Bewohner Königsbergs mit der deutschen Kultur vertraut zu machen. Wichtige Aufgabe sind dabei die Weitergabe des kulturellen Erbes von der älteren an die jüngere Generation wie auch die Entwicklung von kulturellen und partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Organisationen der Russlanddeutschen in der Region.

Eine Besonderheit des diesjährigen Festivals war, dass es dem vor 250 Jahren erlassenen Manifest Katharinas der Großen gewidmet war, aufgrund dessen die Vorfahren vieler Russlanddeutscher nach Russland kamen. Das Manifest trug den Titel „Über die Erlaubnis für Ausländer sich in Russland anzusiedeln und die freie Rückkehr für Russen, die ins Ausland geflüchtet sind“. 1763 erschien ein zweites Manifest „Über die Erlaubnis für alle Ausländer, nach Russland einzureisen, sich in verschiedenen Gouvernements ihrer Wahl anzusiedeln nach ihren Rechten und Vergünstigungen“. Die Herausgabe dieser Dokumente ermöglichte es, in kurzer Zeit eine beträchtliche Zahl von Kolonisten ins Zarenreich zu holen, vorwiegend aus deutschen Königreichen und Fürstentümern, dort vor allem aus Hessen und der Pfalz. Ein Großteil von ihnen wurde in der Wolgaregion angesiedelt.

Der Humor kam auch nicht zu kurz: Katharina II. verliest ihr Manifest, welches das diesjährige Festival zu einem besonderen macht

Die Leiterin der Agentur für Innenpolitik bei der Regierung des Königsberger Gebiets, Marina Pachaljuk, sagte bei der Eröffnung: „Das 20. Jahrhundert hat uns entzweit und gleichzeitig geeint, dadurch, dass wir auf diesem Stück Erde leben, diese Erde fühlen, in Häusern leben, die die Kultur Deutschlands darstellen, wir sprechen schon Deutsch, unsere Kinder sprechen Deutsch ... Unsere Kulturen sind schon so sehr vereint, dass es schwer ist, unsere Traditionen auseinanderzuhalten.“

Zarin lud vor 250 Jahren Siedler ein

Bei der Eröffnung des Festivals traten verschiedene Künstlerensembles auf. „Jantarnye zwety“ (Bernsteinblumen), ein talentiertes Choreografie-Ensemble des Deutsch-Russischen Hauses, zeigte sein Können wie auch die Gesangsgruppen „Königsberger Marzipan“ und „Mysli sluch“ (Gedankenlaute).

Das Festival dauert noch bis Ende dieses Monats. Die Künstler reisen zu Aufführungen in die Städte und Dörfer des Königsberger Gebiets. Die Zuschauer werden mit der Kultur der Russlanddeutschen bekannt gemacht und erfahren etwas über bedeutende Deutsche, die ihre Spuren in der russischen Kultur und Geschichte hinterlassen haben. Das Repertoire der Künstler umfasst nicht nur traditionelle deutsche Lieder, sondern auch moderne, die zurzeit in der Bundesrepublik Deutschland populär sind. *Jurij Tschernyschew*

Königsberg per Tram besichtigen

Museum Friedländer Tor und Städtische Verkehrsbetriebe haben eine Exkursions-Straßenbahn in Dienst gestellt

Gäste der Stadt Königsberg haben seit kurzem die Möglichkeit, eine Exkursions-Straßenbahn zu nutzen. Sie wird vorerst nur an Wochenenden eingesetzt. Ihre Premiere feierte sie während der diesjährigen Museumsnacht. Diesen Monat wurde sie dann in Dienst gestellt. Die Straßenbahn für Touristen ist ein gemeinsames Projekt des Museums Friedländer Tor und der Städtischen Verkehrsbetriebe.

In der Sommerzeit wird jeden Sonntag um 16 Uhr von der Haltestelle gegenüber dem Südbahnhof die Exkursionsbahn die Route Südbahnhof – Hotel Kaliningrad – Hansaplatz – Pl. Wassiljewskogo – Dom Byta – Künstlergalerie – ul. Oktjabrskaja – Unterhaberberg – Vorstädtische Langgasse – Südbahnhof fahren. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Museums haben diese originelle Exkursion durch das historische Stadtzentrum zusammengestellt. In deren Verlauf erfahren die Reisenden nicht nur etwas über die Vergangenheit und Gegenwart, sondern auch über die geplante Zukunft Königsbergs. Die Exkursionsleiter der etwa anderthalbstündigen Fahrt stehen auch für Fragen jeglicher Art zur Verfügung. Die Straßenbahn fährt langsam und an allen interessanten Stellen werden Stopps eingelegt.

Für die erste Fahrt im Juni wurden die Fahrkarten im Vorverkauf vertrieben. Fahrkarten gibt es an der Kasse des Museums Friedländer Tor zum Preis von 200 Rubel (rund 4,90 Euro). Die Jungfernfahrt war ein voller Erfolg. Alle 35 Sitzplätze waren besetzt, auch alle zusätzlichen Plätze im hinteren Teil waren belegt.

Es kursieren Scherze darüber, dass in Königsberg eigentlich alle Straßenbahnen „Exkursions-Charakter“ haben, weil die Straßenbahn als Verkehrsmittel immer mehr an Bedeutung verliert. In den vergangenen Jahren wurden viele Strecken stillgelegt. Ob die Exkursionsbahn den Verdrängungsprozess der Straßenbahn aufhalten kann, ist ungewiss. Zumindest interessieren sich viele Königsberger für diese Art der Stadtbesichtigung. *J.T.*

Abfahrt der Exkursionsbahn: Jeden Sommersonntag 16 Uhr gegenüber dem Südbahnhof Bild: Tschernyschew

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wenn ich ungeduldige Nachfrager immer bitte, nicht so schnell die Flinte ins Korn zu werfen, weil innerhalb von wenigen Tagen noch keine Antwort auf die veröffentlichte Frage vorliegt, dann hat das schon seine Berechtigung. Die jetzt eine Bestätigung erfährt, die selbst meine kühnsten Erwartungen übertrifft. Das Schreiben, das ich von Herrn **Martin Frauenheim** aus Hagen a. T. W. erhielt, beinhaltet ein ganzes Bündel Informationen zu einem Vorgang, der in den letzten Folgen des Jahrgangs 2003 behandelt wurde. Damals hatten wir in unserer Kolumne geschrieben, dass ein in unserer Kolumne veröffentlichtes Foto auf Spurensuche zu dem 1944 tödlich verunglückten Vater von Herrn **Klaus Neumann** führte. Herr Neumann, der seinen Vater **Fritz Scheffler** nie bewusst erlebt hat und von seiner Familie auf der Flucht getrennt wurde, so dass er allein aufwuchs, hatte schon lange nach Informationen über seinen Vater und dessen Fliegertod geforscht, aber nie etwas erfahren können. Erst der Besuch eines Treffens der Königsberger in Hamburg brachte ihn etwas weiter. Denn sein Vater hatte die Altstädtische Knaben-Mittelschule in Königsberg besucht, und dem Sohn fiel das Schulentlassungsfoto aus dem Jahre 1935 in die Hände, auf dem sein Vater abgebildet war. Da verschiedene Mitschüler ihre Namen auf der Rückseite vermerkt hatten, konnte Herr Neumann einen von ihnen aufspüren. Herr **Alfred Lowski** konnte sich allerdings nicht mehr an seinen Mitschüler erinnern, gab aber Klaus Neumann den Rat, über unsere Ostpreußische Familie mit dem Klassenfoto nach weiteren ehemaligen Mitschülern auf Suche zu gehen.

So weit, so gut. Ob und was sich dann ergab, lässt sich im Augenblick nicht nachvollziehen, spielt aber auch keine Rolle, denn es handelt sich nun um eine aktuelle Reaktion auf diese vor neun Jahren erschienene Suchfrage. Herr Martin Frauenheim, seit 40 Jahren aktiv in der Fliegerei Osnabrück tätig, beschäftigt sich schon seit Jahren mit Nachforschungen über verunglückte oder vermisste Flieger und konnte bereits viele Schicksale klären. So forschte er schon lange nach Angehörigen des am 3. Oktober 1944 im Osnabrücker Land verunglückten Unteroffiziers der deutschen Luftwaffe Friedrich Scheffler – leider vergeblich. Da suchten anscheinend jahrelang zwei Menschen, die sich um die Aufklärung eines Fliegerschicksals bemühten, aneinander vorbei. Erst das Internet scheint nun die Suchwege zu vereinen, denn dort fand Herr Frauenheim einen Ausdruck der oben erwähnten Folge der „Ostpreußischen Familie“ und bat mich nun um aktuelle Angaben über Klaus Neumann, weil er sich mit ihm in Verbindung setzen möchte. In einem langen Telefongespräch erklärte Herr Frauenheim, dass er überhaupt nichts von diesem Sohn gewusst habe. In dem „Nachweis über den Sterbefall eines Wehrmachtsangehörigen“, den Herr Frauenheim besitzt, sind keine Angehörigen des ostpreußischen Piloten außer einer – namentlich nicht genannten – Schwester vermerkt, deren Adresse mit „Königsberg/Ostpr. Hintertragheim 48“ angegeben ist. Es kann sein, dass Friedrich Scheffler, *4. Oktober 1918 in Zinten, während seiner Schulzeit in Königsberg dort gewohnt hat. Herr Frauenheim besitzt sehr genaue Unterlagen über den Tod des Unteroffiziers, der zusammen mit Oberleutnant **Polster** und Unteroffizier **Paul Baranski** über dem Teutoburger Wald abstürzte. Auf einer Luftaufnahme ist diese Stelle südlich von Aschen genau vermerkt. Friedrich Scheffler wurde auf dem evangelischen Ehrenfriedhof von Quakenbrück, Kreis Bersenbrück zur letzten Ruhe gebettet, die Grabstelle wirkt sehr gepflegt. Diese und weitere Dokumente möchte Herr Frauenheim dem Sohn übermitteln und bittet deshalb Herrn Klaus Neumann, sich bei ihm zu melden. Es dürften sich gute Gespräche im Gedenken an den Gefallenen ergeben mit Klärung über manche bisher ungelöste Fragen – auch nach so langer Zeit! (Martin Frauenheim, Zum Jägerberg 19 in 49170 Hagen a. T. W., Telefon 05401/90923.)

Godrienen: Schule und Gasthaus unter einem Dach Bild: privat

Sicher wären die Fotos, die da wie vom Winde verweht mitten auf einer Straßenkreuzung lagen, in einem Wagen der Müllabfuhr gelandet, wenn sie nicht einigen Passanten aufgefallen wären. Ein Ehepaar rettete die Aufnahmen, mit denen es aber bei näherer Betrachtung nichts anzufangen wusste. Es handelte sich um sehr alte Fotos, die zum Glück beschriftet waren. So konnten die Finder feststellen, dass es sich um Aufnahmen aus Godrienen in Ostpreußen handelt, denn eine Dorfansicht – auf der man allerdings das Dorf vor lauter Bäumen kaum sieht – trägt den handschriftlichen Vermerk: „Hier in Godrienen/Ostpreußen in der Nähe von Königsberg wurde ich geboren.“ Ein anderes Foto bietet schon mehr Informationen: Es zeigt ein lang gestrecktes Gebäude, in dem sich links das Gasthaus Godrienen und rechts die Schule befinden, wie die Unterschrift besagt: „Hier wurde ich eingeschult.“ Auf einer weiteren Abbildung ist ebenfalls das Gasthaus mit der Unterschrift: „Restauration, Inh. Joh. Skaliks“ zu sehen. Es sind alte Postkarten, denn sie tragen den – damals üblichen – Aufdruck „Gruss aus Godrienen“. Es mag einem heute eigenartig vorkommen, dass sich Schule und Gasthaus unter einem Dach befanden, aber es handelte sich um ein für die damalige Zeit ansehnliches Gebäude, und die Schule besaß sogar eine Veranda. Was heißt damalig? Die Aufnahmen müssen im frühen 20. Jahrhundert entstanden sein, wenn man die Fahrräder und die Kleidung der Abgebildeten betrachtet. Aber das werden alte Godriener besser wissen, denn für sie sind die Aufnahmen bestimmt, die Frau **Karin Gogolka** mir übersandte. Das Ehepaar hatte den Fund zu ihr, der einzigen Ostpreußin in dem rheinländischen Heinsberg, gebracht, und die Memelerin, der das samländische Kirchdorf unbekannt war, sah die einzige Möglichkeit, diese Aufnahmen in die richtigen Hände zu geben, in einer Veröffentlichung auf unserer Familienseite in der *PAZ*. Der Name Godrienen ist in unserer Kolumne schon öfters aufgetaucht. Der knapp 800 Einwohner zählende Ort lag nur 7,5 Kilometer von Königsberg entfernt an der Nordostspitze des Frischen Haffes. Wie und warum die Aufnahmen auf der Straßenkreuzung in Heinsberg gelandet sind, wird sich wohl nicht mehr klären lassen. Sie dürften aus einer Haushaltsauflösung stammen und könnten beim Abtransport verloren gegangen sein. Wir danken Frau Gogolka für ihre Bemühungen und würden uns mit ihr freuen, wenn die „so schönen Bilder“ den richtigen Platz bekämen. (Karin Gogolka, Rurstraße 14 in 52525 Heinsberg, Telefon 02452/62492.)

Ja, es lohnt sich schon, wie unsere treuen Leserinnen und Leser immer wieder schreiben, in jeder Woche auf die *PAZ/Das Ostpreußenblatt* mit Spannung zu warten. So ergeht es der 84-jährigen Tante von Frau **Bärbel Winkeler**, die regelmäßig unsere „Ostpreußische Familie“ liest und in Folge 15 den Bericht über das sowjetische Internierungslager Brakupönen fand, über das Frau **Gertrud Bischof** in Zusammenarbeit mit Herrn **Alfred Schiedat**, Hamburg, eine Broschüre herausgegeben hat. In diesem Lager des Grauens war auch die Tante gewesen, zusammen mit ihrer Mutter und den Geschwistern, von denen die jüngste Schwester dort verstarb. Verständlich, dass sie auch dieses Heftchen besitzen wollte. Da schon mehrere Fragen nach der Broschüre gestellt wurden, hat Herr Schiedat einige Kopien anfertigen lassen und uns diese zur Verfügung gestellt. So können wir also die Bitte von Frau Winkeler erfüllen, vielleicht findet ihre Tante ja auch in dem Heftchen ihren Namen.

Fundgrube sind auch die gesammelten Jahrgänge unserer Zeitung vor allem für neue Leser. Und da hat unser treuer – und nach eigenen Angaben begeisterter – Leser **Günter Voss** aus Rottweil auch einen beachtlichen Stapel anzubieten. Herr Voss hat seit Juli 1993 unsere Zeitung gesammelt und besitzt die dann folgenden Jahrgänge bis 2011 komplett und gut erhalten. Aus Altersgründen möchte er diese an interessierte Leser verschenken. Natürlich könnte die Transportfrage Schwierigkeiten bereiten, an der ähnliche Angebote manchmal scheiterten. Aber es gibt ja ein Telefon, und so ließe sich die Frage schnell klären. Wir reichen Ihr Angebot gerne weiter, lieber Herr Voss, und hoffen, dass sich bald ein Empfänger findet. (Günter Voss, Nachtweide 4 in 78628 Rottweil, Telefon 0741/21501.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Wenn ich immer bitte, nicht nur auf dem Umschlag, sondern auch auf dem Briefbogen die volle Anschrift anzugeben, hat das schon seine Berechtigung. Ich habe da einen Brief bekommen, der keine Ortsangabe enthält, dazu ist die Unterschrift des Absenders unleserlich, der Name könnte vielleicht „**D. Schulz**“ lauten. Der Umschlag hat sich leider selbstständig gemacht, wäre auch – schon wegen der fehlenden Ortsangabe in dem Brief – nicht einzuordnen. Da es sich um einen langjährigen, sehr aufgeschlossenen Leser handelt, wird er auch diese Zeilen lesen. Er interessiert sich für spezielle Literatur über Eckertsdorf, Kreis Mohrungen und kennt nur die hervorragende Chronik von **Franz Teichert**, die 1987 geschrieben wurde. Für einen Hinweis wäre er dankbar. Ich auch, wenn ich die volle Anschrift hätte.

Bei der Fülle von Meldungen, Fragen, Antworten, Hinweisen, Nachfragen, aber auch durch schwer lesbare Handschriften kommt es schon mal vor, dass sich Fehler einschleichen. So hatte ich in Folge 20 das kleine Figürchen an einem Haus im westlichen Teil von Königsberg, das Herr **Jörn Pekrul** aus Frankfurt auf seinen „Königsberger Wanderungen“ so liebevoll aufgenommen hat, nach Amalienau versetzt. Das Haus an der Stägemannstraße 41 befindet sich aber im Stadtteil Mittelhufen. Zwar liegt das westliche Ende der Stägemannstraße kurz vorm Hammerweg an der großen Kreuzung, an der das südlich gelegene Amalienau beginnt, aber eine Königsbergerin von den Mittelhufen erhob sofort und vehement Einspruch: „Ein Übersichtsblick der *PAZ*-Redaktion in den Königsberger Stadtplan 1931 weist eindeutig aus, dass die Stägemannstraße im Stadtteil Mittelhufen liegt.“ Und fügte die Frage hinzu, ob sie die Einzige sei, der dieser Widerspruch ins Auge fiel? Sie blieb die Einzige, selbst geborene Amalienauer haben sich nicht empört. Es kamen bisher nur positive Zuschriften, in denen die Freude zum Ausdruck kam, dass ein junger Nicht-Königsberger ohne russische Sprachkenntnisse und nur anhand eines alten Stadtplanes so engagiert den alten deutschen Spuren nachgegangen ist und diese in sehr schönen Aufnahmen dokumentiert hat. Ein Leser erkundigte sich sofort nach dem erwähnten Foto vom Landwirtschaftlichen Institut, das er gerne besitzen möchte, weil sein Vater der letzte Direktor des Instituts für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung in der Tragheimer Kirchenstraße gewesen war. Und eine Königsbergerin möchte mit Herrn Pekrul in Verbindung treten, weil sie viele Fragen zu seinen Wanderungen hat.

So, das wäre vom Tisch, auf dem aber noch ein anderes Päckchen liegt. Das betrifft die Folge 22, in der leider zwei durch Übertragungsfehler entstandene Angaben korrigiert werden müssen. So lautet die Anschrift von Frau **Edelgard Hesse**, die Informationen über Lyck und Riesenburg sucht: Weinbergstraße 38 in 19089 Crivitz, Telefon 03863/222577. In der Anschrift des Schriftstellers **Michael Paul** aus Freiburg, der für seinen neuen Roman Zeitzeugen aus unserem Leserkreis sucht, lautet die Nummer des Mobiltelefons 0171/2095378, die Festnetznummer lautet (0761) 2025484.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Das Kreuz im Acker

Ein rätselhafter Fund aus Petrikatschen

Als wir auf die Flucht gingen, konnte nur das Nötigste mitgenommen werden. Wer es noch zeitlich ermöglichen konnte, vergrub wenigstens einige Gegenstände, die eine gewisse Lagerzeit im Boden überdauern könnten. Niemand dachte damals, dass viele von ihnen nie mehr gefunden würden. Auch diejenigen, die nach mehr als einem halben Jahrhundert in die Heimat reisen konnten und auf ihrem alten Grund und Boden standen, fanden nur selten die Stellen wieder. Entweder waren schon andere fündig geworden oder die Merkzeichen wie Bäume, Zäune, Mauern waren verschwunden, man fand sich einfach auf dem zerstörten Grund und Boden nicht mehr zurecht. Vieles wird für ewig verschwunden bleiben. Aber ab und zu gibt die Erde doch etwas preis, und bei dem Fund aus dem Königsberger Gebiet, von dem wir heute berichten, dürfte es sich um ein sehr wertvolles Relikt aus alter Zeit handeln. Bisher hat es nur Rätsel aufgegeben. Vielleicht kann unsere Ostpreußische Familie sie teilweise oder sogar ganz lösen.

Es handelt sich um ein Bronzekreuz, das in dem östlich von Ebenrode/Stallupönen gelegenen Dorf Schützenort/Petrikatschen liegt. Dort stieß eine russische Frau beim Umgraben von Gemüsebeeten auf einen metallenen Gegenstand, der sich nach dem Säubern als ein Bronzekreuz von der Größe einer kräftigen Männerhand erwies. Frau **Oxana Kharlamova** erkannte sofort, dass es sich um einen besonderen Fund handeln musste. Sie hatte in ihrem Garten in Insterburg, wo sie unweit vom Schloss wohnte, schon früher in den dortigen Gemüsegärten viele Dinge ausgegraben, die aus der Vorkriegszeit stammten: Geschirr, Schmuck, eine Schatulle. Aber dieses Kreuz stammte aus keinem Bürgerhaushalt, sie ordnete es eher einer religiösen Vereinigung zu. Vielleicht stammte es aus einem Kirchenschatz oder war im Besitz einer frommen Familie gewesen. Sie hätte gerne gewusst, welche Bedeutung dieses Kreuzes für wen gehabt hatte.

Frau Oxana ließ von dem wunderbar erhaltenen Kreuz Aufnahmen machen und sandte diese an Herrn **Hans Dieter Minge** in Berlin. Auch er fand die Form sehr ungewöhnlich, beschloss, unsere Ostpreußische Familie zu befragen, und übergab uns zwei Fotos

Kostbarer Fund: Kreuz aus dem Gemüsebeet Bild: privat

von dem Fund. Die Vorderseite des 30 Zentimeter hohen Kreuzes zeigt den Heiland mit der Dornenkrone – nicht an einem Kreuz, sondern an einem Weinstock hängend. Neben seinem rechten Fuß steht ein eigenartiges Gefäß – galt es zum Auffangen des Blutes oder soll es ein Taufbecken symbolisieren? Die Rückseite füllt das Vaterunser aus. Im Mittelpunkt des Kreuzes befindet sich ein leeres Viereck. Ob es einmal mit einer Inschrift oder mit einem Bild versehen war, ist nicht feststellbar, aber nicht unwahrscheinlich. Vielleicht könnte das Vaterunser einige Hinweise geben, denn es zeigt zwei Besonderheiten. Für mich, die ich in der Altroßgärter Kirche in Königsberg getauft und konfirmiert wurde, beginnt es mit „Vater unser, der du bist im Himmel“ – auf dem Kreuz heißt es „Vater unser im Himmel“. Ich bete auch „... sondern erlöse uns von dem Übel“ und nicht „von dem Bösen“, wie in der Kreuzesinschrift zu lesen. Dies sind nur einige Hinweise, weitere will und kann ich nicht geben, da sie zu Irrtümern führen könnten.

Man muss auch die Fundstelle berücksichtigen, die in Petrikatschen liegt. Ich verwende hier bewusst den bis 1938 gültigen Namen des zwischen Stallupönen und Eydtkuhnen gelegenen Ortes – ehe er in „Schützenort“ umgetauft wurde –, weil das Kreuz ja aus der früheren Zeit stammen muss. Er bestand aus einem Gut mit Ziegelei und mehreren Bauernhöfen, die Einwohnerzahl betrug knapp 150. Petrikatschen gehörte zu dem Ansiedlungsgebiet der 1730 wegen ihres lutherischen Glaubens vertriebenen Salzburger, aber es gab auch Nachkommen der noch vor den Salzburgern eingewanderten reformierten Hessen, der altangesiedelten Litauer und der prussischen Urbevölkerung. Stammte das Kreuz aus einer Kirche – Petrikatschen gehörte zum Kirchspiel Stallupönen – oder aus dem Kreis einer anderen religiösen Gruppe? Es kann aber auch sein, dass der Fundort nicht mit der Herkunft des Kreuzes identisch ist. Vielleicht haben Flüchtlinge es mitgenommen und es dann hier verloren oder versteckt, vielleicht wurde es von russischen Okkupanten als Beutegut mitgeschleppt – es gibt viele Fragezeichen. Herr Minge hofft, mit diesem ungewöhnlichen Fund das Interesse unserer Leser zu erwecken, und das wird ihm mit Sicherheit gelingen. Mich selber hat dieser Fund sehr berührt. Denn meine Mutter stammte aus dem nahen Schöckstupönen, und dort hatte man 1935 einen Ring aus der Bronzezeit im Acker gefunden. Und unser Familienfriedhof lag mitten in den Feldern bei Petrikatschen! (Hans Dieter Minge, Michiganseestraße 1 in 10319 Berlin, Telefon 030/5111222.) *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Gerhardt, Paul, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 18. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Blaudschun, Erich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. Juni
Reimer, Ursula, geb. **Zerrath**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Steffen, Dr. Wilhelm, aus Lyck, am 19. Juni
Wiechmann, Margarete, geb. **Jordan**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 23. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bordzio, Charlotte, geb. **Klein**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 19. Juni
Schulz, Martha, geb. **Rafalzik**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 21. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Engelke, Hildegard, geb. **Sulies**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederungen, am 20. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bromberg, Ruth, aus Neidenburg, am 19. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fidorra, Fritz, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni
Lüdtke, Ida, geb. **Stralla**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 19. Juni
Schmidtmann, Heinz, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni
Wenning, Betty, geb. **Mitzkat**, aus Georgenheide, Kreis Elchniederung, am 24. Juni
Willutzki, Hildegard, geb. **Loth**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 18. Juni
Wysk, Heinrich, aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hinden, Harry A. aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. Juni
Schlick, Herta, geb. **Urban**, aus Lyck, Dallnitz/Wasserwerk, am 19. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Besener, Johanna, geb. **Babarski**, aus Borschimmen, Kreis Lyck
Eder, Erna, geb. **Scheidemann**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Nagel, Gerda, geb. **Zink**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juni
Neumann, Dorothea, geb. **Westphal**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Niemzik, Ewald, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 24. Juni
Radtke, Erika, aus Preußisch Eylau, am 22. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Abendroth, Johanna, geb. **Kellner**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Hagemüller, Hedwig, geb. **Komp**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 20. Juni
Hasenpusch, Hildegard, geb. **Freitag**, aus Groß Hoppenbruch (Rensegut), Kreis Heiligenbeil, am12. Juni
Kutrieb, Paul, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, am 19. Juni
Naumann, Elfriede, geb. **Stanzick**, aus Adelau, Kreis Elchniederung, am 20. Juni
Pliquett, Elfriede, geb. **Brandies**, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, am 19. Juni
Possnien, Erna, geb. **Margenburg**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juni
Rosinsky, Erna, geb. **Lange**, aus Kreuzspahn, Kreis Preußisch Eylau, am 5. Juni
Weigel, Karl, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni
Wenger, Lotte, geb. **Hecht**, aus Wehlau, Große Vorstadt, Kreis Wehlau, am 20 Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Aron, Helmut, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Bräuning, Ella, geb. **Hindersin**, aus Treuburg, Kreis Treuburg, am 22. Juni
Brennert, Johanna, geb. **Kalweit**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Christochowitz, Kurt aus Lötzen, am 22. Juni
Fischer, Ursel, geb. **Schilla**, aus Neidenburg, am 21. Juni
Glaser, Egon, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 23. Juni
Glaner, Lotte, geb. **Lippik**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 20. Juni
Gosch, Else, geb. **Bombien**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 20. Juni
Henseleit, Irmgard, geb. **Osten**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Jobs, Gertrud, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Juni
Kaminski, Hildegard, geb. **Dudda**, aus Lyck, am 18. Juni
Kories, Emma, geb. **Weber**, aus Grieben, Kreis Schloßberg, am 20. Juni
Krüger, Änni, geb. **Panzer**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 24. Juni
Maier, Walter, aus Sanditten, Götzendorf, Kreis Wehlau, am 23. Juni
Maslo, Hedwig, geb. **Masurek**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 22. Juni

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden.

Ihre *PAZ*

Mennong, Herta, geb. **Juckel**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Juni
Müller-Bancken, Gisela, geb. **Sturies**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 24. Juni
Rogalla, Johanna, geb. **Sobottka**, aus Binien, Kreis Lyck, am 23. Juni
Rupsch, Herta, geb. **Grigull**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni
Schlöffel, Friedel, geb. **Jakstatt**, aus Parwen, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Schulz, Erika, geb. **Wawrzyn**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, am 18. Juni
Willumeit, Franz, aus Treuburg, Kreis Treuburg, am 21. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrink, Betti, geb. **Türling**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. Juni
Bergenrot, Heinz, aus Krebsflies, Kreis Ebenrode, am 24. Juni
Durnio, Willi, aus Bartzdorf, Lötzen, Kreis Neidenburg, am 18. Juni
Fallbach, Anni, geb. **Grudzinski**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni
Galka, Wally, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 19. Juni
Hayn, Waltraud, geb. **Gurrack**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 8. Juni
Kluth, Herbert, aus Monken, Kreis Lyck, am 19. Juni
March, Annemarie, geb. **Bessel**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Mathiak, Heinz, aus Schwarzenofen, Kreis Neidenburg, am 22. Juni
Morell, Eva, geb. **Kuhr**, aus Bakkeln, Kreis Samland, am 20. Juni
Neumann, Agnes, aus Arys, am 22. Juni
Paul, Liselotte, aus Königsberg, General Litzmannstraße 22, am 23. Juni
Peters, Elsbeth, geb. **Pietrzenuk**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 18. Juni
Samoray, Ilse, geb. **Lemke**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Juni
Sand, Evamarie, geb. **Kirstein**, aus Ortelsburg, am 21. Juni
Schreiber, Emmi, aus Arys, am 22. Juni
Schulz, Gerda, geb. **Rutha**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 24. Juni
Stender-Elsen, Herta, geb. **Czieslick**, aus Lyck, Danziger Straße 44, am 21. Juni
Stolzke, Frieda, geb. **Dannowski**, aus Deutsch Thierau Abbau, Kreis Heiligenbeil, am 19. Juni
Zbykowski, Walter, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 21. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bauer, Magaretha, geb. **Sabrowski**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. Juni
Freyer, Erich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 19. Juni
General, Erhard, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Görke, Elfriede, geb. **Loenser**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 23. Juni
Gortat, Erich, aus Neidenburg, am 18. Juni
Habedank, Walter, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 24. Juni
Hakelberg, Hans, aus Ebenrode, am 20. Juni
Hecht, Hedwig, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 18. Juni
Herrmann, Hans Horst, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 23. Juni
Kath, Hildegard, geb. **Sadowski**, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 20. Juni
Köhler, Karin, geb. **Hoene**, aus Kommusin, Forst, Kreis Neidenburg, am 20. Juni
Krebs, Christel, geb. **Plomann**, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 19. Juni
Kuczewski, Edith, geb. **Bork**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 20. Juni
Kunz, Käthe, geb. **Stankewitz**, aus Millau, Kreis Lyck, am 20. Juni
Madsen, Elli, aus Ebenrode, am 23. Juni
Padubrien, Herbert, aus Inse, Kreis Elchniederung, 24. Juni
Press, Werner, aus Waldfließ, Kreis Lötzen, am 24. Juni
Rosumek, Rosa, aus Lötzen, am 20. Juni
Salewski, Kurt, aus Ortelsburg, am 21. Juni
Schneider, Edith, geb. **Bogdan**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. Juni
Schneider, Ingeburg, geb. **Bendrick**, aus Lötzen, am 19. Juni
Struck, Charlotte, geb. **Meyhöfer**, aus Romeiken, Kreis Ebenrode, am 19. Juni
Siegl, Helga, geb. **Petelkau**, aus Rauden, Kreis Osterode, am 14. Juni
Thews, Gerhard, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 18. Juni
Tolksdorf, Ehrentrau, aus Königsberg, am 23. Juni
Trott, Alfred, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 23. Juni

Trutschewitz, Hildegard, geb. **Herrmann**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 20. Juni
Uhlenwinkel, Liesbeth, geb. **Huff**, aus Kummeln, Kreis Ebenrode, am 21. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bartsch, Gustav, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Bendszus, Helga, geb. **Poweleit**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 23. Juni
Boehm, Renate, geb. **Kuhr**, aus Lindendorf, Rosengarten Forsthaus, Kreis Wehlau, 18. Juni
Böhnke, Bernhard, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 23. Juni
Buchholz, Johanna, geb. **Schrekkling**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 24. Juni
Diegner, Barbara, geb. **Stöltzing**, aus Garbseiden, Kreis Samland, am 19. Juni
Eckert, Botho, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, am 18. Juni
Gebauer, Waltraud, geb. **Geschonneck**, aus Wickiau, Kreis Samland, am 23. Juni
Guischard, Ludwig-August, aus Hallenfelde/Steinbrück, Kreis Goldap, am 20. Juni
Hacker, Elli geb. **Gregor**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. Juni
Hardt, Harry, aus Tapiau, Danziger Straße, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Hübner, Eleonore, geb. **Klempert**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni
Jahnert, Walter, aus Monken, Kreis Lyck, am 22. Juni
Kland, Helga, geb. **Gutzmann**, aus Wehlau, Oppener Straße, Kreis Wehlau, am 20. Juni
Liedtke, Harald, aus Wehlau, Deutsche Straße, Kreis Wehlau, am 19. Juni

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE DER LO

16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont
9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 16. Juni, 10.15 Uhr, 3sat: Franz Schubert. Ein Leben in Wien.
Sonnabend, 16. Juni, 14.50 Uhr, RBB: Warschauer EM-Notizen. Auslandsmagazin.
Sonnabend, 16. Juni, 18 Uhr, 3sat: Englands schönste Gärten. Dokumentation.
Sonnabend, 16. Juni, 18.45 Uhr, ZDF-Info: Jurij Gagarin. Die letzten Tage einer Legende.
Sonnabend, 16. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Tod in der Ostsee. Der Untergang der „Steuben“.
Sonntag, 17. Juni, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 17. Juni, 14 Uhr, 3sat: An der Nordseeküste. Helgoland.
Sonntag, 17. Juni, 19.10 Uhr, 3sat: Geheimnisvolle Orte. Am Wannsee.
Sonntag, 17. Juni, 21.40 Uhr, WDR: Willy Millowitsch. Seine besten Rollen.
Montag, 18. Juni, 13.15 Uhr, 3sat: Von Kirchen und Fjorden.
Montag, 18. Juni, 17.45 Uhr, ZDF-Info: Ukraine. Die EM und der Sextourismus.
Montag, 18. Juni, 18.30 Uhr, Phoenix: Die USA in einem Zug. Dokumentation.
Montag, 18. Juni, 20.15 Uhr, NDR: Ein Abend für Peter Frankenfeld.
Dienstag, 19. Juni, 20.15 Uhr, RBB: Geschichten aus Potsdam.
Dienstag, 19. Juni, 20.15 Uhr, Arte: 1939/40. Ein Feldzug nach Frankreich.
Dienstag, 19. Juni, 20.15 Uhr, Das Vierte: Der Teufel spielte Balalaika. Sibirisches Kriegsdrama mit dem jungen Götz George.
Dienstag, 19. Juni, 21.50 Uhr, ZDF-Kultur: 88 – Pilgern auf japanisch. Reisedokumentation.
Dienstag, 19. Juni, 22.55 Uhr, Arte: Mit offenen Karten. Islands Weg aus der Schuldenkrise.
Mittwoch, 20. Juni, 21.10 Uhr, 3sat: Frauen und Kinder von Priestern. Dokumentation.
Mittwoch, 20. Juni, 21.45 Uhr, Arte: Angst essen Seele auf. Drama von Rainer Werner Fassbinder.
Mittwoch, 20. Juni, 21 Uhr, Phoenix: Bild. Macht. Politik. Der Einfluss der „Bild“-Zeitung auf Politik und Gesellschaft.
Donnerstag, 21. Juni, 18.15 Uhr, NDR: „Typisch!“: Der letzte Milchbauer von Sylt.
Donnerstag, 21. Juni, 20.15 Uhr, 3sat: Rätselhafte Mimik – der menschliche Lügendetektor.
Donnerstag, 21. Juni, 22.30 Uhr, WDR: Gestohlene Kindheit. Die Entführung eines Neunjährigen.
Freitag, 22. Juni, 22.05 Uhr, Arte: Reise durch die Mittsommernacht. Direktübertragung aus der Eisenbahn.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Mahn, Elly, geb. **Kiaulehn**, aus Brüsterort, Kreis Samland, am 20. Juni

Odenbach, Gerhard, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 19. Juni

Piotrowski, Herbert, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 23. Juni

Rummel, Hans, aus Eisermühl, Kreis Lötzen, und aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. Juni

Schlicht, Kurt, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 21. Juni

Schlotthauber, Marianne, aus Lyck, Morgenstraße 4, am 21. Juni

Schulz, Gerhard, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 21. Juni

Sokolowski, Heinz, aus Lyck, am 20. Juni

Taday, Wilhelm aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 18. Juni

Wolters, Ruth, geb. **Droese**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 21. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bleyer, Hans, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 19. Juni

Boinski, Therese, geb. **Kretschmann**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni

Dahmen, Elly, geb. **Neufeld**, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni

Drensek, Irmgard, geb. **Domsalla**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni

Ewert, Annelore, geb. **Haltenhoff**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 20. Juni

Gronies, Willi, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni

Heinrich, Irmgard, geb. **Koslowski**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 24. Juni

Krauskopf, Kurt, aus Groß Hoppenburg, Kreis Heiligenbeil, am 10. Juni

Ollech, Horst, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni

Oltersdorf, Gitte, geb. **Schmidt**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juni

Pachaly, Helga, aus Guttstadt, Hermann-Göring-Straße 26, am 24. Juni

Syska, Gerhard, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 20. Juni

Schneege, Frank, aus Tykrehnen, Kreis Samland, am 24. Juni

Unruh, Manfred, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, am 8. Juni

Zander, Sabine, geb. **Lutz**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 22. Juni

60 Diamantene Hochzeit

Sommer, Fritz, aus Freudenthal, und Frau Margarete, geb. **Hertel**, am 21. Juni

50 Goldene Hochzeit

Kunert, Alfred und Frau Annemarie, geb. **Rogalski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni

Unruh, Fritz aus Bismarkstraße 61 und Draußenhof, Kreis Preußisch Holland und Frau Berna, geb. **Plöger**, aus Gabelenz, Kreis Sorau, Niederschlesien, am 16. Juni

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Vom 27. Juli bis 6. August fährt die Kreisgruppe Buchen nach Königsberg mit Insterburg, Trakehnen, Kurische Nehrung, Masuren, Westpreußen und östliches Hinterpommern. Die Reisenden erwartet ein sehr vielfältiges, individuell gestaltetes Programm. Es sind noch vier Plätze frei. Interessenten mögen bitte die Vorsitzende Rosemarie S. Winkler in Buchen unter Telefon (06281) 8137 anrufen, die näher darüber informieren wird.

Göppingen – Der Nachmittag im „Glashaus“ in Salach begann mit Kaffeetrinken und gemütlichen Gesprächen, man hatte sich ja so viel zu erzählen. Ehrengast war die Landesvorsitzende der Frauengruppen, Uta Lüttich, die von den Teilnehmern (zirka 23 Mitgliedern) und der Leiterin Vera Pallas herzlich begrüßte wurde. Die Gruppe befasst sich in diesem Jahr mit dem Leben und Wirken berühmter preußischer Frauen wie Agnes Miegel oder Johanna Ambrosius, und so erhielt Frau Lüttich die ganze Aufmerksamkeit, als sie über die doch sehr unbekannte Frau des berühmten Preußenkönigs Friedrich II. und ihr doch so anderes Königinnenleben berichtete. Hier eine kurze Zusammenfassung vom Vortrag:

„Der ‚Alte Fritz‘ feiert ja in diesem Jahr seinen 300. Geburtstag, aber über seine Frau Elisabeth Christine von Braunschweig-Wolfenbüttel-Bevern weiß man nur wenig. Sie ist 1715 in Braunschweig geboren, wurde 1733 mit Friedrich in Schloss Salzdahlum in der Nähe Ihrer Heimatstadt aus politischen Gründen vermählt. Es war für Friedrich eine aufgezwungene Ehe, die daher auch kinderlos blieb, und der er nach dem Tode seines Vaters Friedrich I. im Jahre 1740 vollends entsagte. Zu Ostpreußen hatte er ein gespaltenes Verhältnis, selbst als er König wurde, besuchte er das Land nur dreimal! Bis Schloss Rheinsberg fertig gebaut war, lebte er in Küstrin, seine Frau im Kronprinzenpalais in Berlin. Später wohnte sie in den Sommermonaten im Schloss Schönhausen bei Berlin. Im ‚Berliner Schloss‘ war sie in das Hofleben integriert, und der ‚Elisabethensaal‘ in ihrer Wohnung war das Herz des höfischen Alltags von Berlin. Ihren Mann sah sie nur bei Galafesten, während Friedrich sie bei Familienfesten oft ganz ausschloss. Einmal, 1763, nach sechsjähriger Trennung, hatte er nur den lapidaren Begrüßungssatz übrig: ‚Madam sind korpulenter geworden!‘ Sie ertrug ihre Nebenrolle mit gekränktem Stolz, aber in loyaler Ergebenheit. Sie starb 1797 im Berliner Schloss und wurde in der Gruft des Berliner Doms beigesetzt.“ Tief berührt vom sonderbaren Schicksal dieser Frau bedankte die Gruppe sich bei Uta Lüttich herzlich: Mit Liedersingen, Sitzgymnastik und der Vorschau auf das nächste Treffen war der Nachmittag schon wieder vorbei.

Ludwigsburg – Dienstag, 26. Juni, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch der Gruppe.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. Juni, 15 Uhr, Orangerie: Ein Reiseurlaub in Pommern im Sommer 2011. Gisela Heilbronner, ehemaliges Mitglied der Jugendgruppe, berichtet von ihren Erlebnissen und der schönen Landschaft.

Bamberg – Mittwoch, 20. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Ostpreußens bedeutende Frauen.

Erlangen – Am 10. Mai sprach Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, zum Thema „Bernstein – Das Gold des Ostens“. Freyberg sprach in einer sehr lockeren und netten Art über das Thema. Die Geschichte, die Herstellung, die Handelsströme, die Bernsteinstraße wie auch den Wert und die Schönheit des Bernsteins. Viele Bilder und Exponate wurden gezeigt. Einige der Anwesenden hatten auch den eigenen Bernsteinschmuck mitgebracht. Am Ende des interessanten Abends wurde Herrn Freyberg eine in der Bernstein-Manufaktur in Ostpreußen gefertigte Schmuckschatulle für das Kulturzentrum Ostpreußen überreicht, welches eine aus Rastenburg stammende Dame bei der Flucht aus der Heimat mitgenommen hatte. Vielleicht eine kleine Bereicherung für die Bernsteinsammlung in Ellingen.

Ingolstadt – Sonntag, 17. Juni, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Landshut – Dienstag, 19. Juni, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft der Gruppe.

Weiden – Heimatnachmittag bei den Ost- und Westpreußen – Zum Heimatnachmittag konnte der 1. Vorsitzende Norbert Uschald viele Mitglieder und Gäste in der Gaststätte Heimgarten begrüßen. Danach wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen, mein lieb Heimatland“ gesungen. Im Anschluss daran gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monates Juni. Der Vorsitzende berichtete danach von den weit verbreiteten Bräuchen zum Johanniabend im Kreis Lyck in Ostpreußen. So wurden an diesem Tag Johannifeuer, Feuerreden oder Musikeinlagen geboten. Außerdem erinnerte er an den 2006 verstorbenen Tierfilmer Heinz Sielmann, der in Ostpreußen seine ersten Tierfilme gedreht und Forschungen durchgeführt hat. Ihm sei zu verdanken, dass die Vogelwarte in Rossitten nach dem Krieg wiederbelebt wurde. Uschald lud schließlich zu einer Veranstaltung seiner CSU-Arbeitsgemeinschaft UdV (Union der Vertriebenen und Aussiedler) am 17. Juni um 14 Uhr in das Schützenhaus in Weiden ein. Dabei werden alle interessierten Vertreter der Landsmannschaften die Gelegenheit haben, mit dem Bundestagsabgeordneten Albert Rupprecht zu einer Diskussion zusammenzukommen. Andreas Uschald trug anschließend mit seiner Gitarre das Musikstück „Sonne oder Regen“ vor. Katharina und Barbara Uschald brachten mit der Blockflöte einige Lieder zu Gehör. Danach spielten Anita und Norbert Uschald ebenfalls mit der Flöte noch drei Volkstänze. Mit dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich bis zum Gartenfest am 23. Juni bei Familie Uschald.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 22. bis Sonntag, 24. Juni: Jahresausflug nach Rheinsberg und Potsdam aus Anlass des 300. Geburtstages von Friedrich dem Großen. Die Gruppe fährt mit Landsleuten der Kreisgruppe Ansbach nach Brandenburg und besucht dort die historischen Stätten des Wirkens des großen Königs. Sonderprogramm. Auskunft und Anmeldung bei Lm. Kösling unter Telefon (09831) 611665.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftzeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg – Mittwoch, 20. Juni, 14 Uhr, „Oma Brinks Kartoffelhaus“, im Clubraum, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 54 29 917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

Königsberg/Samland/Labiau - Freitag, 29. Juni, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppe. Auskunft erteilt Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

Bartenstein – Sonnabend, 30. Juni, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1–3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C 21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Donnerstag, 28. Juni, 18 Uhr, Bibliothek des Instituts für Niederdeutsche Sprache, Schnoor 41–43: Dr. Reinhard Goltz, (von 1992 bis 2005 Herausgeber des Preußischen Wörterbuchs), Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen und Leiter des Instituts wird mit zahlreichen Tonbeispielen Einblicke in die Arbeitsweisen und die Materialien der Sprachforschung in West- und Ostpreußen geben. Der Eintritt ist frei. – **Vom Schabbern und Plachandern. Was alles im Preußischen Wörterbuch steht.** Im Familienwortschatz hat sich das eine oder andere Wort vielleicht erhalten: Marjell, Luntrus, Komst. Und manch einer hat den Klang der ost- und westpreußischen Mundarten noch im Ohr. Aber die sprachlichen Spuren werden flüchtiger. Seit Beginn der 1950er Jahre bis 2005 hat die Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz das **„Preußische Wörterbuch“** getragen. Dieses Vorhaben war angetreten, die Mundarten Ost- und Westpreußens zu dokumentieren. Von Kiel aus wurden Fragebögen verschickt, die nach ihrer Rückkehr von fleißigen Studenten „verzettelt“ wurden: Kinderspiele, Wetterregeln, Redensarten und handwerkliches Fachvokabular. So entstand ein Archiv mit über zwei Millionen Zetteln, einer Bibliothek und einzigartigen Tondokumenten. Der größte Teil der Materialien wird heute im Archiv des Deutschen Sprachatlas in Marburg aufbewahrt

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Juni, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag der Gruppe.

KREISGRUPPE

Elchniederung – Mittwoch, 20. Juni, 14 Uhr, Café Rosengarten, Alsterdorfer Straße 262 (mit S- und U-Bahn, Haltestelle Ohlsdorf in wenigen Minuten gut zu erreichen): Treffen der Gruppe. Mit einem Überraschungsgast soll der Sommer heiter begrüßt werden. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Heiligenbeil – Sonnabend, 23. Juni, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Alle Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlichst eingeladen, mit Kaffee, Kuchen und einem Film-Vortrag in geselliger Runde einige fröhliche Stunden miteinander zu verbringen. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und einen Film-Vortrag: 5 Euro. Der Seniorentreff ist mit der Buslinie 116 von den U-Bahn-Stationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt aus zu erreichen. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis 22. Juni erbeten.

Osterode – Sonnabend, 7. Juli, 12.30 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Nähe U-Bahn Ohlsdorf: Die Gruppe lädt zum Schollenessen herzlich ein. Der Preis pro Es-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

sen beträgt 12 Euro. Verbindliche Anmeldung bis 30. Juni bei Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014 ist erforderlich.

HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Dillenburg – Mitwoch, 27. Juni, 15 Uhr, Cafe Eckstein, Königsberger Straße: Monatsversammlung. Lothar Hoffmann wird über zwei spektakuläre Schauspiele sprechen: erstens über den Weichseldurchbruch im Februar 1840 und zweitens über den Weichseldurchstich zwischen Schiewenhorst und Nickelswalde im Jahr 1895. – Bei der letzten Monatsversammlung waren leider nur sehr wenige Gruppenmitglieder anwesend. Nach Begrüßung und Kaffeetrinken zeigte Lothar Hoffmann zunächst einige Bilder, die im Zusammenhang mit Friedrich dem Großen standen: ein Portrait; ein Gemälde, das König Friedrich II. von Preußen, Zarin Katharina von Russland und Kaiserin Maria Theresia von Österreich mit einer Landkarte zeigte, auf der die dritte Teilung Polens 1772 dargestellt war; dazu einige Landkarten mit dem ursprünglichen Preußen, mit Ostpreußen, und mit Westpreußen als Verbindung zwischen beiden Teilen, auch das Gebiet Pomerellen, das seit dem 13. Jahrhundert vom Deutschen Ritterorden besiedelt und christianisiert wurde. Bereits im Januar 1773, also nur ein Jahr nach der Inbesitznahme, erließ Friedrich II. eine Kabinettsorder, in der das neue Gebiet schon als „Westpreußen“ bezeichnet wurde. Dazu gehörte auch das katholische Ermland. Preußen hatte bei dieser Teilung Polens den kleinsten Teil erhalten, mit dem geringsten Bevölkerungsanteil. Das lag zum Teil daran, dass ein großer Teil dieses Gebiets aus Sumpfland bestand, das erst trockengelegt werden musste. Dafür ließ Friedrich Neusiedler aus anderen Provinzen oder Ländern anwerben, vor allem Holländer, die Erfahrung mit der Trockenlegung von Feuchtgebieten hatten. Sie erhielten günstig Siedlergrundstücke und wurden zunächst von Abgaben befreit. Der König ließ auch sofort eine Wasserstraßenverbindung von der Weichsel über die Netze bis zur Oder herstellen. Für die Kanalarbeiten wurden während der Monate, in denen wenig Acker-Arbeit anfiel, sämtliche Siedler, die dort wohnten, verpflichtet. Die Ausschachtungsarbeiten für den Kanal erfolgten alle per Hand. Bereits im ersten Jahr befuhren 223 Schiffe diese Wasserverbindung. Sie diente vor allem dem Transport von Getreide und Holz bis zur Ostsee. Die hölzernen Schleusen und die unbefestigten Kanalwände zeigten allerdings schon nach wenigen Jahren Abnutzungserscheinungen. Deshalb wurden zwischen 1791 und 1794 neue Schleusen gebaut und die Kanalwände mit Ziegeln verstärkt. Alle Siedler am Bromberger Kanal wurden zu Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten in regelmäßigen Abständen herangezogen. Betrieb herrschte auf dem Wasserweg von April bis November. Jährlich führte der König selbst, unterstützt von Beamten, Inspektionsreisen durch, um die Arbeiten zu kontrollieren. Friedrich der Große führte per Kabinettsorder zahlreiche Neuerungen in Westpreußen durch, die in anderen Teilen Preußens schon länger galten. So schaffte er die Leibeigenschaft der Bauern ab und schuf die rechtliche Gleichstellung preußischer, kaschubischer und polnischer Arbeiter mit gleicher Bezahlung für alle. Er reformierte das Steuer- und Katasterwesen; so wurden Steuern jetzt nach der Grundstücksgröße erhoben. Er führte die Schulpflicht ein und förderte die Agrarwissenschaft, indem er dafür Sorge trug, dass von den Bauern genügend Nahrungsmittel angebaut wurden. Ein ganz wichtiger Punkt aber, um künftig Hungersnöte zu vermeiden, war die Einführung der Kartoffel. Sein Vater, Friedrich Wilhelm I., hatte bereits 1744 die Pflanzen wegen ihrer Blüten in seinem Lustgarten gezogen. Erst sein Sohn erkannte die Bedeutung der „Erdäpfel“. Er schickte Beamte in die Dörfer, die die Bauern genauestens darüber informierten, wie diese neuen Früchte anzubauen und später im Jahr zu ernten waren. Die Bauern dachten zunächst, dass die kleinen grünen Früchte, die aus den Blüten entstanden, gegessen würden. Die schmeckten natürlich gar nicht, vor allem waren sie roh sehr giftig. Dass die unterirdischen Wurzelknollen die essbaren Kartoffeln waren, musste erst erklärt und vorgeführt werden. Der Boden in allen preußischen Provinzen war auch für den Kartoffelanbau bestens geeignet, sodass es nicht wie früher zu Hungerkatastrophen kam. Friedrich schickte immer wieder Beamte in die ländlichen Gebiete, die kontrollieren sollten, ob alle seine Anordnungen, gleich welcher Art, auch befolgt wurden. Diese Kontrolleure waren dann stets entsetzt, wie rückständig das tägliche Leben in den Provinzen gegenüber den Städten in Brandenburg war. Da es aber den meisten kleinen Leuten, ob Bauern, Handwerkern oder auch den Neusiedlern, immer besser ging, war der König, der alles anordnete, sehr beliebt, ja er wurde vom einfachen Volk sogar geliebt. Er war wirklich ein „König der kleinen Leute“, die ihm auch den Beinamen „der Alte Fritz“ gaben. Auf seinem Grab in Sanssouci liegen heutzutage meistens ein paar Kartoffeln.

Hanau – Das Frühlingsfest war mit 30 Personen recht gut besucht. In der Sandelmühle begrüßte Kulturreferent Kurt Andreas die Gäste. Nach dem gemeinsam gesungenen Ost- und Westpreußenlied stärkten sich die Besucher an den schön gedeckten und mit frischem Grün geschmückten Tischen mit Kaffee und leckerem Erdbeerkuchen. Alle sangen dann „Der Mai ist gekommen“, musikalisch begleitet von Lm. Schulz. Die Vorsitzende Dorle Wein las aus dem Buch „Lachen ist die beste Medizin“ über die zahlreichen Menschen, die sich vor langen Jahren in Ostpreußen angesiedelt haben und auch in schweren Zeiten niemals aufgaben. Kurt Andreas las ein selbstgeschriebenes Gedicht „Erinnerungen an Ostpreußen“. Lieselotte Schneider brachte etwas über den ostpreußischen Dialekt. Zwischendurch wurden alte Volkslieder gesungen: „Kein schöner Land“, „Im schönsten Wiesengrunde“ und natürlich auch „Ännchen von Tharau“. Danach berichtete Walter Sommer von seiner Ostpreußenreise im Jahr 1994, an der auch einige aus der Gruppe teilgenommen hatten. Barbara Karpa las ein Gedicht über Masuren und Elfriede Happel über die Senioren. Gemeinsam sangen dann alle „Es dunkelt schon in der Heide“ und noch einmal das Ostpreußenlied auf Wunsch von Lm. Wissel, der dazu auf seiner Mundharmonika begleitete. Zum Abschluss wurden belegte Brötchen gereicht. Alle Gäste waren des Lobes voll über den fröhlichen Nachmittag und gingen zufrieden nach Haus.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Angeregte Diskussionen über die landsmannschaftliche Arbeit vor Ort. Ein Bericht des Historikers und Studiendirektors Burghard Gieseler über die Erarbeitung von Lehrerhandreichungen zum Thema Flucht und Vertreibung durch das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg im Auftrag der Niedersächsischen Landesregierung sowie ein Vortrag des Stellvertretenden Landesvorsitzenden Fritz Folger über „Heimat im Osten Deutschlands – Kultur und Geschichte“ bildeten neben den Arbeitsberichten der Landesvorsitzenden, der Bezirks-, Kreis- und Ortsvorsitzenden den Schwerpunkt der Jahreshauptversammlung der Landesgruppe Niedersachsen, die im Mai in Lehrte unter Vorsitz von Barbara Loeffke zusammentrat. Gerhard Schulz, Schriftführer und Schatzmeister der Landesgruppe, der kürzlich sein 80. Lebensjahr vollende, wurde mit dem Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Nachdem bereits mehrere Bundesländer sich des Themas Flucht und Vertreibung für den Schulunterricht angenommen hatten, werden nun auch in Niedersachsen Lehrerhandreichungen erarbeitet. Studiendirektor Gieseler, Mitglied der Landesgruppe Niedersachsen, hat sich dankenswerterweise zur Mitarbeit in der gebildeten Arbeitsgruppe bereit erklärt. Er wies in seinen Ausführungen, die von großem Engagement für diese Sache zeugten, darauf hin, dass es nicht allein auf die Erstellung eines guten Konzepts ankommt, das dem Thema gerade auch aus der Sicht der Betroffenen gerecht wird, und auf die Verpflichtung, das Thema im Unterricht zu behandeln, sondern auch auf das Begleitmaterial, das eine wirklichkeitsbezogene und leichte Umsetzung im Unterricht ermöglicht. Wie schwierig die Erarbeitung von brauchbarem Unterrichtsmaterial ist, wurde daran deutlich, dass die vor geraumer Zeit in Angriff genommene Erstellung des Konzepts immer noch im Fluss ist. In seinem Vortrag, der die Zuhörer bis zum letzten Wort faszinierte, setzte sich Fritz Folger mit der Kulturarbeit und den Kulturgütern der Vertreibungsgebiete, den immer noch in Kraft befindlichen Benesch-Dekreten, der Geschichte Deutschlands und Ostdeutschlands sowie mit der Arbeit des vom Bund der Vertriebenen getragenen „Zentrums gegen Vertreibungen“ und der von der Bundesregierung ins Leben gerufenen „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ auseinander. Des Lobes voll für die zahlreichen Aktivitäten der landsmannschaftlichen Gruppen und die jahrzehntelange Treue zur Heimat und zur Landsmannschaft war die Vorsitzende. Trotz Mitgliederrückgangs zeichnet sich die Landesgruppe durch eine rege Vereinstätigkeit aus. Ein attraktives Veranstaltungsprogramm, in dem neben Themen aus und über Ostpreußen und Ostdeutschland die Pflege der ostpreußischen Kultur, Reiseberichte, Fragen zur Tagespolitik, Ausflüge und gesellige Zusammenkünfte stehen, das die Landsleute und Gäste in der Regel einmal monatlich vereint, trägt zum Zusammenhalt bei. Als sehr bedauerlich wird empfunden, dass die jahrzehntelang ehrenamtlich erbrachte Arbeit für die Heimat in der breiten Öffentlichkeit und in den Medien wenig oder gar keine Beachtung mehr findet. Frau Loeffke erinnerte in ihrem Bericht an die zahlreichen Aktivitäten der Bundeslandsmannschaft Ostpreußen und der Vertriebenenorganisationen auf Bundes- und Landesebene sowie bedeutende historische Daten wie den 300. Geburtstag von Friedrich dem Großen, die Auswanderung der Salzburger vor 280 Jahren nach Preußen, die Befreiung von Napoleon vor 200 Jahren, den 125. Geburtstag von Ernst Wiechert und den Vertrag von Rapallo vor 90 Jahren. Unter den Gästen konnte der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen in Niedersachsen, Oliver Dix, begrüßt werden, der in seinen Ausführungen auf die zahlreichen Kontakte mit den niedersächsischen Politikern aller Parteien hinwies. Herrn Dix und seinem Vorstand ist zu danken, dass der BdV-Landesverband wieder verstärkt zum Ansprechpartner bei Vertriebenenangelegenheiten geworden ist. Ganz besonders hervorgehoben wurde von Dix die Aufgeschlossenheit des niedersächsischen Kultusministeriums für die Belange der Heimatvertriebenen. Er kündigte den Tag der Heimat in Hannover am 8. September 2012 mit Innenminister Schünemann an. Frau Loeffke dankte im Namen des Vorstands für den Einsatz des BdV für alle dem BdV angeschlossenen Landsmannschaften.

Hohe Auszeichnung für Gerhard Schulz – Für die jahrzehntelange Treue zur Landsmannschaft Ostpreußen und den jahrelangen ehrenamtlichen Einsatz für die Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft Ostpreußen als Schriftführer und Schatzmeister wurde Gerhard Schulz in der Jahreshauptversammlung der Landesgruppe Niedersachsen mit dem Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Geboren in Osterode, wo er bis zur Flucht 1945 lebte, konnte er von dort mit seiner Familie buchstäblich in letzter Sekunde bei eisiger Kälte den Weg gen Westen antreten und erreichte durch glückliche Fügung das „rettende Ufer“. Dank der uneigennützigen und aufopferungsvollen Arbeit insbesondere als Schatzmeister schuf Gerhard Schulz durch große Umsicht eine solide finanzielle Basis für die Landesgruppe und trug darüber hinaus wesentlich zum Zusammenhalt der Landesgruppe bei. Trotz gesundheitlicher Belastungen jederzeit hilfsbereit, hat Herr Schulz den Vorstand aufgrund seiner großen Erfahrungen in seiner Arbeit für die Heimat nachhaltig unterstützen können. Verbunden mit der Auszeichnung wurde die Gratulation zur Vollendung des 80. Lebensjahres. Mit langem Applaus dankte die Versammlung Herrn Schulz für seinen Einsatz für Ostpreußen und wünschte gutes Wohlergehen für die Zukunft.

Braunschweig – Mittwoch, 27. Juni, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Seniorenclub Stadtpark), Jasperallee 42: Treffen der Gruppe. Michael Gandt hält einen Vortrag über: „Die Tätigkeiten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.“ Gäste sind herzlich willkommen. – Beim Apriltreffen hielt Edmund Ferner einen Vortrag über „Die drei baltischen Staaten in ihrer Entstehung und geschichtlichen Entwicklung“. Der Referent spannte den Zeitbogen weit: angefangen in der vorgeschichtlichen Zeit über die Missionszeit bis zur deutschen Ostkolonisation. Bischof Albert, ein Domherr aus Bremen, gründete bereits 1201 die Stadt Riga. Es folgten Ordenszeit und Reformation. Nach der russischen Besetzung 1558 kamen Livland und Estland 1582 unter litauisch-polnische, 1625 unter schwedische und 1721, nach dem Ende des nordischen Krieges, unter russische Herrschaft. Erst nach dem Ersten Weltkrieg erhielten die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen ihre politische Selbstständigkeit. Sie verloren ihre staatliche Souveränität als Folge des Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftvertrages vom September 1939, um sie erst nach der politischen Wende 1990 wieder zu erlangen. Die geschichtliche Entwicklung der drei Staaten ist sehr unterschiedlich verlaufen.

Buxtehude – Donnerstag, 28. Juni: Halbtagesfahrt nach Nindorf/Lüneburger Heide in den Wildpark. Dort erwarten die Teilnehmer idyllische Wege durch den Wald, mit vielen Ruhebänken, vorbei an Teichen, Mooren und über 1000 Tieren, auch Elchen. Im Kaffeerestaurant wird für die Gruppe eingedeckt und Buchweizen- oder Sahnetorte serviert. Kosten für Busfahrt, Eintritt und Kaffeegedeck 25 Euro. Enkelkinder oder Kinder bis 12 Jahre zahlen nur 5 Euro.

Holzminden – Freitag, 22. Juni: Tagesfahrt zum Kloster Wöltingerode mit Führung in der Klosterbrennerei und Besichtigung der Kirche und des Klosterinnenhofes. Danach gemeinsames Mittagessen im „Klosterhof“. Anschließend Weiterfahrt nach Goslar mit Stadtführung durch die liebenswerte Mittelalterstadt. Natürlich bleibt noch genügend freie Zeit, um auf eigene Faust die Stimmung dieser Stadt zu genießen. Und gewiss hoffen die Teilnehmer auf Sonnenschein.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 4. Juli, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe.

Düsseldorf – Sonntag, 17. Juni, 18 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: 1953 Volksaufstand in der DDR. Autorenlesung von Monika Maron „Zwei Brüder – Gedanken zur Einheit“. – Dienstag, 19. Juni, 19.15 Uhr, GHH/ Konferenzraum: Vortrag von Prof. Dr. Bernd Faulenbach „Preußens Ende – Der Preußenschlag vom 20. Juli 1932“. – Mittwoch, 20. Juni, 19 Uhr, GHH/ Konferenzraum: Ausstellungseröffnung „Porträts aus Böhmen und Mähren“. – Donnerstag, 21. Juni, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Prof. Dr. Matthias Stickler „Der böse Mann und die Folgen – Böhmen und Mähren in der Habsburger Monarchie nach dem Verlust Schlesiens“. – Sonnabend, 23. Juni, 10 Uhr: Wandertreff, Infostand Düsseldorfer Hauptbahnhof, 10.30 Uhr Abfahrt nach Ratingen-Hösel, S 6, Gleis 14. Ziel: Oberschlesisches Landesmuseum Ratingen-Hösel, Führung durch die Ausstellung „Preußens König und Schlesien“. – Montag, 25. Juni, 19.15 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Prof. Dr. Jürgen Born „Gerhart Hauptmanns ‚Bahnwärter Thiel‘ im Spannungsfeld von Gewalten“. – Dienstag, 26. Juni, 19.15 Uhr, GHH/ Konferenzraum: Lesung „3,7 Millionen – Gerhart Hauptmanns Erzählung ‚Bahnwärter Thiel‘“. Rezitation mit Dr. Hajo Buch.

Ennepetal – Donnerstag, 21. Juni, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit Heringsstipp und Kartoffeln.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Köln – Dienstag, 19. Juni, 14.30 Uhr Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Treffen der Ostpreußenrunde zur üblichen Versammlung. Es wird um eine zahlreichere Beteiligung gebeten. Schön wäre es, wenn sich die vielen eingetragenen Mitglieder ihrer Ehrenpflicht erinnern würden und sich, wenn schon nicht ständig, so doch ab und zu an den Kaffee-Nachmittagen mit Unterhaltungseinlagen beteiligen wollten. Die unweit der KVB-Haltestellen Suevenstraße, Linien 3 und 4, beziehungsweise Deutzer Freiheit, Linien 1 und 7 befindliche Lokalität ist in wenigen Minuten zu erreichen. Wer mit dem PKW anreisen möchte, dem stehen Straßenparkplätze für günstiges Entgelt zur Verfügung, trotzdem wird geraten, mit der KVB anzureisen. Gäste sind natürlich immer gern gesehen. Gern werden auch kleine Lesungen, Deklamationen, Gesang, Filme oder Ähnliches begrüßt. Nachdem Frau Taruttis, die langjährige Vorsitzende der Gruppe, aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitz kommissarisch übertragen hat, versuchen die Verantwortlichen das Beste zu machen, wünschen sich eine gute Beteiligung und Frau Taruttis einen positiven Ausgang ihrer Krankheit.

Leverkusen – Sonnabend, 23. Juni, 14.30 Uhr, Haus Ratibor, Küpperstseger Straße 56: Treffen der Ost- und Westpreußen und ihrer Freunde und Bekannten, um gemeinsam das jährliche Sommerfest zu feiern mit fröhlichen Gesangs- und Tanzeinlagen, mit Wettbewerbsspielen und Überraschungen. Gemeinsames Kaffeetrinken und auch gemeinsames Abendessen. Die Gruppe freut sich über jeden, der kommen möchte.

Mühlheim a.d. Ruhr – Mittwoch, 4. Juli, 9 Uhr, Bushaltestelle am Forum: Tagesausflug zum Haus Schlesien nach Heisterbacherrott. Die Fahrtkosten übernimmt der BdV, das Mittagessen geht auf eigene Rechnung.

Witten – Montag, 18. Juni, 15 Uhr, Ev.-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Ostpreußische Kaffeetafel bei lustigen Geschichten und Singen.

Wuppertal – Auch in diesem Jahr wurde das Ostpreußische Maifest im Stennert in Oberbarmen gefeiert. Der 1. Vorsitzende Hartmut Pfecht begrüßte die Bürgermeisterin der Stadt Wuppertal, Frau Schulz, den Landes-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

vorsitzenden der LO in NRW, Jürgen Zauner, die Vorsitzenden der LO aus Solingen, Frau M. Romagno und aus Remscheid Frau I. Beeck sowie Vertreter der befreundeten Landsmannschaften aus Wuppertal. Der Saal war festlich mit vielen Blumen geschmückt, die Lm. Schweitzer gespendet hatte. Fleißige Bäckerinnen hatten leckeren Kuchen gebacken, der ausgezeichnet schmeckte. Nach den Grußworten der Bürgermeisterin und des Landesvorsitzenden Zauner erhielt Margarete Caspar, die langjährige LO- und BdV-Vorsitzende, die Ernennungsurkunde als Ehrenvorsitzende der LO Kreisgruppe Wuppertal. Margarete Caspar war noch am Tag zuvor wegen des Umzugs der Begegnungsstätte schwer im Einsatz. Nach dem Kaffeetrinken brachte der Chor „Harmonie“ unter der Leitung von N. Illinich einen „bunten Strauß“ von Frühlings- und Stimmungsliedern. Auch die fünfjährige Dajana, Tochter einer Chorsängerin, begeisterte die Zuhörer, indem sie zwei Lieder vom Kuckuck und dem Esel sang. Die junggebliebenen Damen der Tanzgruppe tanzten unter der Leitung von Ursula Knocks flotte Tänze, sie beherrschen nicht nur Volkstänze, sondern auch internationale Tänze und tanzen nach bekannten Liedern von Rolf Zuckowski. Agnes Miegel durfte auch nicht fehlen, Frau H. Sieper trug die Erzählung „Beobachtung eines Jungen“ vor. Für den Auftritt von „Zarah Leander“ hatte die Maskenbildnerin Knüppel fantastische Arbeit geleistet, denn keiner erkannte Herrn Barisch in der tollen Garderobe, alles war perfekt. Auch der Sketch, in dem beide (Pommersche Lm. Remscheid) die Rollen der Raumpflegerinnen übernahmen und über den Urlaub auf Hawaii plauderten, kam sehr gut an. Das Fest verlief harmonisch, das Programm war sehr ausgewogen, zwischen den einzelnen Programmpunkten wurde zur Musik von Christoph Marr fleißig getanzt.

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 28. Juni, 13 Uhr, Treffpunkt Mainz, Bahnhofsplatz 2: Fahrt mit dem Linienbus zur Wiesbadener Fasanerie. – Donnerstag, 21. Juni, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße: Kulturkreis „Simon Dach“ trifft sich unter der Leitung von Ingrid Labuhn zur Chorprobe.

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Magdeburg – Dienstag, 26. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Die Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig hat ihren Jahresausflug mit 40 Personen in die „Griese Gegend“ gemacht, welche im Landkreis Ludwigslust liegt und keineswegs „gries“ ist. Sie ist wunderschön, besonders im Frühling, außerdem ein Vogelparadies, eine Naturidylle in der Flusslandschaft im Elbeurstromtal. Viele kleine Künstler, ob Töpfer, Maler oder Bildhauer, geben der „Griesen Gegend“ heute ihren besonderen Charme. Dort, in Vielank, war eine Besichtigung mit Führung und einem anschließenden Mittagessen in der bekannten „Vielank-Brauerei“ vorgesehen, wo natürlich auch das eine oder andere Glas Bier getrunken wurde. Danach ging die Fahrt weiter durch herrliche Natur nach Hohenwoos auf einen Töpferhof, der sich in völliger Alleinlage in einer stillgelegten Ziegelei befindet. Schöne, zum Teil handgefertigte Keramiken wechselten hier an diesem Nachmittag den Besitzer. In Lauenburg legte dann die Gruppe ihre Kaffeepause ein, ehe es dann in Richtung Heimat ging.

Flensburg – Donnerstag, 5. Juli, 17 Uhr, Flensburg-Mürwik, Twedter Holz, Fernmeldebereich 91 (die Kaserne liegt am Ende der Sackgasse): Treffen zum Grillen und Plaudern in netter Runde. Achtung: Gültigen Personalausweis mitführen, weil die Teilnehmer eine militärische Anlage betreten. Die Busse mit den Liniennummern 1, 3 und 7 halten an der Haltestelle KBA.

Mölln – Mittwoch, 27. Juni, 17 Uhr, Quellenhof Mölln: Traditionelles Matjesessen der Mitglieder und Freunde des Ortsverbandes der Ost- und Westpreußen Mölln. Der Preis pro Person beträgt 10 Euro. Vor dem Essen wird Edmund Ferner einen Vortrag über Friedrich den Großen halten. Zu diesem Nachmittag sind auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich eingeladen.

THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Dienstag, 19. Juni, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1, Eisenach: Heimatnachmittag der Gruppe Ost- und Westpreußen. – Freitag, 22. Juni, 14 Uhr, RV Meiningen, „Wolkenlos“: **Sommerfest der Ost- und Westpreußen.** – Sonnabend, 30. Juni, 10 bis 16.30 Uhr, Gasthaus Zur Schenke, Erfurt-Alach: Thüringenweites Landestreffen der Ostpreußen, gemeinsam mit den schlesischen Landsleuten. Zu dieser Veranstaltung sind alle Landsleute mit ihren Angehörigen und Bekannten herzlich eingeladen.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

SENSBURG

Erster stellv. Kreisvertreter: Rolf W. Krause, Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de

10. Kirchspieltreffen Sorquitten – Manfred Buchholz berichtet: Am 12. Mai 2012 fand in Bad Sassendorf das 10. Kirchspieltreffen Sorquitten, zugleich 17. Treffen der Ortsgemeinschaft Heinrichshöfen, Rodowen und Heinrichsdorf statt. Unser territoriales Treffen, hervorgegangen aus der seinerzeit gegründeten Schülergemeinschaft Heinrichshöfen, erfolgt seit Anbeginn in dem wunderschönen Kurort Bad Sassendorf. Mit dem diesjährigen Kirchspieltreffen haben wir uns erneut in den bewähren Treffpunkt unserer Begegnungen eingereiht.

Die ersten Teilnehmer fanden sich sehr zeitig ein. Jeder war bemüht, pünktlich zu erscheinen. Leider wohnen die anreisenden Heimatfreunde zerstreut in allen Landesteilen. Besucher aus Hamburg, Leipzig, Reutlingen oder anderswoher können auf der langen Fahrt schnell ins Stocken kommen. Jemand erzählte von einem auf der Autobahn frei laufenden Pferd, das einen Stau verursachte. Somit ist verständlich, dass ein pünktlicher Beginn kaum erreichbar ist. Denn möglichst alle sollen der Festansprache beiwohnen und somit auch in die Begrüßung mit einbezogen werden.

Schließlich war es so weit. Andächtig lauschten die aus allen Himmelsrichtungen angereisten 60 Heimatfreunde den Worten des Sorquitter Kirchspielvertreters. Eingangs dankte er den Teilnehmern, dass sie die Möglichkeit genutzt haben, sich zu diesem – wie er es bezeichnete – territorialen Heimattreffen einzufinden. Es sei zwar kein Ostpreußenttreffen, kein Sensburger Treffen. Aber, so bekundete er: „Es ist ein Treffen von Heimatfreunden, die aus der Sorquitter Gegend stammen. Ob es sich nun um Teilnehmer aus Maradtken, Warpuhnen, Gehland oder Heinrichshöfen handelt, ist unbedeutend. Nach 1945 gehörten wir Dortgebliebenen alle zu dem einen großen Kirchspiel, dessen Pfarrer in Sorquitten amtierte, uns in den Dörfern seelsorgerlich betreute und weit über die Grenzen hinaus bekannt war.“

Der Redner zeigte auf, dass wir diese Zeit nicht vergessen haben und wissen, wo unser Anfang liegt. Nach dem Krieg habe man lange Zeit zu wenig darüber verbreitet, was den dort Verbliebenen widerfahren ist. Ähnlich sieht es auch unsere Bundeskanzlerin. Zum Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen am 20. März 2012 in Berlin, zu dem Frau Merkel geladen war und dort die Ausstellung „Heimat-Weh“ – eine Zusammenfassung aller Ausstellungen des Zentrums der Vertreibungen der letzten Jahre – eröffnete, sagte sie unter anderem: „Zum Ende und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mussten Millionen Deutsche im Osten ihr Zuhause verlassen ... Ich glaube, es ist eine Frage der Menschlichkeit, dass das Leid und die Erinnerungen der Zeitzeugen ernst genommen werden und dass wir diese Erinnerung weiter in die Zukunft tragen. Diese Millionen von Menschen haben Unrecht erlebt ... Es ist niemandem damit geholfen, wenn man versucht, diesen Teil der Geschichte auszuklammern oder zu verdrängen.“

Auch in Polen – so der Redner – habe man inzwischen begriffen, welche Verbrechen in den Nachkriegsjahren an den dort verbliebenen Deutschen durch die hinzugekommene polnische Bevölkerung begangen wurden. Ein seit Ende des vergangenen Jahres in Polen gezeigter Film unter dem Titel „Róza“ zeige diese Problematik über damalige Verhältnisse in Ostpreußen unmissverständlich. Zunächst sind grausame Massenvergewaltigungen an deutschen Frauen sichtbar, die durch die heranrückende Front der Rotarmisten verübt wurden. Dann aber will der Autor des Drehbuches, Michał Szczerbic, aufzeigen, was vor allem den in Masuren zurückgebliebenen Deutschen durchweg angetan wurde. In einem in Allenstein gegebenen Interview verabreicht er seinen Landsleuten eine Art Abrechnung. Er macht deutlich: Nicht allein die Russen haben Gräueltaten in diesem Gebiet verübt, sondern auch die Polen. Er äußert nachdrücklich: „Allein die Polen haben dieses Land schrecklich behandelt .... Und in all dem befanden sich die Frauen – wie jene Róza im Film – allein auf sich gestellt und ungewiss, was ihnen bevorsteht.“

Abschließend resümierte der Sprecher: „Liebe Landsleute, ohne den Film gesehen zu haben, ist er uns vertraut. Die Darstellungen des Films sind uns, der Erlebnisgeneration, ins Gedächtnis eingraviert. Das endgültige Resultat war die Säuberung Masurens. Die mit Deutschen beladenen Züge entleerten unsere Heimatgebiete. Das Land Masuren blieb ohne die ursprünglichen Masuren.“

Der Festansprache schloss sich das Gedenken der Opfer des Zweiten Weltkrieges und der Verstorbenen aus letzter Zeit an. Die Grußworte des amtierenden Kreisvertreters Rolf W. Krause und des ehemaligen Kirchspielvertreters Gerhard Terner wurden verlesen. Ebenso wurden Grüße etlicher nicht angereister Heimatfreunde überbracht. Informationen über die Arbeit der Sensburger Kreisgemeinschaft sowie des Vereins „Bärentatze“ wurden den Teilnehmern weitergereicht, bevor vor dem Mittagessen Videofilm-Ausschnitte von Landsmann Werner Albrecht und dem Beauftragten unserer Homepage, Martin Kostka, gezeigt wurden. Der Nachmittag war nicht nur ein Warten auf Kaffee und Kuchen, sondern war reichlich ausgefüllt mit gegenseitigen Berichten und aufgezeigten Neuigkeiten der einzelnen Heimatfreunde. Erst kürzlich von einem Besuch aus der Heimat Zurückgekehrte berichteten mit bewegten Worten die Eindrücke ihrer Reise.

Wiederum hat auch unser diesjähriges Treffen bewiesen: Wir werden nicht nachlassen, uns unserer Heimat würdevoll zu erinnern. Als Zeitzeugen werden wir diese Erinnerung an jene Zeit – wie uns auch die Bundeskanzlerin in den bereits erwähnten Worten dazu aufruft – weiter in die Zukunft tragen, solange wir es vermögen. Wir werden uns zu unseren Heimattreffen rufen lassen und zusammenfinden, solange wir dazu in der Lage sind.

Haus der Heimat

Traditionsvermittlung an nächste Generation

Hamburg – Erstmalig erfolgreiche Aktion der Schlesier, Oberschlesier und Ostpreußen. – Bereits beim vorangegangenen „Politischen Seminar“ am 10. Mai beim „Muttertagsnachmittag der Oberschlesier“ waren fast 100 Teilnehmer im „Haus beim Michel“ in Hamburg anwesend. Ihnen wurde viel Interessantes geboten. Das Angebot „Haus der Offenen Tür“ anlässlich der Aktion „Ganz Europa in einer Stadt“ am 12. Mai während des Besuchs des Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz übertraf die Erwartungen der Organisatoren. Noch Tage zuvor hatten sie gebangt, ob diese erstmalige Veranstaltung bei den Hanseaten ankommen würde und ob sie gut besucht sein würde.

Es war die Zeit des Hafengeburtstages und die Besucher füllten das Haus. In seiner informativen Eröffnungsansprache wies Jörg Hamann, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU), auf die ursprüngliche Idee aus der Antike, die weiteren Anfänge im Mittelalter und schließlich die konkrete Umsetzung in der Neuzeit, vor allem durch die Franzosen und die Deutschen, hin. Inmitten der dekorativen Umrahmung durch nieder- und oberschlesische Volkstrachtenträger bis zu den Siebenbürger Sachsen, dazu Trachtenpuppen aus Pommern, Brandenburg, Ostpreußen, Oberschlesien und Beskidenoberschlesien sowie aus weiteren deutschen Siedlungsgebieten im Osten Europas konnten die staunenden Besucher die Vielfalt deutschen Kulturgutes im Osten betrachten.

Lm. Willibald Piesch und Helga Brenker, die beim Empfang der Besucher bereits unzählige Fragen beantwortet hatten, ergänzten nach der Eröffnung durch weitere Informationen, so über den kulturellen und friedlichen Beitrag in Mittel- und Ostdeutschland und in den Siedlungsgebieten durch deutsche Kolonisten. Lm. Piesch wies hierbei auf den „Trentschiener Präliminarvertrag“ vom 24. August 1335 und dessen endgültige Festlegung durch Kasimir III. vom 9. Februar 1339 hin, in dem das Polnische Königreich offiziell auf Schlesien verzichtete, welches von da an zum Deutschen Reich gehörte.

Lm. Helga Seeger berichtete anhand eines Filmes über den eisernen Willen der Siebenbürger Sachsen, deren Fleiß und Tüchtigkeit unter dem tragischen Leitgedanken „Der ersten Generation der Tod, der zweiten die Not und der dritten das Brot“ ein wildes Land urbar machten. Wer, fragte Lm. Piesch, wisse denn, dass die damaligen deutschen Siedler diese osteuropäischen Urwälder und Sümpfe durch ihre Agrartechnik, den eisernen Pflug, die Dreifelder-Wirtschaft und nach Trockenlegung wilder Teiche und Sümpfe, durch befestigte Straßen die Dörfer und Städte aus Steinhäusern verbindend, ein besseres Leben ermöglichten. Diese friedliche Entwicklung hielt bis zum 20. Jahrhundert an, wurde davor im 18. Jahrhundert durch die Ansiedlung Deutscher in Russland und auf dem Balkan sinnvoll und versöhnlich ergänzt. Ein rumänisches Sprichwort heißt: „Hast du ein Problem, so hole einen Deutschen“.

In einem Vorstellungsrundgang durch die einzelnen Räume der Pommern, Schlesier, Ostpreußen, Danziger, Berlin-Mark Brandenburger, Donauschwaben und Westpreußen erfuhren die Besucher Interessantes über die Heimat in Mittel- und Ostdeutschland und wollten nicht glauben, dass dieses deutsche Gebiet bis 1945 einen Umfang von 104 000 Quadratkilometern hatte. Mit ergänzenden Vorträgen und musikalischer Begleitung per Akkordeon und Klavier durch Lm. Alfred Hoika sowie der abschließenden Besichtigung der Landesbibliothek unter sachkundiger Leitung von Lm. Peter Voß endete dieser erfolgreiche Tag mit Volksliedgut aus Deutschland im festlich geschmückten Saal.

Hartmut Klingbeutel

Sommerfreizeit im Ostheim

Vom 2. bis 16. Juli bietet das Ostheim wieder eine Sommerfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim – das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen über die Seniorengymnastik, Dia- und Videoabende, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergänge, Museumsbesuche bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Die Stadt Bad Pyrmont und das Staatsbad bieten in dieser Zeit folgende Kulturangebote an: 3. Juli Heeresmusikkorps im Kurpark, 4. Juli Frauenchor Singfonie im Kurpark, 6. bis 8. Juli Historischer Fürstentreff (im Freizeitpreis inklusive), ab 12. Juli beginnen wieder die Vorstellungen der Pyrmonter Theater Companie auf der Schlossinsel, die in diesem Jahr das Stück „Der Glücksritter“ von Lope de Vega zeigen, vom 13. bis 15. Juli findet das Oldtimertreffen der 19. ADAC-Niedersachsen-Classics im Kurpark statt und am 13. Juli gastieren „Luis Diaz y los 5 del son“ aus Kuba mit karibischen Rhythmen im Schlosshof. Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie.

Diese 14-tägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 658 Euro und im Doppelzimmer pro Person 567 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen (Anmeldeschluss ist der 18. Juni), diese bitte nur schriftlich, richten an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Deutsche als Eroberer

Wenn »Spiegel«-Autoren sich um Ostpreußen kümmern

Deutsche prägten jahrhundertelang die Geschichte im Osten Europas. Seit dem Mittelalter besiedelten sie die Provinzen zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer. Als Bauern, Handwerker, Kaufleute und Beamte waren sie gekommen, um das Land zu bewirtschaften. Sie lebten in den baltischen Gebieten an der Ostsee, in Ostpreußen, Schlesien, aber auch am Unterlauf von Donau und Wolga in überwiegend friedlicher Nachbarschaft mit Polen, Tschechen, Balten und Ungarn.

Doch es gab auch immer wieder Kriege. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Verlust der Gebiete im Osten war im geteilten Deutschland eine Beschäftigung mit der verlorenen Heimat weitgehend tabuisiert. Erst die politische Wende Anfang der 90er Jahre hat zu einer Wiederentdeckung des Ostens geführt, nicht selten durch die Enkelgeneration, die sich der Heimat ihrer Großeltern unbelastet und unverkrampft widmen konnte. Erst allmählich erschließt sich ihnen die lange verpönte oder verdrängte Familiengeschichte.

„Die Deutschen und ihr verlorener Osten, das ist eines der heikelsten und, trotz neuer Offenheit, noch immer nicht erledigten Kapitel der deutschen Historiografie und Debatten. Die vielen Filme und Bücher zu Flucht und Vertreibung zeigen, dass da noch kräftig nachzuholen ist“, schreibt Annette Großbongardt, eine der Herausgeberinnen des „Spiegel“-Buchs „Die Deutschen im Osten Europas“ in ihrem Beitrag. Neben den Mitherausgebern Uwe Klußmann und Norbert F. Pötzel sind weitere Journalisten des „Spiegel“ mit Aufsätzen zu unterschiedlichen Aspekten des Themas vertreten. Daneben kommen Historiker wie Andreas Kossert, Mitarbeiter bei der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und selbst Nachkomme Vertriebener oder auch die freie Autorin Petra Reski, die ein Buch über die Entdeckung des Heimatdorfs ihrer Vorfahren geschrieben hat, zu Wort.

Von Kreuzrittern, Kaufleuten der Hanse, von Dichtern und Deutschen in Diensten des russischen Zaren, aber auch von kriminellen Herrenmenschen, Soldaten sowie von Flüchtlingen und Vertriebenen will das Buch erzählen. In vier Themenkomplexen wird über die deutschen Siedler im Osten, ihre Freundschaften und Feindschaften, Krieg und Vertreibung und die Schatten der Vergangenheit berichtet.

Davon, dass die Zeichen auf Entspannung stehen und Deutsche und ihre östlichen Nachbarn einander näher kommen, zeugt das Interesse an deutscher Geschichte beispielsweise im Königsberger Gebiet. Christian Neef

> Ein großer, politisch korrekter Ritt durch Ostpreußens Geschichte

stellt Enthusiasten wie Alexej Oglesnjow vor, der sich für den Wiederaufbau der Schlossanlage in Insterburg einsetzt, die im 14. Jahrhundert vom Deutschen Orden erbaut wurde, und er erzählt von Dmitri Suchin, einem Architekten aus St. Petersburg, der entdeckte, dass in der Stadt eine komplette Straßenzeile mit Häusern des deutschen Ausnahmearchitekten Hans Scharoun noch vollständig erhalten ist. Suchin und weitere Insterburger Aktivisten haben den Denkmalschutz inzwischen weit vorangebracht, was vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre.

Heutige Bewohner werden sogar politisch aktiv, wenn es um den Erhalt des deutschen Kulturerbes geht. Wie der Germanist Wladimir Ryschkow, der sich empört gegen die Übernahme der Kirche von Arnau durch die Russisch-Orthodoxe Kirche wandte. Der Vorschlag, den in Tilsit geborenen Schauspieler Armin Müller-Stahl zum Ehrenbürger zu erklären, brachte Museumsdirektorin Angelika Schpiljowa zunächst viel Ärger ein. Letzten Endes wurde Müller-Stahl nach Drucklegung des Buches aber doch noch Tilsiter Ehrenbürger.

Im Vorwort des Buches heißt es erwartungsgemäß politisch korrekt, dass der von Hitler begonnene Zweite Weltkrieg zu Vertreibung, Mord und Terror geführt habe. Das von Deutschen verursachte millionenfache Leid und Unrecht habe bei Kriegsende 1945 schwer auf diese zurückgeschlagen.

Eine ebenso erstaunliche wie erfreuliche Ausnahme sind die Gedankengänge von Thomas Darnstädt, der in „Aktenzeichen ungelöst“ die Frage stellt, warum es nie ein Tribunal für die Verbrechen der Vertreibung gab. Lediglich Estland hat bereits 1994 ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ in sein Strafgesetzbuch aufgenommen und zwei Männer verurteilt, die 1949 an der Deportation von Zivilisten in sowjetische Arbeitslager beteiligt waren. Alle anderen Vertreiberstaaten berufen sich auf das Rückwirkungsverbot, das besagt, zurzeit der Vertreibungen habe es kein gesichertes Recht der Menschlichkeitsverbrechen gegeben.

Wenn auch an anderer Stelle kritisch mit den Vertriebenenorganisationen umgegangen wird, so ist das Buch, da es das Thema „Deutsche im Osten“ von unterschiedlichen Seiten beleuchtet, lesenswert. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Annette Großbongardt, Uwe Klußmann, Norbert F. Pötzl (Hrsg.): „Die Deutschen im Osten Europas. Eroberer, Siedler, Vertriebene.“ DVA/Spiegel Buchverlag, geb., 303 Seiten, 19,99 Euro.

Es gibt Hoffnung

Beim Hessentag 2012: Kirchen in Nordostpreußen

Nach über 15 Jahren waren Reproduktionen der Ausstellung „Vergessene Kultur – Kirchen in Nordostpreußen“ wieder in der Königsberger Diakonie zu sehen. Die Ausstellung wurde am Samstag, den 2. Juni im Rahmen des Hessentages in Wetzlar eröffnet.

Nach einer Begrüßung durch Pfarrer Jörn Contag, Vorstand der Königsberger Diakonie, sprach Frau Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, ein Grußwort.

Gerhard Doliesen von der „Universität Leuphana“ in Lüneburg, der diese Ausstellung konzipiert und durchgesetzt hatte, beschrieb, wie es zu diesem einmaligen Projekt kam. Demnach wurde er Anfang 1990 auf die Arbeit des russischen Archivars Anatolij Bachtin aufmerksam, der die Kirchen im Königsberger Gebiet akribisch erfasst hatte. Doliesens Idee war es, diese wichtigen Forschungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um zur Rettung der noch verbliebenen deutschen Kulturdenkmäler im nördlichen Ostpreußen aufzurufen.

So entstand 1997 mit finanzieller Hilfe der öffentlichen Hand und privater Stiftungen diese Wanderausstellung, die Ende der 90er Jahre mit großer Resonanz auch auf dem Altenberg zu sehen war. Danach wurden die Exponate im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg eingelagert.

Der Hessentag war nun Anlass, noch einmal Bilder der Ausstellung in der Königsberger Diakonie zu zeigen sowie die partnerschaftlichen Beziehungen zu dem Gebietskrankenhaus in Königsberg, dem früheren Königsberger Mutterhaus der Barmherzigkeit, herauszustellen. Daher war in dieser Zeit auch auf Plakaten die Geschichte der Königsberger Diakonie zu sehen. Zusätzlich fanden Begleitveranstaltungen zur Vertiefung des partnerschaftlichen und interkulturellen Diskurses statt.

Akribisch erfasst: Pfarrkirche Kumehnen von 1390 — Bild: E. Quaiser

Bis zum Zweiten Weltkrieg gab es im Königsberger Gebiet, dem heute von Russland sogenannten „Oblast Kaliningrad“, 224 Kirchen. Sie entstanden in einem Zeitraum von etwa 700 Jahren und zeigten eine große architektonische Vielfalt. Mehr als 20 Generationen bauten an ihnen. 1997 waren von den Kirchen auf dem Lande 93 völlig zerstört und von 65 nur noch Fragmente erhalten. Bis 1997 belief sich die Zahl der Verluste auf 158 Kirchen. Die restlichen Gebäude dienten oft als Magazine, Getreidelager oder Kulturhäuser.

Diese Nutzung war oft die Rettung des Bauwerkes, da ungenutzte Gebäude schnell verfielen und zu Baumaterial wurden. Heute dienen die Kirchen nur in Einzelfällen wieder zur religiösen Unterweisung. Einige wenige Wiederaufbauprojekte geben Anlass zur Hoffnung auf neue kirchliche Arbeit. *Norbert Quaiser*

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ORSTU, AFLU, AEGLU, ILPST, AEOS, ERTU, BEER, EOPR, AFIOS, ABLRUU, AEGILNRST, ERSU, EERT

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Aluminiumoxid.

1	TOR		SCHUSS
2	FRUEH		SUPPE
3	FAHRRAD		BEUTEL
4	BERG		WALD
5	BRIEF		ZEICHEN
6	WELT		HEILER
7	MITTEL		PUNKT

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Grundsatz, Regel
2 Teil Großbritanniens
3 Brauchbarkeit, Befähigung

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: STL / SOFIA PORE / UL URLAUB / RANGLISTE / SURE TEER

Mittelworträtsel: 1. Pfosten, 2. Kartoffel, 3. Klingel, 4. Steiger, 5. Marken, 6. Wunder, 7. Scheitel – Tonerde

Magisch: 1. Prinzip, 2. England, 3. Eignung

PAZ12_24

Gegen das Vergessen Ostpreußens

Sächsischer Bildhauer schuf aus Trümmerbrocken der Dresdner Frauenkirche einen Gedenkstein für Vertreibungsopfer

In jedem Menschen wohnt das tiefe Bedürfnis zu verehren und zu gedenken. Diejenigen, die ihre Heimat Ostpreußen verloren und in Sachsen ein neues Zuhause gefunden haben, wollten einen Ort haben, an dem sie der Toten gedenken können, die durch Flucht und Vertreibung ihr Leben gelassen haben.

Auf der Suche nach einem geeigneten Standort wurde der Vorstand der Kreisgruppe Chemnitz durch Friedhofmeister Buck auf eine Gedenkstätte auf dem Friedhof in Chemnitz-Reichenbrand hingewiesen. Die Kreisgruppe recherchierte im Stadtarchiv nach den Geschehnissen von 1944 und 1945.

Einige Mitglieder des Vereins erinnern sich noch an die schrecklichen Bombenangriffe auf die Stadt Chemnitz, wobei auch ein vollbesetzter Flüchtlingszug, der aus dem Osten kam, getroffen wurde. An der Gedenkstätte auf dem Reichenbrander Friedhof hat die Gruppe nun einen Platz erhalten, auf den sie ihren Gedenkstein setzen konnten. Sie hatte das große Glück, den Bildhauer Reinhard Peter Kilies zu kennen. Sie bat den Künstler, einen Gedenkstein zu schaffen. Er sagte sofort zu, da seine Mutter ebenfalls aus Ostpreußen stammte. Anschließend wurden Spenden für den Stein gesammelt. Von der Landesregierung kam keine Unterstützung. Kilies kam der Initiative abermals großzügig entgegen, indem er einen ganz besonderen Stein spendete: einen Stein aus der Ruine der Kuppel der Frauenkirche in Dresden. Nur die Arbeit der Beschriftung musste bezahlt werden.

Der Stein hat bereits Geschichte geschrieben. Kilies berichtete folgendes: „Als dieser Elbsandstein 1734 die Kuppel der Dresdner Frauenkirche zierte, war er bereits ein Symbol von Flucht und Vertreibung geworden. Die von den Katholiken vertriebenen Salzburger Protestanten zogen auf ihrem Weg nach Ostpreußen, wo ihnen vom preußischen König eine neue Heimat angeboten war, durch Sachsen. Die für sie nach einem Aufruf von August dem Starken in Sachsens Kirchen gesammelten 28 000 Taler wurden jedoch vom Sohn des Königs zweckentfremdet für die Fertigstellung der Frauenkirche ‚gespendet‘.

Als 1945 Millionen Flüchtlinge ihre Heimat verlassen mussten, wurde auch dieser Stein bei der Bombardierung Dresdens ein Kriegsopfer. Unter dem Motto ‚Brücken bauen – Versöhnung leben‘ wurde die Frauenkirche Dresden mit Spenden wieder aufgebaut. Als die Salzburger Ostpreußen, zum zweiten Mal Opfer von Vertreibung, gefragt wurden, warum sie so viel für den Wiederaufbau gespendet haben, antworteten sie: ‚Die Kuppel gehört doch uns‘.“

Als einziger Künstler erhielt Reinhard Peter Kilies vom Baudirektor der Stiftung Frauenkirche Eberhard Burger die Erlaubnis, sich beim Wiederaufbau ausgemusterte Steine für seine künstlerische Arbeit auszusuchen. Der letzte Stein aus der Ruine der Frauenkirche in Dresden wird fortan eine bedeutende Gedenkstätte für alle Ostpreußen, die in Sachsen ein neues Zuhause gefunden haben.

Am 11. Mai wurde dieser Gedenkstein in Chemnitz eingeweiht. Einen Tag, bevor die Kreisgruppe ihr 20-jähriges Jubiläum feierte, trafen sich einige Mitglieder sowie Bildhauer Kilies und Pfarrer Klaus Plorin aus Rückersdorf von der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e.V. Die Chemnitzer Bläsergilde unter der Leitung von Siegfried Langner umrahmte die Gedenkfeier mit ihrem Bläsereinsatz. Pfarrer Plorin sprach zu den Anwesenden. „Der Friede Gottes sei mit uns und mit allen, die um die Toten von Kriegen trauern. Amen. Wir sind hier zusammengekommen, um diesen Gedenkstein zu enthüllen, einzuweihen, also seiner mahnenden Bestimmung zu übergeben.“

„Aufbewahren für alle Zeit“: Der Gedenkstein auf dem Friedhof in Chemnitz, der 1945 selbst den Bomben zum Opfer fiel – keine Unterstützung von der Landesregierung Bild: H. Langhammer

Der Stein hat die Inschrift: „Aufbewahren für alle Zeit – Unseren Opfern von Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen – Chemnitz Sachsen – 75 Opfer des bombardierten Flüchtlingszuges in Siegmar vom 2. März 1945.“ Das Eingangszitat ist übersetzt aus dem Russischen „Chranit‘ wetschno“. Mit diesem Befehl wurden in der Sowjetunion alle Geschichtsakten gestempelt, in denen sich Material über Vergehen gegen den Sowjetstaat nach Paragraf 58 befand. Der frühere Major der Roten Armee und spätere Schriftsteller Lew Kopelew, der in der Sowjetunion in Ungnade fiel, hat diesen Befehl zum Titel eines Buches gemacht, das ein Bekenntnis zur Menschlichkeit auch gegenüber Angehörigen der Feindnation, auch im Krieg, darstellt. Nicht nur zur christlichen, sondern auch zur allgemeinen menschlichen Moral gehört es, dass wir die Toten nicht vergessen. Im Gegensatz zu früheren Kriegen sind im und nach dem Zweiten Weltkrieg mehr Zivilisten als Soldaten ums Leben gekommen. Für die zivilen Kriegsopfer gibt es bisher nur wenige Gedenkstätten. Dieser Gedenkstein soll nun eine solche sein.

Der Kuppelstein aus der Frauenkirche war bereits mit Ostpreußen verbunden

Bildhauer Kilies sprach folgende Worte: „Als Kind erfuhr ich von meiner Mutter viel über Ostpreußen, viel über Land und Leute und über die Flucht. Sie erzählte von den Namensendungen auf -is, -us, -at und -eit, an denen man die Herkunft der Menschen erkennen kann. … In meiner Jugendzeit in der DDR wurde mehr oder weniger geschwiegen. Heute aber, über 20 Jahre nach der Wende, haben die Flüchtlinge wieder Angst, Angst, in die rechte Ecke abgeschoben zu werden. Ich habe in meinen 65 Lebensjahren unter den Ostpreußen keinen rechtsgerichteten Ostpreußen kennengelernt. Auf diesem Stein habe ich das Wort ‚Ostpreußen‘ in voller Absicht in deutscher Schrift eingemeißelt. Es gibt dazu ein geflügeltes Wort: Wenn man etwas deutlich, offen und klar sagen will, spricht man Fraktur. Dies ist die Frakturschrift, die Schrift, in der das erste Buch der Welt von Gutenberg gedruckt wurde, Luthers Bibel. Es ist die Schrift, in der Goethe und Schiller, Marx und Engels, Kant, Heine, Mann und alle anderen Geistesgrößen Deutschlands ihre Werke veröffentlichten. Nazis verbrannten die Bücher und diese Schrift. … Heute ist allein der Gebrauch dieser Schrift für manchen Möchtegernpolitiker verwerflich. Diesen möchte ich in ihr scheinbar nicht vorhandenes Stammbuch schreiben: Auf dem Eckersberg bei Weimar stand eine Eiche, unter der Goethe saß und zu Eckermann sinngemäß sagte: Hier fühlt der Mensch sich frei. Diese Eiche wurde von den Nazis gefällt, sie störte den Aufbau des KZs Buchenwald-Weimar. Allein dies ist eine Verhöhnung der deutschen Kultur. Die deutsche Frakturschrift ist nicht die Schrift der Nazis. Die Inschriften über den Lagereingängen der Konzentrationslager Buchenwald und Auschwitz, ‚Arbeit macht frei‘ und ‚Jedem das Seine‘ waren in lateinischer Schrift gehalten…

Dieser Stein zum Gedenken an Flucht und Vertreibung wird von Ostpreußen, ihren Kindern und Angehörigen eingeweiht. Aber in nur wenigen Jahren wird er ein Denkmal sein für ein Volk, das es nicht mehr gibt. Die ostpreußische Sprache wird man nur noch von Tonaufnahmen her kennen. Assimiliert werden nur noch die alten Namen mit den Endungen auf -is, -as, -us, -at, -eit an das Volk der Ostpreußen erinnern. Mit etwas Phantasie kann man die Kriegsspuren auf diesem Stein auch mit den Umrissen der Landkarte eines verlorenen, aber nicht vergessenen Landes und seines Volkes vergleichen.

Stein wird Denkmal für verschwundenen Volksstamm

Ich bin stolz, dass ich diesen Stein beschriften durfte. Meine Mutter, Hedwig Naujeck geb. Kilies aus Tilsit-Stadtheide, hat es mir mit ihrer Kriegswitwenrente ermöglicht, mit diesen Steinen der Dresdner Frauenkirche zu arbeiten, Steine, die selbst eine mit Ostpreußen aufs engste verbundene Geschichte haben. Ich danke auch Herrn Eberhard Burger, Baudirektor der Stiftung Frauenkirche Dresden, dass er mir diese Steine zur Verfügung stellte.

Ich persönlich widme diese Arbeit allen auf der Flucht Umgekommenen, wie auch meinen Großeltern Anna Prusaß und Georg Kilies, Nachkommen der Urprussen, 1945 geflüchtet über das halb aufgetaute Haff, zurück nach Budweiten und verschollen.

Dieser Stein soll auch ein Ruf sein in die Welt gegen Krieg, gegen Flucht und Vertreibung unter dem Motto ‚Brücken bauen – Versöhnung leben‘.“

Der letzte Stein der Frauenkirchruine, bezahlt vor 280 Jahren von ostpreußischem Geld, zierte 210 Jahre die Kuppel, mahnte 50 Jahre im Trümmerberg und wird auch in den nächsten Jahrhunderten die Geschichte von Krieg, Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen erzählen.

Hildegard Bartkowiak

»Home & Garden« präsentiert Berlin

Förderverein Berliner Schloss und Königliche Gartenakademie erstmals in Hamburg dabei

Seit 16 Jahren findet in Hamburg die exklusive Lebensstil-Messe „Home & Garden" auf dem Gelände des Derby-Parks in Klein Flottbek statt, auf der die Besucher über Neues aus der Welt der Gartenkunst informiert werden. Ein Novum der diesjährigen Ausstellung: Erstmals war es gelungen, einen Teil der Ausstellung der Hauptstadt Berlin zu widmen. Neben der Königlichen Gartenakademie Berlin war der Förderverein Berliner Schloss e.V. vertreten.

Wo normalerweise Menschen zusammenkommen, um Pferderennen beizuwohnen und die Schönheit der edlen Tiere zu bewundern, trafen sich vom 31. Mai bis zum 3. Juni Liebhaber einer völlig anderen Art der Freizeitbeschäftigung: Garten-, Gourmet- sowie Wohn- und Modetrends galt das Interesse der „Home & Garden"-Besucher. In einer grün-weißen Pagodenstadt präsentierten über 200 Anbieter Ideen und Dienstleistungen rund um das Thema Garten. Themengestaltungen wie Japanische Gärten, Feng Shui, Sylt- oder Kräuter-Garten sowie Wohlfühloasen zu Hause sind voll im Trend. Doch nicht nur Gartenliebhaber kamen auf ihre Kosten. Auch neue Moden im Küchen- und Wohnambiente wurden ebenso gezeigt wie Anregungen zur Pflanzen- und Möbelpflege erteilt. Für Anhänger des Hobbys „Kochen" wurden Gourmet-Kochkurse angeboten, Autoliebhabern wurde eine Oldtimershow geboten.

Erstmals stellte sich in diesem Jahr unter dem Motto „Berlin, Berlin" die Hauptstadt auf einem zentral gelegenen Areal vor. Auf einem Gemeinschaftsstand zeigten Aussteller einen vielfältigen Querschnitt des Berliner Angebots. Als Besonderheit kann sich mit Fug und Recht der Stand des Hamburger Freundeskreises im Förderverein Berliner Schloss e.V. betrachten. Der Verein unterstützt seit Jahren den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses. Wilhelm v. Boddien gründete 1992 den Förderverein Berliner Schloss e.V. und erntete zunächst Ablehnung seitens der Berliner. Erst die spektakuläre Simulation der Schlossfassade mit Hilfe eines Gerüstes und bemalter Plane in Originalgröße 1993/94 rüttelte die Hauptstädter auf. Nun konnten sie sich vorstellen, wie schön ihr Stadtzentrum wieder aussehen könnte. 2009 wurde zu diesem Zweck das Humboldtforum gegründet, als dessen Bauherr und Betreiber die Stiftung Berliner Schloss auftritt. Der Wiederaufbau des Schlosses wird zu einem großen Teil durch private Spenden finanziert, an deren Sammlung sich auch der Hamburger Freundeskreis mit vielfältigen Aktionen beteiligt. Auf der „Home & Garden" veranstalteten Vereinsmitglieder ein Gewinnspiel, dessen Erlös zur Rekonstruktion der „Flora", der Statue einer Frauengestalt, welche in der römischen Mythologie die Göttin all dessen ist, was blühen und Früchte tragen soll, eingesetzt wird. Wenn das Berliner Schloss 2019 als Humboldt-Forum wiedererstanden ist, soll die Statue in dessen Schlüterhof wie einst das Portal V zieren.

Zum ersten Mal mit eigenem Stand auf der Gartenmesse vertreten: Hamburger Freundeskreis im Förderverein Berliner Schloss e.V.; Wilhelm von Boddien, Geschäftsführer (oben rechts) Bilder: (3) MRK

Vereinsgründer Wilhelm von Boddien informierte in seinem Grußwort über das wohl bedeutendste Kulturprojekt der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert. Er zeigte sich zufrieden darüber, dass nach fast 20-jähriger Debatte das Berliner Schloss nun als Humboldt-Forum wieder aufgebaut werden kann. Im April dieses Jahres wurde bereits mit den Bauarbeiten begonnen. Das Humboldt-Forum soll auf der Museumsinsel in einzigartiger Weise die Kunstschätze der Stiftung Preußischer Kulturbesitz aus der ganzen Welt, Schätze der Antike, wissenschaftliche Sammlungen der Humboldt-Universität sowie einige Abteilungen der Landes- und Zentralbibliotheken bündeln. Im Schloss sollen nicht nur die Künste Europas, sondern auch der anderen Kontinente gezeigt werden. Ein Ort der Weltkünste und Weltkulturen, der dazu beitragen möge, dass sich die Menschen besser verstehen. Denn, so zitierte v. Boddien den großen Gelehrten Alexander von Humboldt: „Die gefährlichste aller Weltanschauungen ist die derjenigen Leute, die die Welt nie angeschaut haben." Aus diesem Verständnis heraus könnten wir eher zur Lösung der Probleme der Globalisierung und der Migration beitragen.

Ein weiterer Höhepunkt der diesjährigen „Home & Garden" war die Anwesenheit der preisgekrönten Gartenarchitektin Gabriella Pape. Die gebürtige Hamburgerin hat in Großbritannien Biologisch Dynamische Landwirtschaft, Horticulture und Landschaftsarchitektur studiert. Sie hat sich einen Namen durch vielseitige Garten- und Parkgestaltungen in Europa, Südamerika und Asien gemacht und gewann zahlreiche Preise, zuletzt auf der „Chelsea Flower Show".

Gabriella Pape eröffnete 2008 die „Königliche Gartenakademie Berlin", die auf dem ehemaligen Gelände der Königlichen Gelehrtenanstalt von Peter Joseph Lenné entstand. Die aus dem Jahr 1903 stammenden Gewächshausflügel waren restauriert und für die heutigen Zwecke umfunktioniert worden. Damit hat die Gartenarchitektin ihre Vision von einem Zentrum für die Förderung und die Wiederbelebung der Gartenkultur in Deutschland verwirklicht. Eine Kostprobe ihrer Kunst konnten die Besucher der „Home & Garden" bewundern und sich auch persönlich beraten lassen.

Manuela Rosenthal-Kappi

Arrangement mit gelbem Mohn: Preisträgerin Gabriella Pape stellte einige Beispiele ihrer Kompositionen aus

Die Stimme der unruhigen sowjetischen Jugend

»Der Tod ist dafür da, um zu leben« – Die sowjetische Rock-Legende Viktor Zoj würde 50 Jahre alt

Die Nachwelt flicht dem Mimen keine Kränze", sagt ein Sprichwort. Nicht so bei diesem Unsterblichen am Musikhimmel. Die „Omas aus Buranowo", die beim jüngsten „European Song-Contest" Russland vertraten, tischten seinen Hit „Ein Stern namens Sonne" in poppigem Arrangement wieder auf. Seine gut mit der Gitarre zu begleitenden Lieder werden von Jugendlichen auf den Moskauer Protest-Demos gegen den neualten Präsidenten Putin gesungen, und der Song „Wir warten auf Veränderungen" darf im weißrussischen Staatsrundfunk seit Jahren nicht gespielt werden. Keine russische Stadt, in der nicht sommers in den Parkanlagen junge Leute zusammensitzen und seine Texte schmettern. Sogar im weit entfernten Hamburg organisierten jugendliche russische Einwanderer an seinem 20. Todestag ein Gedenktreffen.

Es geht um den unvergessenen Viktor Zoj, einen sowjetischen Rockstar und Schauspieler der 80er Jahre mit Kultstatus. Am 21. Juni könnte er seinen 50. Geburtstag feiern, wäre er nicht am 15. August 1990 in der Gegend des lettischen Badeorts Jurmala am Steuer seines Moskwitsch 2141 bei nicht weniger als 130 Stundenkilometern eingeschlafen und in einen entgegenkommenden Bus gerast. So lautete jedenfalls die Version der Miliz – während jeder, der diesen ostigen Mittelklassewagen nur einigermaßen kennt, weiß, dass er nur mit Mühe auf 130 zu bringen ist. Bei dem dann ohrenbetäubenden Rumpeln und Poltern ist an Schlaf nicht zu denken. Gerüchte über einen Mordanschlag gegen den auf dem Höhepunkt seiner Popularität stehenden Frontmann der Gruppe "Kino" verstummten nie. Die am meisten verbreitete Erklärung macht Glauben, Zoj sei abgelenkt gewesen, weil er eine Kassette im Recorder umdrehen wollte. In der Tat fand sich im Unglückswagen eine Studiokassette, dessen Aufnahmen im Dezember 1990 für einen sozusagen tönenden Nekrolog genutzt wurden: „Das Schwarze Album" war der Titel der letzten Veröffentlichung Viktor Zojs, mit dem ein Künstler starb, der für den Glanz der sowjetisch-russischen Musikszene stand. Die Band „Kino", ihres charismatischen russisch-koreanischen Sängers beraubt, zerfiel wie der Staat, dessen spezifische politisch-kulturelle Situation zur Perestrojka-Zeit ihren schwindelerregenden Erfolg möglich gemacht hatte.

In Dmitrij Schostakowitschs Memoiren ist es nachzulesen – dass Stalin im Januar 1936 mit seinem Prawda-Artikel „Chaos statt Musik" die musikalische Moderne der Sowjetunion abwürgte und die Komponisten verpflichtete, „volkstümlicher" zu schreiben. Die kuriose Konsequenz war, dass die klassische russische Volksmusik eine wohlklingende Fortsetzung in den Kompositionen von Matwej Blanter, Isaak Dunajewski und anderen fand. Selbst die ersten antistalinistischen Lieder der 60er Jahre von Wladimir Wysockij, Bulat Okudshawas und anderen – unterlagen noch diesem Trend zum Wohlklang, der selbst die legendären Lieder der aus dem Gulag heimkehrenden Stalinopfer prägte.

In den frühen 80ern erfolgte die Wende zu expressiven Texten und Melodien, deren Symbolfiguren die Sänger und Songschreiber Viktor Zoj und Igor Talkow (1956–1991) waren. Talkow liebte noch schöne Melodien, die seinen anklagenden Liedern („Der blutige Henker Lenin band Russland in rote Lappen") besonderes Flair verliehen. Trotz Gorbatschow und Ende der Sowjetunion glaubte Talkow nicht an eine grundlegende Wende. Im Oktober 1991 wurde er unmittelbar vor einem Konzertauftritt in Leningrad von bis heute unbekannten Tätern ermordet.

Anders Wiktor Zoj, hinter dem der legendäre „Leningrader Rock-Club" stand, der die ganzen 80er Jahre über Heimstatt zahlreicher Rockbands und ihrer aufmüpfigen Musik war. Zoj betrachtete Wysokkij als sein Vorbild und war mit Talkow gut bekannt, hatte aber künstlerisch mit beiden wenig zu tun. Leningrad, davor und danach Sankt Petersburg, ist laut Puschkin „Russlands Fenster nach Europa", und wer ein Fenster aufstößt, wendet seinem Haus den Rücken zu. Ende der 70er Jahre begann Zoj seine musikalische Karriere mit seiner Gruppe „Kino", zuständig für harten Rock, anfangs gefördert durch Boris Grebenschikow von der Gruppe „Aquarium", die mit eingängigem Independent Lorbeeren erntete. Wenn Lieder oder Aufnahmen allzu harsch ausfielen, gab es unerwartete Ausweichmöglichkeiten. So flüchtete Zoj im Herbst 1983 für anderthalb Monate in eine Pariser psychiatrische Klinik, wo er heimischem Zensurstress und der Einberufung in die Sowjetarmee auswich. Im darauffolgenden Frühjahr trat er mit „Kino" beim zweiten Festival des Rockclubs auf, wo er mit dem Lied „Ich erkläre mein Haus zur kernwaffenfreien Zone" Triumphe feierte. 1987 erreichte „Kino" mit ihrem siebten Album „Blutgruppe" einen Riesenerfolg, der auch der endgültige Durchbruch des Rocks in der Sowjetunion war.

„Ich mag es nicht, wenn man mich belügt / Doch von der Wahrheit bin ich auch müde": „Kino"-Sänger Viktor Zoj bei einem Konzert in seiner Heimatstadt Leningrad, Mai 1988 Bild: kinoman.net

„Kino" wurde vom KGB als „ideologisch schädliche Gruppe" beargwöhnt, was Zoj wenig tangierte, da der Leningrader Rock-Club heimliche Beschützer wie KGB-General Oleg Kalugin hatte. Zoj und die Seinen profitierten von Gorbatschows Machtantritt 1985. „Wir warteten auf den Sommer, doch es kam Winter", „Zum 100. Mal fällt das Brot runter mit der Butter nach unten" oder „In unseren Augen – das verlorene Paradies / In unseren Augen – eine verschlossene Tür" – Texte wie diese gaben der völlig enttäuschten, aller kommunistischen Illusionen beraubten Jugend jener Jahre Ausdruck und Stimme.

Anfang 1989 tourte „Kino" erfolgreich durch die USA, und daheim eilten diese „Perestrojka-Beatles" von Erfolg zu Erfolg, den größten erlebten sie am 24. Juni 1990 im Moskauer Luschniki-Stadion, wo man ihnen zu Ehren erstmalig seit 1980 die olympisch Flamme entzündete. Es war Zojs letztes Konzert.

„Zoj ist rechtzeitig gestorben, denn seine letzten Arbeiten waren schon schwächer als seine früheren, und sein weiteres Schaffen wäre noch schlechter geworden", konnte man von Kritikastern nach seinem Tod hören. Aber Zoj lebt in seinen Texten und Liedern weiter, auch in Dokumentar- und Spielfilmen wie „Igla" (Die Nadel), der ihm 1989 von der Zeitschrift „Sowjet-Bildschirm" die Auszeichnung als bester Schauspieler des Jahres einbrachte.

Wolf Oschlies/Christian Rudolf

Reise in die Zarenzeit

Auf Spuren der Großmutter

So mancher findet, dass das Leben der eigenen Großmutter einer Biografie würdig sei. Eben dieser Meinung war auch die in London geborene und in England aufgewachsene Sofka Zinovieff. Zum Glück. Denn ihre Großmutter, Sofka Dolgorukij (1907–1994), war nicht nur eine Nachkommin von Katharina der Großen, sondern auch eine ungewöhnliche Frau.

Zunächst feudal aufgewachsen in den Palästen von St. Petersburg, wendete sich im Jahr 1914 das Blatt für die Zarenfamilie und deren Freunde und Verwandte. So befand Sofkas Großmutter Olga (1848–1927), dass es an der Zeit sei, der Stadt St. Petersburg vorerst den Rücken zu kehren und sich auf die nach wie vor der besseren russischen Gesellschaft vorbehaltene Halbinsel Krim zurückzuziehen. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch noch nicht abzusehen, dass es sich um eine Reise ohne Rückkehr handeln sollte.

Enkelin sucht Familienanwesen

In der Biografie „Die rote Prinzessin. Ein revolutionäres Leben" berichtet die Enkelin von Prinzessin Sofka Dolgorukij von ihrer Reise auf den Spuren des Lebens ihrer Großmutter. So bereiste die Autorin sämtliche Orte aus den Tagebuchaufzeichnungen ihrer Großmutter, unter anderem auch die Stadt Jalta im Süden der Halbinsel Krim.

„Meine eigene Reise auf die Krim fand 77 Jahre später statt und begann mit einem holprigen Aeroflot-Flug von St. Petersburg ... Sofka und Olga nahmen von Simferopol eine Pferdekutsche, die sie über das Innere der Halbinsel Krim nach Jalta an die Küste brachte ... Ich wusste nicht, was mit dem Anwesen der Dolgorukijs in Mischkor geschehen war, aber ich hatte ein Hotel in der Nähe eines Dorfes mit demselben Namen buchen können. Der Taxifahrer setzte mich in einer riesigen, nichtssagenden Hotelburg ab, wo es von spärlich bekleideten Russen mit leuchtenden Sonnenbränden nur so wimmelte."

Der Leser kann die Kälte, welche von dem hässlichen, aus der Sowjetzeit stammenden Urlaubsbunker ausgeht, quasi durch die Seiten hindurch spüren. Eine wunderschöne Insel, auf welcher die Zaren einst luxuriös und opulent ihren Urlaub zu verbringen pflegten, verkommt zu einer billigen Touristeninsel, die heute Urlaub für jedermann in schuhkartongroßen Zimmern mit drittklassiger Verpflegung verspricht. Umso erhebender ist der erste Moment, als Sofka Zinovieff – dank einiger engagierter Taxifahrer – das Anwesen in Mischkor findet.

Zwei Weltkriege und viel Leid musste Sofka Dolgorukij erdulden. Ein Leben ohne feste Wurzeln, ein Leben mit einem Zuhause hier und da, aber dennoch ohne Heimat. Ein zügelloses, zum Teil oberflächliches Leben, geprägt von vielen Liebhabern und dennoch ohne die große Liebe. Ein Leben voller Chaos und Wandel, voller Erkenntnisse und dennoch ohne festen Halt. „Ich habe Bergen-Belsen einen Monat nach seiner Befreiung gesehen. Und egal wie viel Blödsinn ich rede und egal wie verrückt ich mich bei Partys aufführen kann, das ist dennoch wie ein düsterer Hintergrund da, eine Erinnerung an das, was wir mit jedem Funken unserer Kraft bekämpfen müssen. Nicht nur den Krieg, sondern die Grausamkeit des Menschen ... Ich kann nicht akzeptieren, dass eine Tat ein ‚Verbrechen' ist, wenn sie ein Deutscher begangen hat, und ein ‚Fehler', wenn sie unter Stalin geschieht. Von einem bin ich heute wirklich absolut überzeugt, nämlich, dass wir alle, mehr als alles andere, die Wahrheit brauchen." *Vanessa Ney*

***Sofka Zinovieff: „Die rote Prinzessin. Ein revolutionäres Leben"**, Insel Verlag, Berlin 2011, broschiert, 366 Seiten, 9,95 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD, Mendelssohnstraße 12, 04109 Leipzig, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.

Jenseits jeglicher Vernunft

Mit vielen Fakten entlarvt Sarrazin den Euro als ideologisches Projekt

Die 460 Seiten brächten „strikt ökonomisch gesehen nichts Neues", so Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, über „Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat". Zugleich böte das umstrittene Buch von Thilo Sarrazin jedoch eine „saubere Analyse". Diesem Urteil ist aus rationaler Sicht vollkommen zuzustimmen. Doch wenn das Buch wirklich nichts Neues bietet, warum löste seine Veröffentlichung dann einen Sturm der Entrüstung aus? Wohl weil die darin sauber zusammengetragenen Fakten über den Euro, seine Entstehungsgeschichte und die bisherigen Versuche seiner Rettung bei Ökonomen zwar nicht umstritten sind, bei Politik und Medien jedoch nicht gerne so gesehen werden. Denn im Grunde sagt Sarrazin, dass der ganze Euro ein hochideologisches, politisches Projekt ist, das gegen jede wirtschaftliche Vernunft durchgezogen werden soll.

Eigentlich hat Sarrazin ein Volkswirtschaftsbuch geschrieben. Da er im Laufe seines Berufslebens schon vor seiner Zeit als Finanzsenator in Berlin und Vorstandsmitglied der Bundesbank als Beamter an wichtigen Schaltstellen der Politik gedient hat, unterfüttert er viele Beschreibungen mit seinen Erfahrungen. Das ist zum Teil interessant, kann aber mitunter nerven, da es ein wenig so wirkt wie „Ich hab's Euch doch damals schon gesagt". Aber im Grunde ist Sarrazin auch ein „Besserwisser", denn als studierter Volkswirt, der viele Jahre in dieser Funktion aktiv war, weiß er einfach mehr über die Materie als die ganzen Berufspolitiker, die eigentlich Jurist, Lehrer oder Physiker sind, aber dafür die Entscheidungen treffen.

Buch ist keineswegs spektakulärer Aufruf zur Rebellion

Und dass diese Entscheidungen auf bedenklichen Grundlagen getroffen werden, belegt der Autor anhand zahlreicher Beispiele. So habe der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl die Einheitswährung aus der Perspektive der Nachkriegszeit mit dem für Deutschland verlorenen Zweiten Weltkrieg im Rücken gesehen. Und nicht nur er. „Auch Angela Merkel ist offenbar die Gefangene jenes deutschen Nachkriegs-Denkstils, wonach nur ein letztendliches Aufgehen Deutschlands in Europa Deutschland vor sich selbst und die Welt vor Deutschland retten könne. Dieser Denkstil hat uns in ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang geführt, und er blockiert jetzt die deutsche politische Klasse bei der Suche nach Auswegen", klagt der Volkswirtschaftler Sarrazin, der dem Leser, bevor er dieses Urteil spricht, lang und ausführlich erklärt hat, warum der Euro ökonomisch niemandem einen langfristigen Segen bringen kann.

Und was heißt eigentlich „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa", was so viele deutsche Politiker immer wieder behaupten? Von welchem Europa sprechen die politischen Protagonisten da eigentlich? Sarrazin ist überzeugt, dass sie nicht den Kontinent meinen, auf dessen Geschichte der Autor kurz eingeht, sondern die Vision der Vereinigten Staaten von Europa. Diese seien jedoch für die Volkswirtschaftler historisch und rational nicht zu begründen und bestenfalls eine alte Idee aus der direkten Nachkriegszeit, die sich aber längst überlebt habe. Hier, gegen Ende des Buches, wird Sarrazin dann echt boshaft, da er die fanatischen Euro-Retter mit DDR-Chef Erich Honecker vergleicht, der selbst kurz vor dem Fall der Mauer noch sagte „Vorwärts immer, rückwärts nimmer".

Doch was schlägt Sarrazin für die Zukunft vor? Sein ständiges Rumreiten auf dem Festhalten an der No-Bail-out-Klausel des Maastricht-Vertrages hilft ja nichts mehr, weil sie schon unzählige Male gebrochen wurde. Im Grunde sind Sarrazins Lösungsvorschläge relativ brav und gehen konform mit den Fiskalpakt-Vorschlägen von Angela Merkel. Nur dass sich auch schon hier wieder in der Realität zeigt, dass sie nicht eingehalten werden. Dann fordert er noch, auf gar keinen Fall eine Transferunion zuzulassen, da diese nachweislich die Wettbewerbsunterschiede zwischen den Ländern zementiere, statt sie zu beheben, doch auch hier kommt er zu spät. Den Vorschlag von Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel, einen Nord- und einen Süd-Euro einzuführen, hält er sogar für einen Affront gegen Frankreich. Und somit bietet „Europa braucht den Euro nicht" zwar eine scharfe Zustandsbeschreibung und Analyse der Vergangenheit, doch keineswegs einen Aufruf zur Rebellion gegen den Euro an sich. *Rebecca Bellano*

***Thilo Sarrazin: „Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat"**, DVA, München 2012, geb., 461 Seiten, 22,99 Euro*

Für Liebe keine Zeit

Satire auf den Wissenschaftsbetrieb und Beziehungen im digitalen Zeitalter

In Zeiten hoher Scheidungsraten sind Versprechen wie „In guten wie in schlechten Zeiten" und „Bis dass der Tod uns scheidet" schnell hinfällig. Die sinkende Zahl der Eheschließungen und der Zuwachs der Singlehaushalte lassen auf ein Aussterben von lebenslangen Bindungen schließen. Die persönliche Individualität und Selbstverwirklichung steht im Vordergrund und stellt die Verantwortung gegenüber Partner und Familie hinten an. Der Wunsch nach einer stabilen Beziehung ist nach wie vor vorhanden, aber sowohl die eigenen Ansprüche als auch die Anforderungen nach beruflicher Flexibilität und Mobilität auf dem globalisierten Arbeitsmarkt erschweren seine Realisierung. Der Lebenspartner wird immer häufiger zum Lebensabschnittgefährten.

Diesem gesellschaftlichen Trend folgt auch der Protagonist in Arnon Grünbergs Roman „Mit Haut und Haaren". Darin ist Roland Oberstein, der wie sein Schöpfer Niederländer ist, mit seinem Beruf verheiratet. Für seine Karriere hat sich der Wirtschaftswissenschaftler von seiner Frau getrennt und ist in die USA gezogen. Dort erforscht er an einer New Yorker Universität die Geschichte der Spekulationsblasen, die bekanntermaßen zu Preiseinbrüchen bis hin zum Börsencrash führen. Neben seiner Liebe zu Zahlen und Statistiken bleibt keine Zeit für Beziehungen, weder zu seiner Ex-Frau Sylvie und seinem Sohn Jonathan noch zu seiner in Amsterdam gebliebenen Freundin Violet.

Nicht einmal ein Seitensprung Violets bewegt den Gefühlskrüppel: „Verzweiflung kostet Zeit, und wenn er etwas nicht hat, ist es das: Zeit." Erst die Holocaust-Forscherin Lea, deren Spezialgebiet Auschwitz-Lagerkommandant Rudolf Höß ist, lässt den Workaholic auftauen. Beide beginnen eine Affäre. Lea fühlt sich seit langem von ihrem Mann, dem Bezirksbürgermeister Brooklyns, vernachlässigt, der seinerseits ein Verhältnis mit einem jungen Mann hat. Doch auch sie hat Schwierigkeiten, zu Roland durchzudringen. Die Protagonisten kommen sich näher, ohne sich nahe zu sein.

„Mit Haut und Haaren" ist eine bitterböse Satire auf den Wissenschaftsbetrieb, die Finanzwelt und moderne Beziehungen im digitalen Zeitalter. Durch die Perspektivwechsel sowie die Verknüpfung von Gegenwart und Rückblenden gelingt es dem Autor, die verwobenen Personenkonstellationen zu veranschaulichen. Rasche Ortswechsel zwischen Frankfurt, Amsterdam und New York sowie ein flotter Schreibstil sorgen für Abwechslung. *Sophia E. Gerber*

***Arnon Grünberg: „Mit Haut und Haaren"**, Diogenes, Zürich 2012, geb., 688 Seiten, 22,90 Euro*

Unabhängige Geister

Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft wird 50

Dass die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (SWG) 50 Jahre lang aus eigener Kraft, ohne jede Hilfe aus öffentlicher Hand bestehen konnte, ist schon bemerkenswert genug. Und 50 Jahre lang konnte sie auch ihr „Deutschland-Journal" herausgeben mit Beiträgen, in denen unabhängige Geister gegen den Zeitgeist anschrieben. Zum Jubiläum erschien nun eine Sonderausgabe. die deutlich macht, wie sich die allgemeine Haltung gewandelt hat. Wenn es zur Zeit der Gründung der SWG selbstverständlich war, dass die große Mehrheit der Deutschen solidarisch zu ihrem Volk und Land stand und sich gemeinsam ehrlich bemühte aufzuklären, was „damals" wirklich geschah, ist die „Bewältigung" der Vergangenheit heute gekennzeichnet von Häme, Verdrehungen, Weglassungen. Der Vorsitzende der SWG, Menno Aden, erinnert sich in dem Geleitwort zum Jubiläumsheft an seinen Vater, Soldat im Zweiten Weltkrieg, der gesagt hat: „Es ist geschehen. Wir Deutschen müssen dazu stehen. Gott hat uns aber dieses Vaterland gegeben, dass wir es wieder zu Ehren bringen." Wie ist dieses Wort meilenweit entfernt von der würdelosen Selbsterniedrigung, durch die sich heutige deutsche Politiker wie „Historiker" auszeichnen.

Sonderausgabe zum Jubiläum

Der US-Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas, der das Jubiläumsheft mit einem temperamentvollen Grußwort eröffnet, drückt seine Verachtung für eine solche Haltung aus: „In Deutschland und Österreich herrscht eine besondere Form der Entstellung der Wahrheit, die auch als ‚Bewältigung' der Vergangenheit bezeichnet wird." Sie „widere ihn an". Das Heft enthält einige Aufsätze aus den vergangenen Jahren, und man wundert sich, wie offen sich damals deutsche Regierungsmitglieder und Professoren äußerten. Anhand von Unterlagen, die der „Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR" (Gauck-Behörde) der SWG zur Verfügung gestellt hat, wird geschildert, wie damals die Stasi versucht hatte, die SWG zu unterwandern. Alarmierend, dass gerade in jüngster Vergangenheit dieses Material wieder hervorgeholt wird, um erneut die SWG und die ihr nahe stehenden Kräfte zu diffamieren. Man könnte daraus schließen, dass Reste der Stasi erneut am Werk sind, die Bundesrepublik zu zersetzen. *H.-J. von Leesen*

Das Sonderheft ist gegen Einsendung eines Fünf-Euro-Scheines pro Exemplar für Versandkosten und Schutzgebühr erhältlich bei der SWG, Postfach 26 18 27, in 20508 Hamburg.

Mauer des Schweigens

Archivar löst mysteriöse Fälle auf der Insel Nordhörn

Man schreibt das Jahr 1958: Steffen Stephan wird als Aushilfsarchivar auf die Insel Nordhörn versetzt. Das ist nicht gerade sein Traumjob, aber er ist froh, seinen Dämonen vom Festland entrinnen zu können. Dafür nimmt er auch den Aufenthalt auf der abgelegenen Insel gern in Kauf.

Auf der Insel stolpert der Protagonist aus „Nordhörn – Ein Nordsee-Krimi" über Schatten aus der Vergangenheit der Inselbewohner – die Abgeschiedenheit der Insel lässt viele ungeklärte Konflikte schwelen. Sein Vorgänger ist unter merkwürdigen Umständen ums Leben gekommen, die Obrigkeit sieht es als Unfall an, aber unter der Hand tuschelt man von Mord. Er knüpft nähere Kontakte zu seinen Kolleginnen und freundet sich mit einigen Insulanern an, während er von anderen offen angefeindet wird. Außerdem mag er keinen Fisch und eckt damit bei den Dorfbewohnern an.

Auf Nordhörn spielte die Strandräuberei stets eine Rolle. Aber was hatte das Schiff damit zu tun, das vor 20 Jahren havariert an Nordhörn vorbei getrieben ist? Zwei Handlungsstränge

Havariertes Schiff wirft Fragen aus

ziehen sich durch den Roman, die geschickt miteinander verwoben sind. Immer wieder stößt Steffen Stephan auf eine Mauer des Schweigens. Als die Fähre wegen Eisgangs den Betrieb einstellt, wird er zum Gejagten.

Jürgen Rath schildert in „Nordhörn – Ein Nordsee-Krimi" einen melancholischen, sympathischen Protagonisten, der nur seine Arbeit tun will, aber unfreiwillig in die Streitigkeiten der Inselbewohner hineingezogen wird. Die Geschichte spielt Ende der 50er Jahre, eine nahe Vergangenheit, die aus eigener Erfahrung oder den Erzählungen der Elterngeneration noch präsent ist. Das Wirtschaftswunder ist auf der Insel noch nicht angekommen, aber auch die Vorkriegsgeschichte ist noch nicht abgeschlossen. Die Erzählung lebt von den exakt gezeichneten Charakteren und leisen Tönen. Gern verfolgt der Leser die Wege von Steffen Stephan und ist an seiner Seite, wenn auf ihn geschossen wird, aber auch wenn er anfängt, sich gegen anscheinend übermächtige Gegner zu wehren. Ein spannender Krimi mit norddeutschem Lokalkolorit, den man kaum aus der Hand legen mag. *Britta Heitmann*

***Jürgen Rath: „Nordhörn – Ein Nordsee-Krimi"**, Sutton-Verlag, Erfurt 2012, broschiert, 266 Seiten, 12 Euro*

Vom Autor signiert!

Gerd Schultze-Rhonhof
Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939
Geb., 516 Seiten
Best.-Nr.: 6746, € 34,00

Hermann Pölking
Ostpreußen – Biographie einer Provinz
928 S., 131 Abb., 15 Karten
Best.-Nr.: 7144, € 29,95

Bruno Bandulet, Wilhelm Hankel, Bernd-Thomas Ramb, Karl Albrecht Schachtschneider, Udo Ulfkotte
Gebt uns unsere D-Mark zurück!
Gebunden, 160 Seiten
Best.-Nr.: 7184, € 12,95

Die schönsten Volkslieder
CD
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann u.v.m.
Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893, € 14,95

Musik von Friedrich II.

Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95
CD

Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95
CD

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95
CD

DVD
Sonderangebot statt € 25,80 nur € 19,95
Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.
Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel, Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95

DVD
Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

CD
statt € 12,90 nur € 9,95
Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder in ostpreußischem Dialekt
Laufzeit: 46 Minuten
Best.-Nr.: 1057

CD
Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740
Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95

CD
Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95

CD
Frohe Jagd!
Konzertsuite nach jagdlichen Motiven
Es spielt das Stabsmusikkorps der Bundeswehr unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
15 Titel, Gesamtspielzeit: 40:57 Min
Best.-Nr.: 7180, € 14,95

Thilo Sarrazin
Europa braucht den Euro nicht
Geb., 464 Seiten
Best.-Nr.: 7181, € 22,99

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Klaus Hornung
Scharnhorst
Soldat, Reformer, Staatsmann,

Die Biographie, Klaus Hornung führt in seiner historisch-politischen Scharnhorst-Biografie dem Leser vor Augen, welchen unersetzlichen Platz Scharnhorst unter den Großen der Deutschen einnimmt, und er macht deutlich, dass das Wissen um das umsichtige Wesen und die hervorragenden Leistungen dieses bedeutenden Preußen zum besseren Verständnis der damaligen Ereignisse unumgänglich ist
Bechtle, 2001, gebundene Ausgabe, 349 Seiten
Best.-Nr.: 2066

statt € 19,90 € 12,95

Edle Ostpreußen-Accessoires – die letzten Exemplare jetzt zum Sonderpreis!

Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092

Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

statt je € 29,95 nur noch € 19,95

E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00

Douglas, R. M.
Ordnungsgemäße Überführung
Gebunden, 556 Seiten mit 16 Bildern und 3 Karten
Best.-Nr.: 7187, 19,95

Peter Gosztony
Der Kampf um Berlin 1945
in Augenzeugenberichten

Der Beginn der Großoffensive der Roten Armee am 16. April 1945 gegen die Hauptstadt Deutschlands läutete das letzte große Kapitel des Zweiten Weltkrieges in Europa ein. Mit wuchtigen Schlägen hatte sie die Wehrmacht seit Jahresbeginn vor sich hergetrieben und bis zur Oder und Neiße zurückgedrängt. Jetzt setzen die Sowjets mit ihrer großen zahlen- und materialmäßigen Überlegenheit zum alles entscheidenden Schlag an.

Peter Gosztony dokumentiert den Untergang des Dritten Reiches im Kampf um Berlin anhand einer Vielzahl von Augenzeugenberichten, die diese letzten dramatischen Wochen bis zur Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai aus nächster Nähe erlebt habe. Militärische Befehlshaber wie einfache Soldaten, politische Akteure wie auch Menschen auf den Straßen Berlin kommen in diesem unglaublich beeindruckenden Band gleichermaßen zu Wort und schildern, was sie erlebten, erlitten, beobachteten, anordneten, dachten und fühlten. Der verzweifelte Kampf der Verteidiger Berlins, die Unseinsichtigkeit der braunen Machthaber im Führerbunker um Adolf Hitler und dessen Selbstmord, das unfassbare Leider der Zivilisten bei der Eroberung der Reichshauptstadt durch die Rote Armee können kaum authentischer und fesselnder wiedergegeben werden als in diesem neuen Band.
Geb., 436 Seiten
Best.-Nr.: 7188

€ 19,95

CD
€ 14,95
Soldaten- und Matrosenlieder
insgesamt 31 Titel
Best.-Nr.: 7182

2 CDs
€ 14,95
Deutsche Märsche
insgesamt 60 Titel
Best.-Nr.: 7183

2 CDs
Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann u.a.
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund u.v.a.
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074, € 12,95

Peter Bannert
Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-49
Kart., 178 Seiten
Best.-Nr.: 7173, € 12,90

Pommern-Schirmmütze

Pommern-Schirmmütze
dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen
Best.-Nr.: 7176, € 14,95

statt € 7,40 nur noch € 3,95
Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

Preußen-Schlüsselanhänger

Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger

Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

CD
€ 9,95
Traupaar des deutschen Films
Willy Fritsch und Lilian Harvey
insges: 13 Titel Inhalt: Wir zahlen keine Miete mehr, Liebling mein Herz läßt Dich grüßen, u.a
Best.-Nr.: 7185

CD
€ 9,95
Barnabbas von Geczy und sein Salonorchester
Sag' beim Abschied leise „Servus"
21 Titel
Best.-Nr.: 3304

DVD
Alfred de Zayas:
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95

Vom Autor signiert!
Gerd Schultze-Rhonhof
Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939
Errichtung und Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg
Geb., 516 Seiten
Best.-Nr.: 6746, € 34,00

statt € 19,00 nur noch € 12,95
Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 24/12
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Schwarzer weiß sich zu helfen

Hamburg – Wohin der erspielte Gewinn gespendet werden sollte, wusste Alice Schwarzer sofort, als sie zusammen mit ihrer Team-Partnerin Sarah Wiener 150000 Euro in der „Quizshow“ von Jörg Pilawa gewonnen hatte. 70000 Euro ihres Gewinns sprach sie dem FrauenMediaTurm in Köln zu, einem, wie Schwarzer sagte, „ganz stolzen Frauenarchiv“. Zufälligerweise ist das Archiv von Schwarzer selbst gegründet worden und verlor vor kurzem, da konzeptionell umstritten, einen Teil seiner Fördermittel des Landes NRW. *Bel*

Sergeant stiehlt aus Hunger

Athen – Ein griechischer Sergeant (Unteroffizier) wurde auf frischer Tat ertappt, wie er in einen Supermarkt in der Stadt Arta eingebrochen ist. Ein Anwohner hatte die Polizei verständigt, weil am frühen Morgen lange vor Ladenöffnung Lärm aus dem Geschäft drang. Der 43-Jährige gab an, Hunger zu haben und sich von seinem Sold keine Lebensmittel mehr leisten zu können. *H.H.*

ZUR PERSON

Eltern schrieben Deutschland ab

Es war wohl eher Taktik als Bescheidenheit, dass **Anke Spoorendonk** vom Südschleswigschen Wählerverband (SSW) sich zunächst sträubte, ihre Ambitionen auf ein Ministeramt in einer Kieler „Dänenampel-Koalition“ zu bekunden. Nun bekommt sie doch eines und wird von den Medien bereits zur „mächtigsten Frau im Norden“ hochstilisiert. Mit ihr bekommt erstmals in Deutschland ein Mitglied einer nationalen Minderheitenpartei einen Kabinettsposten.

Spoorendonk wurde am 21. September 1947 in Busdorf bei Schleswig geboren. Zwei Jahre zuvor hatte sich ihre Familie entschieden, Angehörige der dänischen Minderheit zu werden. „Aus Frustration über die Nazis und regionaler Verbundenheit mit Südschleswig“, wie Spoorendonk sagt. Durch ihr Elternhaus im organisierten Minderheiten- und Arbeitermilieu sozialisiert, prägten die 68er, die Forderungen nach gesellschaftlichen Reformen und die Diskussion über die NS-Vergangenheit ihr politisches Weltbild.

Nach dem Abitur am dänischen Gymnasium in Flensburg studierte sie in Kopenhagen und kehrte als Lehrerin an ihre alte Schule zurück. Ihre politische Laufbahn begann 1990, als sie in den Kreistag des Kreises Schleswig-Flensburg einzog. Seit 1996 ist sie Landtagsmitglied und seit 2009 Vorsitzende der SSW-Fraktion. Außerdem gehört sie dem Landesvorstand des SSW an. Sie gilt als beharrlich, aber nicht stur. Unter ihrer Führung driftete der SSW von der bürgerlichen Mitte deutlich nach links. So war Spoorendonk 2005 bereit, eine rot-grüne Minderheitsregierung zu dulden, und war deshalb heftigen Anfeindungen ausgesetzt. Ihr neues Ressort deckt so grundverschiedene Bereiche wie Justiz, Europa und Kultur ab. Ein weites Feld, um ihre Vorstellungen von einer „sozialen, bürgerfreundlichen und weltoffenen“ Politik zu verwirklichen. *J.H.*

Spanien wird jetzt schärfer kontrolliert.

Zeichnung: Mohr

Motten

Was in der SPD Tradition ist, warum sie den Niebel so furchtbar hassen, und worauf Deutschland in der vierten Klasse wartet / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Nun hat das Ding auch noch die Motten. Ein Teppichexperte hat laut „Bild am Sonntag“ einen grauen Schleier auf Dirk Niebels Afghanen-Teppich entdeckt. Das deute darauf hin, dass das gute Stück von dem fiesen Klamottenfresser befallen sei. Außerdem habe der Entwicklungshilfeminister viel zu viel bezahlt für den Bodenbelag. 1100 Euro sei der gar nicht wert.

Was für ein Ärger, vor allem aber: Was für eine Gaudi! Der „Skandal“ versetzt die Opposition in helles Entzücken. Das sei jetzt nicht mehr lustig, sagt Andrea Nahles. Dabei kann sie ihr Grinsen nur schwer unter Kontrolle bringen. Ihr SPD-Parteifreund Thomas Oppermann amüsiert sich gar mit dem Bonmot, Steuerhinterziehung habe in der FDP ja „Tradition“. Damit spielt er auf die Flick-Spenden-Affäre von 1983 an, als FDP-Schatzmeister Otto Graf Lambsdorff dafür verurteilt wurde, dass er ein hübsches Sümmchen am Fiskus vorbei in die blaugelbe Parteikasse geschmuggelt hatte.

Ach ja, die 80er! Eine bewegte Zeit: Wir stritten über die Atomkraft, den Nato-Doppelbeschluss, die Wiedervereinigung oder die Erfassungsstelle Salzgitter. Erfassungsstelle ... was? Fast vergessen: Das war eine Einrichtung der Länder, in der politische Häftlinge der DDR registriert wurden. Das hatte praktische Folgen für die Betroffenen: Sobald die SED erfuhr, dass man über einen bestimmten Häftling in Salzgitter Bescheid wusste, verbesserten sich dessen Haftbedingungen schlagartig, auch konnte daraufhin der „Freikauf“ eingeleitet werden.

Die SPD-Länder aber stiegen eines nach dem anderen aus der Finanzierung der Stelle aus und forderten ihre Schließung, Salzgitter schade der „Entspannung“. Danach wären viele SED-Verbrechen im Dunkeln geblieben. Nach geltendem Recht macht sich jemand, der aktiv mithilft, eine Straftat zu verbergen, selbst zum strafwürdigen Komplizen. Die Inhaftierung Unschuldiger aus politischen Gründen ist doch wohl eine Straftat, oder? Ist seit der Salzgitter-Sache Komplizenschaft mit totalitären Menschenschindern in der SPD „Tradition“, Herr Oppermann? Tja, man sollte seine Zunge im Zaume halten, will man sie sich nicht an den eigenen Entgleisungen verbrennen. Der Genosse Oppermann dürfte für eine Weile lispeln.

Überhaupt: Wie müssen die den Niebel hassen, wenn sie derart auf ihn losgehen wegen dieses mottigen Dingsda. Woher der Hass? Nun, zum einen hat der Minister den wunderbaren Zirkus der Hilfsorganisationen durchgelüftet und damit all die vielen Leute, die an dieser Großindustrie der guten Absichten wunderbar verdienen, in Angst und Schrecken versetzt. Die sinnen auf Rache.

> Geht die Krise gut aus, waren es alle Europäer. Geht's schief, sind die Deutschen schuld

Zum anderen ist er politisch inkorrekt: Deutsche Hilfe, so hat er dekretiert, solle auch als deutsche Hilfe erkennbar sein. Die Empfänger sollten wissen, wer sie umhegt.

Bis dahin hatte gegolten, dass deutsche Unterstützung hinter „internationalen Bemühungen“ versteckt wird. Warum? Weil man auf keinen Fall deutsche Interessenpolitik betreiben wollte, das war tabu. Am Ende sind uns die Empfänger noch dankbar und entwickeln prodeutsche Gefühle! Unerträglich.

Diese Praxis fügte sich in eine Art Grundgesetz, nach dem Deutschland nur als solches zu erkennen sein soll, wenn es um etwas Negatives geht: Hitler war das Deutscheste, was es gab, Humboldt hingegen ein „großer Europäer und Weltbürger“. Andere Völker sind indes ausdrücklich zu schonen. So ergeben sich interessante Sprachregelungen: „Die Deutschen“ haben den „Herero-Aufstand blutig niedergeschlagen“, und eben sonst keiner, den Indianergenozid in Amerika hingegen haben „die Europäer“ auf dem Gewissen, also irgendwie auch wir. Hamburg wurde „im Krieg“ zerstört, Coventry „von den Deutschen“. In dieser Logik ist die deutsche Entwicklungshilfe „international“, während die Kugel aus dem Lauf des afrikanischen Warlords als zweifelsfrei „deutsch“ erkannt wird: „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt!“ „Deutsche Hilfe“ gibt es nicht, basta. Es war Zeit, dass Herr Niebel dafür zur Verantwortung gezogen wird, dieses Gesetz gebrochen zu haben. Und wenn wir nichts Besseres finden als einen lumpigen Teppich: In der Not frisst der Teufel auch Motten.

Das Gesetz gilt natürlich auch für die Euro-Krise. Geht sie glücklich aus, waren es die „gemeinsamen Bemühungen“, welche uns alle aus den Fängen des Löwen befreit haben. Je weniger man jedoch an ein glimpfliches Ende glauben mag, desto dicker wird die „deutsche Verantwortung“ herausgestrichen.

Dass es zum Fiasko kommt, daran arbeiten die Entscheidungsträger weiter mit Elan. Spanien sagen sie Milliardenhilfen zu, die Bedingungen dafür aber sollen erst später geklärt werden. Was dabei herauskommt? Probieren Sie's doch einfach mal selbst: Sagen Sie jemandem fest zu, dass Sie ihr Haus ihm – und nur ihm – verkaufen werden, und fangen Sie erst danach an, über den Preis zu verhandeln. Einer von Ihnen beiden wird das Geschäft seines Lebens machen. Sie werden es vermutlich nicht sein.

Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy konnte vor Stolz kaum gehen, als er den Pressevertretern erklärte, er sei nicht als Bittsteller zu den europäischen Partnern gekrochen, sondern er sei es gewesen, der gedrängt und sich durchgesetzt habe. In Athen schlug diese Rede ein wie eine prall gefüllt Bonbonniere. So geht es also auch. Alexis Tsipras, Chef der linksradikalen Partei, die diesen Sonntag Sieger sein könnte, ist ganz aus dem Häuschen vor Begeisterung. Er will sofort alles neu verhandeln.

Weniger begeistert sind Iren und Portugiesen. Die haben sich eisern an ihre Sparzusagen gehalten und fühlen sich nun ziemlich verschaukelt. Es gebe schließlich kein Europa der zwei Klassen, schimpft der Lissabonner Oppositionschef. Tatsächlich? Unfug, es gibt sogar mindestens vier Klassen: In der ersten sitzt demnächst Spanien und vielleicht bald andere Länder, die ohne schmerzliche Auflagen Geld bekommen. In die zweite schmiegen sich die Hilfe-Empfänger Griechenland, Portugal und Irland, in der dritten schmachten die Zahler, die später immerhin alle Verantwortung fürs Scheitern des Euro von sich weisen können. Ganz hinten in der vierten aber, da wo in der Bahn früher die armen Schlucker mit ihrem Viehzeug hockten, da kauert Deutschland ganz allein und erwartet nach seiner Plünderung auch noch den Schuldspruch der Geschichte.

Bei der Geschichte kommt es darauf an, wer sie erzählt. Daher gucken misstrauische Geister lieber dreimal hin, bevor sie etwas glauben. Was jeden Tag aus Syrien berichtet wird, klingt grausam. Grausam war allerdings auch diese Geschichte: 1991 hörten wir auf allen Kanälen, dass irakische Soldaten nach der Besetzung von Kuwait Babys aus Brutkästen gerissen und getötet hätten. Was für Monster!

Später stellte sich heraus, dass die Geschichte der Phantasie einer amerikanischen PR-Agentur im Auftrag der US-Kriegspropaganda entstiegen war. Seitdem wissen wir nicht mehr, was wir von Berichten wie „Assad lässt gezielt Kinder töten und missbrauchen“ halten sollen.

Manchmal braucht man eine Meldung nur etwas gegen den Strich zu bürsten, und es kommt etwas völlig anderes heraus: UN-Beobachter haben sich beschwert, dass syrische Regierungssoldaten sie an einem Kontrollposten erst nicht durchlassen wollten. Als sie doch passieren konnten, seien sie wenig später beschossen worden, heißt: Erst blockieren die Halunken uns, dann schießen sie auch noch. Aber könnte es nicht auch sein, dass der Posten die UN-Leute aus gutem Grunde nicht durchlassen wollte, weil er wusste, dass es da hinten gefährlich werden könnte? Was es dann ja auch prompt wurde? Ist eigentlich egal, denn die zweite Lesart des Vorfalls wird in den Geschichtsbüchern niemals auftauchen.

MEINUNGEN

***Nigel Farage**, Chef der britischen „United Kingdom Independence Party“, berichtet der „International Business Times“ (7. Juni), wie er die **Politiker-Elite der EU** empfindet:*

„Wenn ich in die Augen der Staats- und Regierungschefs Europas schaue, und als Anführer einer Gruppe im Europäischen Parlament habe ich ab und zu Augenkontakt mit ihnen, wenn ich in die Augen dieser Leute schaue, ehrlich gesagt, was ich jetzt sehen kann, ist Wahnsinn, absoluter, totaler und völliger Wahnsinn.“

***Jörg Krämer**, Chefvolkswirt der **Commerzbank**, teilt zumindest die Ansicht, dass **keineswegs nur sachliche Gründe** im Spiel sind, wenn die **europäische Politik** verteidigt wird:*

„Die politischen und wirtschaftlichen Eliten hängen von der Weiterexistenz der Währungsunion ab. Um sie zu erhalten, würden sie so ziemlich alles tun.“

*Der niederländische Schriftsteller **Leon de Winter** erklärt im „Spiegel“ (11. Juni) den Grund für die **Rivalität der Holländer mit den Deutschen**, die regelmäßig bei Fußball-Duellen schwungvoll aufbricht:*

„Die Niederländer können den Deutschen nicht verzeihen, dass die Nazis ihr Land besetzt haben. Ihr habt uns die Fahrräder gestohlen. Und zweitens haben die Nazis den Holländern gezeigt, was wir für Feiglinge sind.“

Die Mittelstandsvernichter

Auch Frankreich zeigt es wieder klar:
Mit faulen Wahlversprechen
ist's leicht – und demokratisch gar,
die Wähler zu bestechen.

Doch hielt's der Neue dort nicht glatt
wie Leerverkäufer alle?
Verheißen, was man gar nicht hat –
welch simple Gimpelfalle!

Bei andern wird dann abkassiert
und solcherart vom Schröpfen,
vom Wertvernichten profitiert
anstatt vom Werteschöpfen.

Besonders aber ist frappant,
dass so verschiedne Knaben
wie Erzmarxist und Spekulant
noch mehr gemeinsam haben:

Denn wie man höhern Orts bezweckt,
bewährt sich das Gelichter
im vorbedachten Endeffekt
als Mittelstandsvernichter!

Gewiss, das muss dem Kleinen Mann
als Narretei erscheinen,
weil kaum er je kapieren kann
die Werte, die gemeinen.

Doch just die Kraft des Mittelstands,
des starken, möglichst breiten,
verbürgt das Wohl des Vaterlands –
sogar bei Widrigkeiten.

Und Vaterländer sind verhasst
bei Internationalen –
nur wird das meist nicht voll erfasst
vor scheinbar freien Wahlen ...

Pannonicus